



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

04 | 2011

# STATISTISCHE MONATSHEFTE



## Aus dem Inhalt:

Landtagswahl 2011

Zensus 2011

Bruttoinlandsprodukt 2010

EVS 2008



Statistik nutzen



#### Fotonachweis

**T i t e l f o t o :** Landtag Rheinland-Pfalz

Am 27. März 2011 fand die Wahl zum 16. Landtag Rheinland-Pfalz statt. Nach dem amtlichen Endergebnis entfallen von den gültigen Landesstimmen 35,7 auf die SPD, 35,2 Prozent auf die CDU, 15,4 Prozent auf die GRÜNEN, 4,2 Prozent auf die FDP und drei Prozent auf die Partei DIE LINKE.

**A u t o r e n f o t o s :** Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

04 | 2011

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

64. Jahrgang

kurz + aktuell	<b>303</b>
Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Außenhandel ■ Verdienste Betriebsgründungen ■ Insolvenzen ■ Handel ■ Gastgewerbe Landwirtschaft ■ Bildung ■ Verkehr	
Verbraucherpreise	<b>320</b>
Rheinland-Pfalz in Karten: Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2011	<b>321</b>
Landtagswahl 2011	<b>322</b>
Zensus 2011	<b>333</b>
Bruttoinlandsprodukt steigt 2010 um 4,8 Prozent	<b>340</b>
Einnahmen und Ausgaben sowie Wohn- und Vermögens- situation privater Haushalte 2008	<b>348</b>
Daten zur Konjunktur	<b>356</b>
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	<b>385</b>
Neuerscheinungen	<b>401</b>

## Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:  
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz  
Mainzer Straße 14-16  
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0  
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: [monatsheft@statistik.rlp.de](mailto:monatsheft@statistik.rlp.de)  
Internet: [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter [www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte](http://www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte)

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

## Industrie startet 2011 mit hohem Auftragseingang

Im Januar 2011 erhielt die rheinland-pfälzische Industrie preisbereinigt 21,3 Prozent mehr Aufträge als ein Jahr zuvor (Deutschland: +19,7 Prozent). Die Nachfrage aus dem Ausland stieg um 22,4 Prozent (Deutschland: +23,8 Prozent), aus dem Inland kamen 20,1 Prozent mehr Bestellungen als im Vorjahresmonat (Deutschland: +15 Prozent).

Die umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweige verzeichneten gegenüber Januar 2010 – mit Ausnahme der chemischen Industrie (+4,3 Prozent) – zweistellige Auftragszuwächse. Überraschend hoch fiel dabei erneut die Nachfrage nach Gütern der Maschinenbauindustrie aus (+56 Prozent), wozu sowohl die Auftragseingänge aus dem Ausland (+58,9 Prozent) als auch die Bestellungen aus dem Inland (+50,3 Prozent) beitrugen. Die zweithöchste Wachstumsrate erzielten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+50 Prozent); sie profitierten in nahezu gleichen Teilen vom Auslandsgeschäft (+52,8 Prozent) und von den Inlandsaufträgen (+48 Prozent). Spürbare Zuwächse bei den Bestellungen verbuchten auch die Hersteller von Metallernzeugnissen und von pharmazeutischen Erzeugnissen (+18,1 bzw. +16,2 Prozent). Weniger dynamisch verlief die Entwicklung bei den Produzenten von Papier, Pappe und Waren daraus mit einem Anstieg der Aufträge um 1,4 Prozent. Die Auftragseingänge des

### Konjunktur in Rheinland-Pfalz

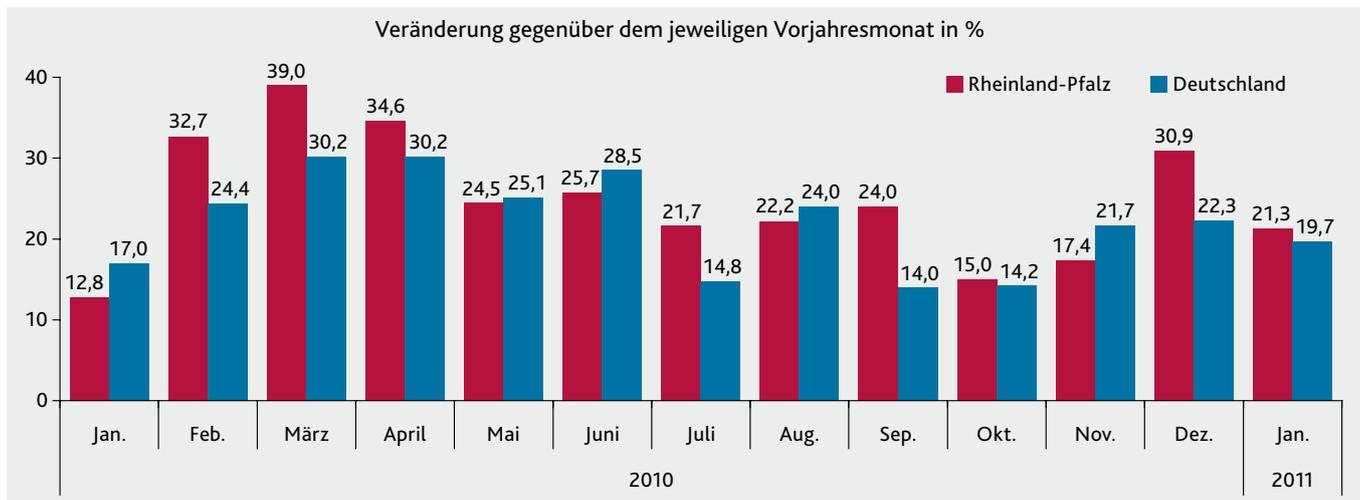
Indikator	Monatswerte	Veränderung Januar 2011	
	Januar 2011 2005=100	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
<b>Auftragseingänge (real)</b>			
Industrie	106,6	21,3% ↑	7,8% ↑
Inland	113,2	20,1% ↑	28,5% ↑
Ausland	101,5	22,4% ↑	-5,5% ↓
Chemie	76,5	4,3% ↑	8,1% ↑
Fahrzeugbau	116,2	50,0% ↑	19,8% ↑
Maschinenbau	136,1	56,0% ↑	-12,1% ↓
Metallerzeugnisse	100,1	18,1% ↑	17,8% ↑
Bauhauptgewerbe	82,1	15,8% ↑	-13,3% ↓
<b>Umsätze (real)</b>			
Großhandel	88,7	7,8% ↑	-11,2% ↓
Einzelhandel (ohne Kfz)	97,4	2,5% ↑	-22,3% ↓
Kfz-Handel	77,5	14,8% ↑	-9,1% ↓
Gastgewerbe	68,5	6,0% ↑	-19,5% ↓

Wirtschaftszweigs „Metallerzeugung und -bearbeitung“ lagen um 7,5 Prozent unter dem Niveau von Januar 2010. Verantwortlich für diesen Rückgang waren die deutlich gesunkenen Auslandsorder (-11,4 Prozent) aber auch die Einbußen bei den Inlandsbestellungen (-2,3 Prozent).

Das Auftragsvolumen der rheinland-pfälzischen Industrie nahm im Januar 2011 gegenüber Dezember 2010 preisbereinigt um 7,8 Prozent zu (Deutschland: -0,2 Prozent). Maßgeblich für diese Entwicklung war das stark florierende Inlandsgeschäft mit einem Plus von 28,5 Prozent (Deutschland: +5,2 Prozent). Ausschlaggebend hierfür dürfte vor allem die kräftige Nachfrage nach Gütern der Metallernzeugung und -bearbeitung gewesen sein: Ein Zuwachs der Bestellungen aus dem Inland (+24 Prozent) und

dem Ausland (+21,1 Prozent) ließ den gesamten Ordereingang auf 22,4 Prozent steigen. Ebenfalls deutlich verbessert zeigte sich die Auftragslage der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+19,8 Prozent), wozu im Gegensatz zum Vormonat maßgeblich die signifikante Nachfragesteigerung aus dem Inland beitrug (+83,1 Prozent). Im Auslandsgeschäft musste die Branche dagegen einen Rückgang der Bestellungen um 19,1 Prozent hinnehmen. Den dritten Platz in der Rangfolge nahmen die Hersteller von Metallernzeugnissen ein (+17,8 Prozent). Die übrigen Wirtschaftszweige konnten – mit einer Ausnahme – Auftragszuwächse in einer Schwankungsbreite von +2,8 Prozent in der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen bis zu +8,1 Prozent in der chemischen Industrie verzeichnen. Einen starken Einbruch der Auf-

## Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010–2011 nach Monaten



tragseingänge – bedingt durch eine stark rückläufige Auslandsnachfrage – meldete hingegen der Maschinenbau (–12,1 Prozent)

### Industrie mit zweistelligem Umsatzanstieg zum Jahresbeginn

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erwirtschafteten im Januar 2011 Umsätze in Höhe von rund sechs Milliarden Euro, das waren 20,4 Prozent mehr als im Vorjahresmonat (Deutschland: +21,4 Prozent). Die Auslandsumsätze stiegen deutlich um 22,5 Prozent (Deutschland: +25,1 Prozent). Die Exportquote, d. h. der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamt-

umsatz, lag damit bei 52,1 Prozent (Deutschland: 46,9 Prozent). Die Inlandserlöse zogen mit einem Plus von 18,3 Prozent ebenfalls deutlich an (Deutschland: +18,3 Prozent).

Im Januar 2011 zählte die rheinland-pfälzische Industrie 240 158 Beschäftigte, das waren rund 2700 bzw. 1,1 Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat (Deutschland: +1,4 Prozent). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden lag um 6,8 Prozent über dem Wert von Januar 2010 (Deutschland: +8,1 Prozent).

Von den umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweigen erzielte die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen einen auffallend hohen Anstieg der Verkaufserlöse gegenüber dem Vorjahresmonat (+45,9 Prozent). Hierzu trug vor allem der Auslandsumsatz bei (+65 Prozent), aber auch das Inlandsgeschäft wuchs (+28,4 Prozent). Der Maschinenbau verzeichnete ebenfalls ein deutliches Umsatzwachstum

(+35,5 Prozent), wofür in erster Linie die Auslandserlöse (+41,8 Prozent) verantwortlich waren; der Inlandsumsatz stieg um 25,5 Prozent. Die übrigen Wirtschaftszweige verzeichneten bis auf eine Ausnahme zweistellige Zuwachsraten. Diese bewegten sich in einer Bandbreite von 10,1 Prozent bei der Herstellung von Glas, Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden bis 28,1 Prozent bei der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren. Weniger dynamisch verlief die Entwicklung der Umsätze bei den Getränkeherstellern (+3,5 Prozent).

In den meisten Wirtschaftszweigen nahm die Beschäftigung zu. Unter den großen Branchen verzeichneten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (+4,1 Prozent), der Maschinenbau (+2,9 Prozent) sowie die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (+2,7 Prozent) im Januar 2011 einen merklich höheren Beschäftigtenstand als ein Jahr zuvor.

### Hinweis

Weitere Informationen zur konjunkturellen Entwicklung in Rheinland-Pfalz erhalten Sie in diesem Heft ab Seite 356 sowie im Internet unter [www.statistik.rlp.de/konjunktur-aktuell](http://www.statistik.rlp.de/konjunktur-aktuell).

## Umsätze und Beschäftigte im Januar 2011 im verarbeitenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen



### Höhere Industrieproduktion im Januar

### Gebrauchsgüterproduktion mit größtem Zuwachs

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte im Januar 2011 bei der Produktion im Vergleich zum Vorjahr ein kräftiges Plus. Gegenüber dem Vormonat Dezember nahm die Erzeugung von Gütern geringfügig ab.

Im Januar 2011 erzeugte das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz preisbereinigt 13,7 Prozent mehr Güter als ein Jahr zuvor (Deutschland: +17,1 Prozent). Dabei konnte die Produktion im Gebrauchsgüterbereich um 34,1 Prozent (Deutschland: +11,7 Prozent) gesteigert werden. Deutliche Zuwächse meldeten auch die Hersteller von Investitionsgütern mit 32,3 Prozent (Deutschland: +22 Prozent). Weniger dynamisch verlief die

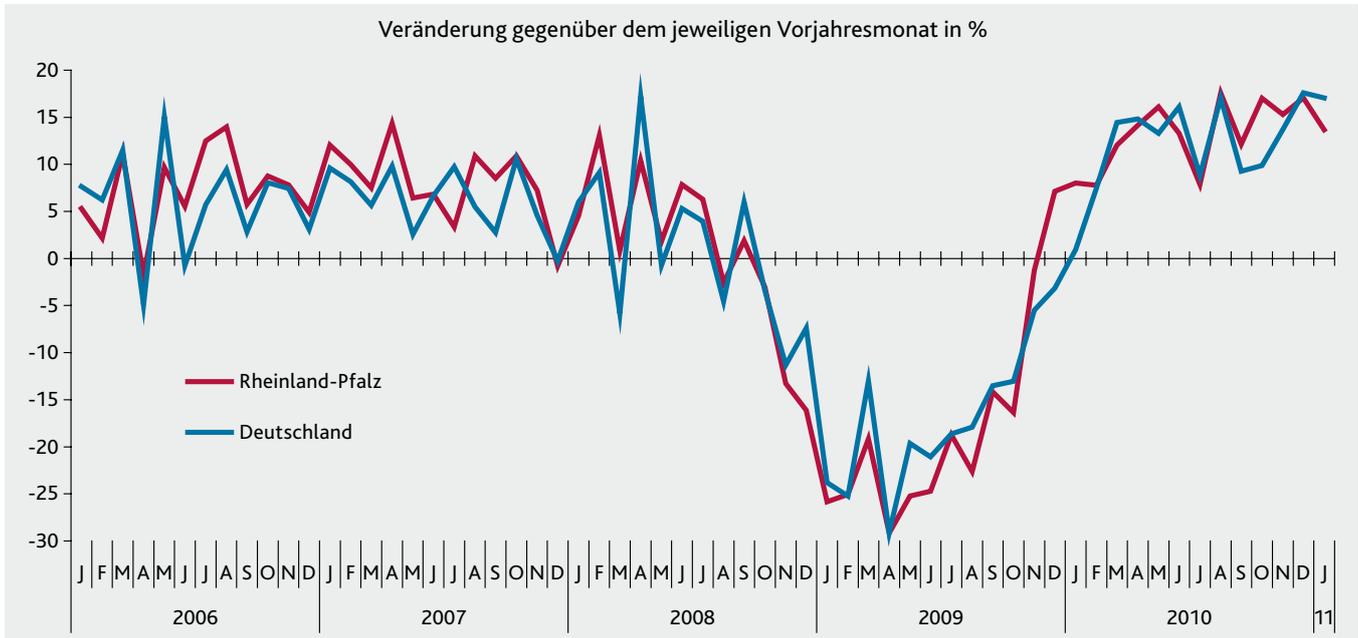
Entwicklung bei den Herstellern von Verbrauchs- und von Vorleistungsgütern. Sie erzeugten gegenüber dem Vorjahresmonat ein Plus von 10,2 bzw. neun Prozent (Deutschland: +6 bzw. 17,5 Prozent).

Die – gemessen am Umsatz des Jahres 2010 – wichtigsten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweige verzeichneten gegenüber Januar 2010 teils zweistellige Auftragszuwächse. Besonders hoch fiel dabei die Produktion des Maschinenbaus (+35,7 Prozent) sowie der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+34,7 Prozent) aus. Die dritthöchste Wachstumsrate konnten die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (+11,5 Prozent) vorweisen. Ein deutliches Produktionswachstum von jeweils etwas mehr als acht Prozent meldeten die Wirtschaftszweige

### Info

Das Statistische Landesamt wird von jetzt an monatlich über den Produktionsindex zur Konjunkturbeobachtung berichten. Damit wird die umfassende Berichterstattung zur Konjunktorentwicklung ergänzt, zu der die monatlichen Schnellmeldungen ebenso gehören wie der Datenkompass Konjunktur. Der Produktionsindex dient der kurzfristigen Messung der realen Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes und seiner Wirtschaftsbereiche. Aktuelle Daten finden Sie im Internet unter [www.statistik.rlp.de/konjunktur-aktuell](http://www.statistik.rlp.de/konjunktur-aktuell)

## Index der Produktion im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und Deutschland 2006–2011



„Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren“, „Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ sowie „Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus“. Auch die Produzenten von chemischen Erzeugnissen sowie von Metallerzeugnissen konnten ihren Güterausstoß mit jeweils +7,7 Prozent ausweiten. Die Metallerzeugung und -bearbeitung hingegen musste die Produktion um 0,6 Prozent zurückfahren.

Das Produktionsvolumen der rheinland-pfälzischen Industrie hat im Januar 2011 gegenüber Dezember 2010 preisbereinigt um 1,4 Prozent abgenommen (Deutschland: -7,5 Prozent). Der Rückgang wurde vor allem durch die gedrosselte Produktion auf dem Investitionsgütersektor beeinflusst; hier nahm die Erzeugung um 18,4 Prozent ab (Deutschland: -22,2

Prozent). Auch die Verbrauchsgüterhersteller meldeten Produktionseinschränkungen, und zwar von -2,5 Prozent (Deutschland: -4,3 Prozent). Demgegenüber konnten die Hersteller von Gebrauchsgütern und von Vorleistungsgütern ihre Erzeugung um +8,3 bzw. 8 Prozent steigern (Deutschland: +1,5 bzw. 10 Prozent).

Im Vergleich zum Vormonat Dezember verbuchten die umsatzstarken Branchen – mit Ausnahme des Maschinenbaus (-29,3 Prozent) und der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (-16,2 Prozent) – teils kräftige Produktionszuwächse. Am stärksten stieg der Güterausstoß der Wirtschaftszweige „Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren“ (+20,8 Prozent), „Metallerzeugung und -bearbeitung“ (+15,5 Prozent) und „Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von

Steinen und Erden“ (+13,2 Prozent). Auch die Hersteller von Metallerzeugnissen sowie von Kraftwagen und Kraftwagenteilen überschritten das Produktionsniveau des Vormonats (+4,9 bzw. 4 Prozent). Die Erzeugung bei den übrigen Produzenten stieg in einer Bandbreite von +2,8 Prozent (Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus) bis +1,7 Prozent chemische Industrie.

#### Mehr Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe als ein Jahr zuvor

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im Januar 2011 gegenüber dem Vorjahr um 15,8 Prozent gestiegen. Damit kam es nach dem deutlichen Rückgang im Dezember (-10,9 Prozent) wieder zu einer kräftigen Verbesserung der Auftragslage. Im Vergleich

zum Januar 2010 legte die Nachfrage im Tiefbau sogar um 23,5 Prozent zu. Im Hochbau war ein Anstieg um 7,7 Prozent zu verzeichnen. Differenziert nach Bauart und Auftraggeber gab es im gewerblichen Tiefbau den stärksten Nachfragezuwachs (+40,4 Prozent). Außerdem kam es im öffentlichen Tiefbau (+32,1 Prozent), im Wohnungsbau (+29,8 Prozent) sowie im gewerblichen Hochbau (+27 Prozent) zu überdurchschnittlichen Verbesserungen. Sinkende Auftragseingänge wurden mit einem Minus von 31,6 Prozent lediglich im öffentlichen Hochbau festgestellt. Bei der Einschätzung der Veränderungsraten ist zu berücksichtigen, dass die Entwicklung im Bauhauptgewerbe häufig durch den Einfluss von Großaufträgen geprägt wird.

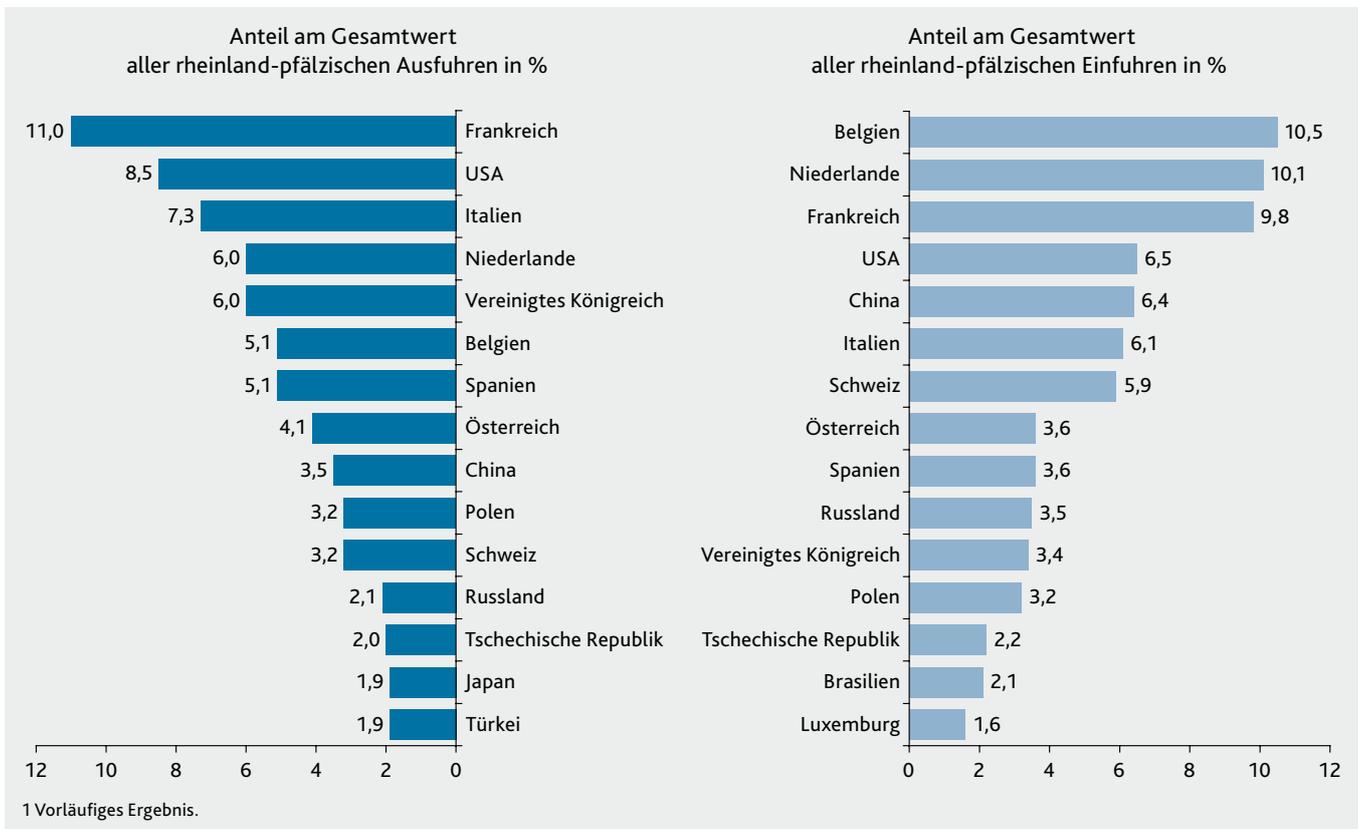
Im Vormonatsvergleich ging die Nachfrage nach Bauleistung dagegen – nicht zuletzt aufgrund der winterlichen Witterungsverhältnisse – zurück. Auch in den vergangenen Jahren war im Januar meist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Gegenüber Dezember 2010 verringerten sich die Auftragseingänge um 13,3 Prozent. Während es im Tiefbau zu einem geringfügigen Auftragsplus von 0,3 Prozent kam, wurde im Hochbau ein Rückgang um 25,5 Prozent registriert. Unter den betrachteten Teilbereichen verzeichnete lediglich der Straßenbau einen Anstieg (+18,6 Prozent). Die übrigen Bereiche meldeten Auftragsrückgänge. Dabei gab es im öffentlichen Hochbau die stärksten Auftragsrückgänge (-43,9 Prozent).

### Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Monatswerte		Veränderung Januar 2011		
	Januar 2011	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat		
	2005=100				
<b>Auftragseingang</b>	82,1	15,8 %	↑	-13,3 %	↓
Hochbau insgesamt	78,1	7,7 %	↑	-25,5 %	↓
Wohnungsbau	68,2	29,8 %	↑	-20,3 %	↓
gewerblicher Hochbau	96,1	27,0 %	↑	-17,2 %	↓
öffentlicher Hochbau	58,8	-31,6 %	↓	-43,9 %	↓
Tiefbau insgesamt	85,8	23,5 %	↑	0,3 %	↔
gewerblicher Tiefbau	129,7	40,4 %	↑	-0,9 %	↓
öffentlicher Tiefbau	96,2	32,1 %	↑	-14,3 %	↓
Straßenbau	66,4	9,7 %	↑	18,6 %	↑
<b>Baugewerblicher Umsatz</b>	59,1	18,8 %	↑	-53,7 %	↓
Hochbau insgesamt	62,0	12,0 %	↑	-48,2 %	↓
Wohnungsbau	63,3	35,7 %	↑	-40,4 %	↓
gewerblicher Hochbau	56,7	-1,4 %	↔	-57,2 %	↓
öffentlicher Hochbau	68,5	14,7 %	↑	-39,2 %	↓
Tiefbau insgesamt	56,4	27,1 %	↑	-58,4 %	↓
gewerblicher Tiefbau	71,4	24,1 %	↑	-54,0 %	↓
öffentlicher Tiefbau	48,8	42,0 %	↑	-70,7 %	↓
Straßenbau	56,1	21,5 %	↑	-48,9 %	↓

Der baugewerbliche Umsatz stieg im Januar 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um 18,8 Prozent auf knapp 112 Millionen Euro. Im Hochbau verbesserten sich die Umsätze gegenüber Januar 2010 auf gut 58 Millionen Euro (+12 Prozent), im Tiefbau kam es sogar zu einem Anstieg um 27,1 Prozent auf knapp 54 Millionen Euro. In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber gab es lediglich im gewerblichen Hochbau einen Umsatzrückgang um 1,4 Prozent. Die übrigen Bereiche verzeichneten dagegen Umsatzsteigerungen. Die kräftigsten Zuwächse gab es im öffentlichen Tiefbau (+42 Prozent) sowie im Wohnungsbau (+35,7 Prozent).

Gegenüber dem Vormonat kam es im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe im Januar 2011 zu einem saisontypischen Umsatzrückgang um 53,7 Prozent. Im Vergleich zum Dezember 2010 beliefen sich die Umsatzeinbußen im Hochbau auf 48,2 Prozent; im Tiefbau gab es eine Verschlechterung um 58,4 Prozent. Alle Bereiche des Bauhauptgewerbes hatten deutliche Umsatzeinbußen zu verkraften. Der stärkste Rückgang war im öffentlichen Tiefbau zu beobachten (-70,7 Prozent). Mit einem Minus von 39,2 Prozent im öffentlichen Hochbau fiel selbst der schwächste Rückgang immer noch recht kräftig aus.

Die 15 wichtigsten rheinland-pfälzischen Außenhandelspartner 2010<sup>1</sup>

### Außenhandel mit starkem Wachstum

Der rheinland-pfälzische Außenhandel ist im Jahr 2010 stark gewachsen. Nach vorläufigen Zahlen wurden 2010 Güter im Wert von 40,6 Milliarden Euro exportiert, das waren 17,4 Prozent mehr als im Vorjahr (Deutschland: +19,4 Prozent). Der durch die Wirtschaftskrise verursachte Rückgang der Exporte im Jahr 2009 konnte noch nicht ganz ausgeglichen werden. Der Wert der Ausfuhren erreichte annähernd das Niveau von 2007, das Rekordergebnis von 2008 wurde jedoch um knapp vier Milliarden Euro verfehlt.

Einen besonders kräftigen Aufschwung verzeichnete der Export von Kraftwagen und Kraftwagen-teilen (+43,3 Prozent). Jedoch hatte dieser Bereich zuvor besonders unter der Wirtschaftskrise gelitten. Auch die Exporte chemischer Erzeugnisse stiegen stark (+26,9 Prozent). Etwas verhaltener entwickelten sich die Ausfuhren von Maschinen mit einem Plus von neun Prozent. Gegen den allgemeinen Trend ging der Export von pharmazeutischen Erzeugnissen um 10,7 Prozent zurück, was insbesondere durch den starken Rückgang der Ausfuhren bestimmter pharmazeutischer Grundstoffe zu erklären ist.

Noch stärker als die Exporte stiegen die Importe. Es wurden Waren im Wert von 27,5 Milliarden Euro eingeführt, 26,6 Prozent mehr als im Jahr 2009 (Deutschland: +21,3 Prozent). Damit wurde der bisherige Höchstwert des Jahres 2008 um fast eine Milliarde Euro übertroffen. Für die Steigerung des Importwertes im Vergleich zum Vorjahr sind neben einem Anstieg der Einfuhrmengen auch Preissteigerungen – z. B. beim Import von Mineralölerzeugnissen – verantwortlich.

### Ausfuhren nach Zielregionen

Die Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) waren mit einem

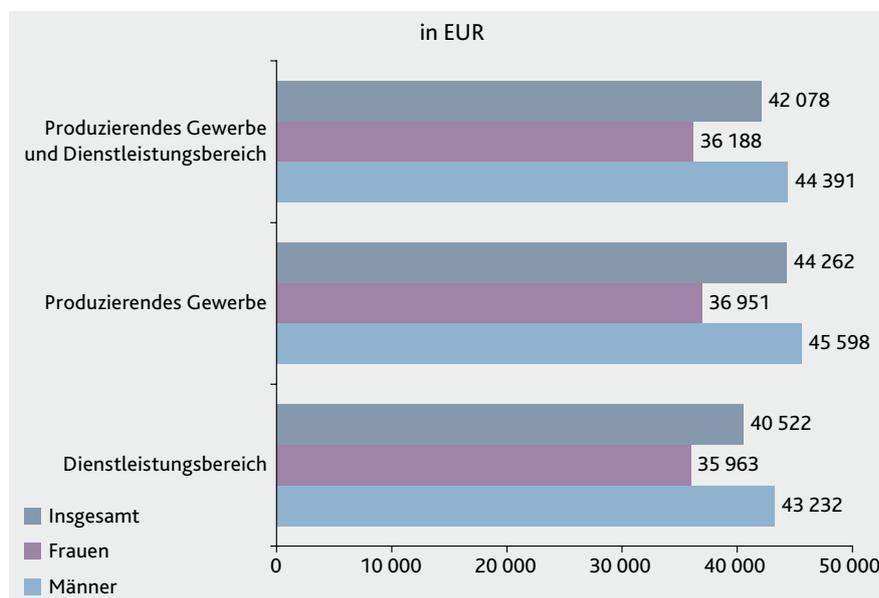
Anteil von 60 Prozent am Ausfuhrwert wichtigstes Absatzgebiet der rheinland-pfälzischen Exporteure. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft lieferte im Jahr 2010 Produkte im Wert von 24,5 Milliarden Euro in EU-Länder. Waren im Wert von 3,7 Milliarden Euro bzw. neun Prozent der rheinland-pfälzischen Ausfuhren wurden in die übrigen europäischen Staaten exportiert.

Nach Amerika wurden Waren im Wert von gut 5,4 Milliarden Euro ausgeführt, das waren gut 13 Prozent der rheinland-pfälzischen Exporte. Knapp 5,7 Milliarden Euro bzw. 14 Prozent der rheinland-pfälzischen Ausfuhren entfielen auf den asiatischen Markt. Es folgten Afrika mit 2,4 Prozent sowie Australien und Ozeanien mit einem Anteil von 0,9 Prozent an den rheinland-pfälzischen Exporten. Die wichtigsten Handelspartner waren Frankreich, die USA und Italien.

### Einfuhren nach Herkunftsregionen

Im Jahr 2010 wurden Waren im Wert von 17,1 Milliarden Euro aus EU-Ländern importiert, das waren gut 62 Prozent der rheinland-pfälzischen Einfuhren. Aus dem übrigen Europa kamen Waren im Wert von 3,1 Milliarden Euro (gut elf Prozent der Importe). Aus Asien stammten Waren im Wert von 3,9 Milliarden Euro bzw. 14 Prozent der Einfuhren. Importe aus Amerika machten mit einem Warenwert von 2,8 Milliarden Euro gut zehn Prozent der rheinland-pfälzischen Einfuhren aus, 1,7 Prozent der eingeführten Waren kamen aus

Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst (einschließlich Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer 2010 nach Geschlecht



Afrika sowie 0,2 Prozent aus Australien und Ozeanien. Die wichtigsten Handelspartner beim Import waren Belgien, die Niederlande und Frankreich.

### Vollzeitkräfte verdienen durchschnittlich rund 42 100 Euro

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2010 durchschnittlich 42 078 Euro brutto. Ohne Sonderzahlungen, wie tarifliche Einmalzahlungen oder Leistungsprämien lagen die Verdienste bei durchschnittlich 38 733 Euro.

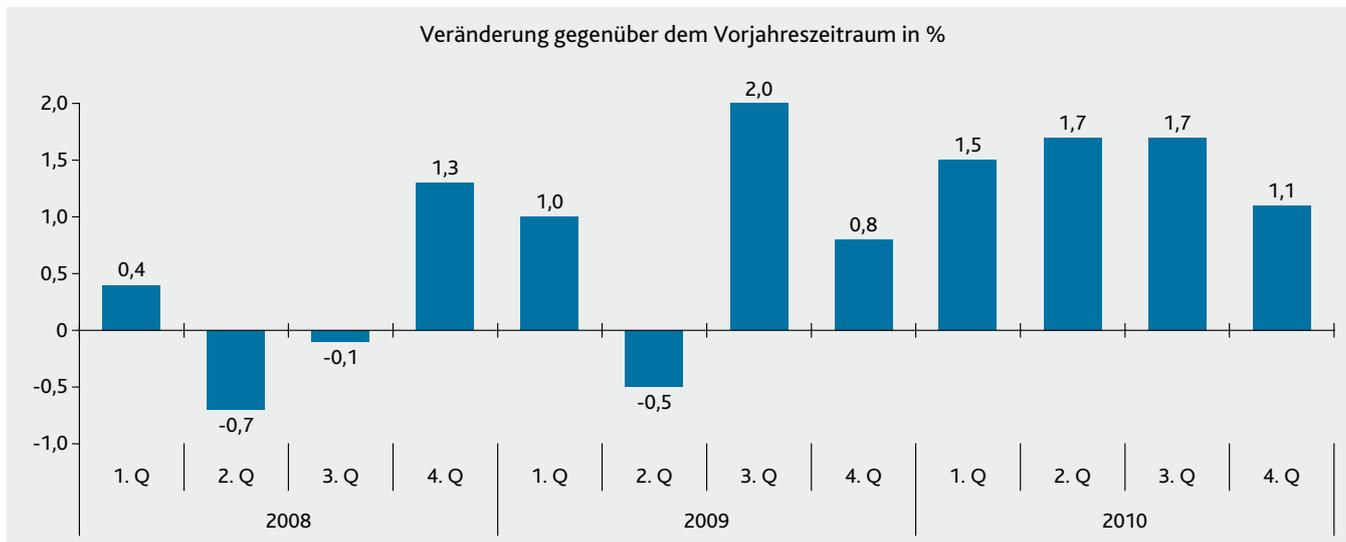
Das individuelle Verdienstniveau wird in allen Branchen maßgeblich bestimmt von der Art der ausgeübten Tätigkeit. Am unteren Ende der Verdienstskala stehen bei den Vollzeitbeschäftigten – über alle erhobenen Wirtschaftsbereiche hin-

weg – ungelernete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem durchschnittlichen Bruttojahresverdienst von 22 410 Euro. Beschäftigte in leitender Position erzielten dagegen mit 72 954 Euro eine mehr als dreimal so hohe Vergütung.

In der Industrie erhielten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Jahr 2010 durchschnittlich 44 262 Euro, das waren 3,2 Prozent mehr als im Jahr 2009. Der Durchschnittsverdienst im Dienstleistungsbereich erhöhte sich um 1,5 Prozent auf 40 522 Euro brutto.

Die Verdienstunterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen sind beträchtlich. Die höchsten Verdienste erzielten die Beschäftigten in der Energieversorgung (61 603 Euro). Dagegen wurden niedrige durchschnittliche Bruttojahresverdienste unter anderem im Gastgewerbe (24 531 Euro) gezahlt.

## Reallohnindex 2008-2010



### Reallohnindex um 1,4 Prozent erhöht

Im Jahr 2010 stiegen die Reallöhne, d. h. die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in Rheinland-Pfalz um 1,4 Prozent. Beim Reallohnindex wird die Entwicklung der Verdienste der Preisentwicklung gegenübergestellt. Die nominalen Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen des Jahres 2010 erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Prozent. Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz lag im Jahresdurchschnitt 1,1 Prozent über dem Wert von 2009.

### Weniger Betriebsgründungen und Betriebsaufgaben als im Vorjahr

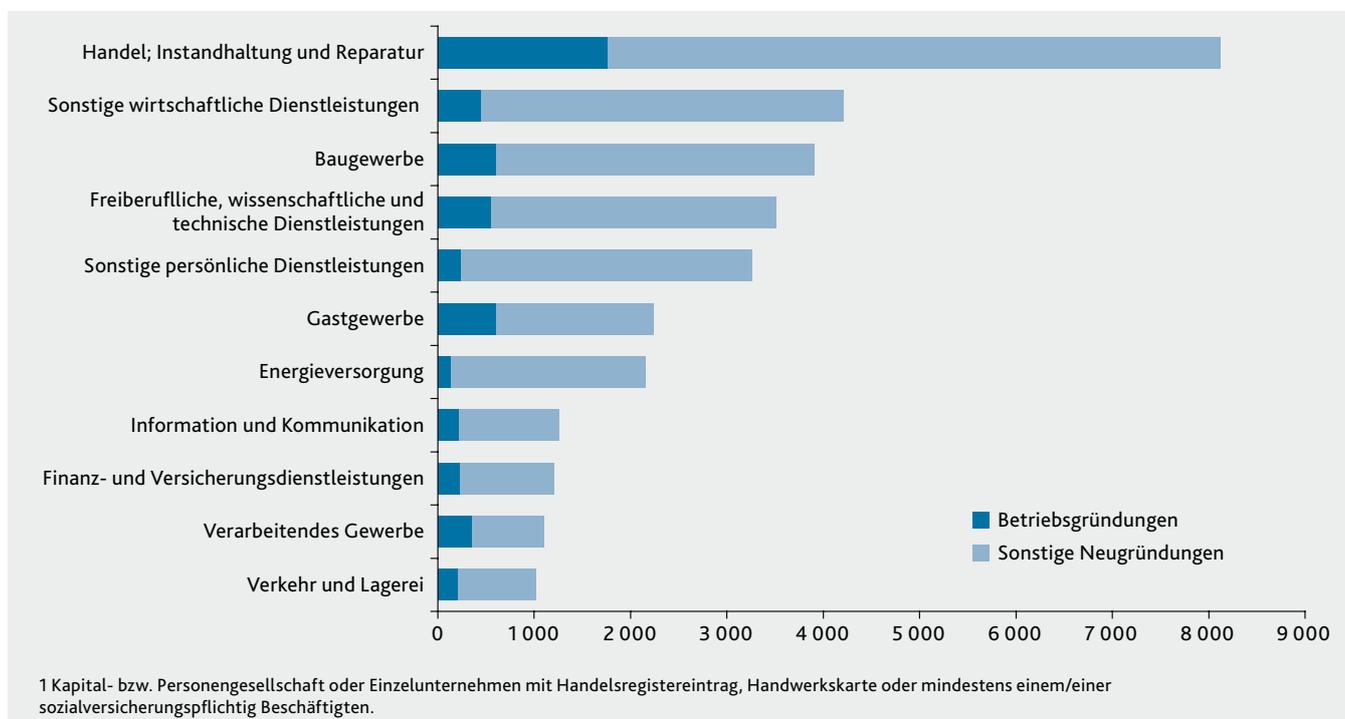
In Rheinland-Pfalz wurden 2010 im Vergleich zum Vorjahr weniger Betriebe gegründet, bei denen aufgrund ihrer Rechtsform oder voraus-

sichtlichen Beschäftigtenzahl eine größere wirtschaftliche Relevanz vermutet werden kann. Die Zahl dieser sogenannten Betriebsgründungen ging im Vergleich zum Jahr 2009 um vier Prozent auf 5 950 zurück. Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte der Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit knapp 30 Prozent. Es folgte das Gastgewerbe und das Baugewerbe mit einem Anteil von jeweils gut zehn Prozent.

Die sonstigen Neugründungen gingen gegenüber dem Vorjahr leicht um

0,4 Prozent auf knapp 29 000 zurück. Als sonstige Neugründungen gelten Einzelunternehmen ohne Handelsregistereintrag oder Handwerkskarte, die nicht über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verfügen. Eine der Ursachen dieses Umschwungs – in den vorangegangenen Quartalen war ein deutlicher Anstieg gegenüber den jeweiligen Vorjahreszeiträumen beobachtet worden – ist der starke Rückgang der sonstigen Neugründungen im Bereich der Energieversorgung. Hatte es hier im Vorfeld der Reduzierung der Einspeisevergütung für neu errichtete Anlagen bis zur Jahresmitte noch einen regelrechten Boom gegeben, gingen die Zahlen im zweiten Halbjahr rapide zurück, sodass 2010 in diesem Bereich insgesamt 5,3 Prozent weniger sonstige Neugründungen stattfanden als im Vorjahr. Auch einige Dienstleistungsbereiche verzeichneten deutliche Rückgänge.

Betriebsgründungen<sup>1</sup> und sonstige Neugründungen 2010 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Im Jahr 2010 wurden insgesamt 41 200 Gewerbe angemeldet, das waren 2,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Durch Neugründungen wurden 85 Prozent der Gewerbebeanmeldungen veranlasst. Auf Zuzüge aus anderen Gewerbebezirken entfielen 8,9 Prozent, auf Übernahmen infolge Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt sechs Prozent sowie auf Umwandlungen 0,3 Prozent.

Die Zahl der Betriebsaufgaben ging im letzten Jahr deutlich zurück. Es wurden fast 5 460 Betriebe aufgegeben, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen. Damit lag die Zahl der Betriebsaufgaben um 7,1 Prozent unter dem Vorjahreswert. Die sonstigen Stilllegungen

verharrten mit 23 630 Fällen auf dem Vorjahresniveau. Insgesamt wurden 35 200 Gewerbeabmeldungen gezählt, das waren 2,7 Prozent weniger als im Vorjahr.

### Weniger Unternehmens-, mehr Verbraucherinsolvenzen

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist im vergangenen Jahr leicht gesunken. Sie lag aber noch immer höher als im Vorkrisenjahr 2008. Insgesamt mussten 1 356 Unternehmen im Jahr 2010 einen Insolvenzantrag stellen, das waren 26 weniger als im Vorjahr (-1,9 Prozent), aber 77 mehr als im Jahr 2008. In der längerfristigen Betrachtung wird jedoch deutlich, dass die aktuelle Zahl der Unternehmensinsolvenzen unter

dem Wert des Jahres 2002 liegt. Ein Zehnjahresvergleich ist aufgrund von Änderungen des Insolvenzrechts im Jahre 2001 nicht möglich. So ist etwa ab 2002 auch für Kleinunternehmen ein Regelinsolvenzverfahren vorgesehen.

Von den Unternehmensinsolvenzen waren 5 253 Beschäftigte betroffen, deutlich weniger als noch im Jahr 2009. Die Summe der geltend gemachten Gläubigerforderungen ging hingegen lediglich um 2,7 Prozent auf 1,17 Milliarden Euro zurück. Damit war die Summe der Forderungen fast doppelt so hoch wie im letzten Vorkrisenjahr 2008. Jedes insolvente Unternehmen war im Jahr 2010 durchschnittlich mit 864 000 Euro verschuldet (2009: 871 000 Euro).

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 2002–2010



Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus den Bereichen „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (263) und „Bau“ (239), gefolgt vom „Gastgewerbe“ (157) und dem „Verarbeitenden Gewerbe“ (139). Die Entwicklung verlief durchaus unterschiedlich: In den meisten Wirtschaftsbereichen sank die Anzahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahr. In einigen Wirtschaftsbereichen, wie in den Bereichen „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“, „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“ oder im „Gastgewerbe“, gab es jedoch einen Anstieg.

**Verbraucherinsolvenzen**

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen stieg gegenüber dem Vorjahr um 12,5 Prozent auf 5 041. Die Summe der voraussichtlichen Forderungen belief sich auf 309 Millionen Euro, das waren knapp zwölf Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die durchschnittliche Verschuldung insolventer Verbrau-

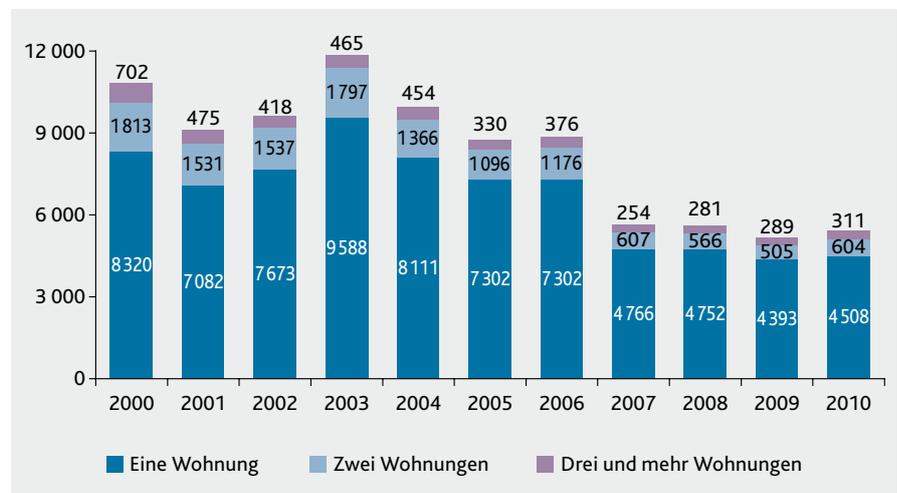
cher betrug damit 61 200 Euro (2009: 61 600 Euro). Seit 2002 hat sich die Zahl der Verbraucherinsolvenzen fast vervierfacht. Allerdings lassen sich die Zuwächse in diesem Zeitraum nur bedingt auf die wirtschaftliche Entwicklung zurückführen, weil der Gesetzgeber Ende 2001 die Möglichkeiten der Entschuldung insolventer Verbraucher erleichtert hatte. Dazu gehören insbesondere die Einführung der Verfahrenskostenstundung, die

auch völlig mittellosen Schuldnern den Zugang zum Insolvenzverfahren und zur Restschuldbefreiung ermöglicht, sowie die Verkürzung der Wohlverhaltensperiode von sieben auf sechs Jahre.

**Mehr Baugenehmigungen**

Die Nachfrage nach neuen Wohnungen ist in Rheinland-Pfalz wieder gestiegen. Im letzten Jahr wurden gut 5 420 neue Wohngebäude genehmigt, das waren 4,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Einen Anstieg gab es auch bei der Zahl der genehmigten Wohnungen. Sie lag mit 7 900 um 5,5 Prozent höher als im Vorjahr. Am längerfristigen Trend sinkender Baugenehmigungen, der nach wie vor im Wesentlichen durch die demografische Entwicklung und ein wachsendes Angebot an Gebrauchtimmobilien erklärt werden kann, ändert der leichte Anstieg allerdings wenig. Bis 2006 wurden jährlich noch deutlich mehr als 10 000 Wohnungen genehmigt.

Genehmigte Wohngebäude (Neubau) 2000–2010 nach Anzahl der Wohnungen

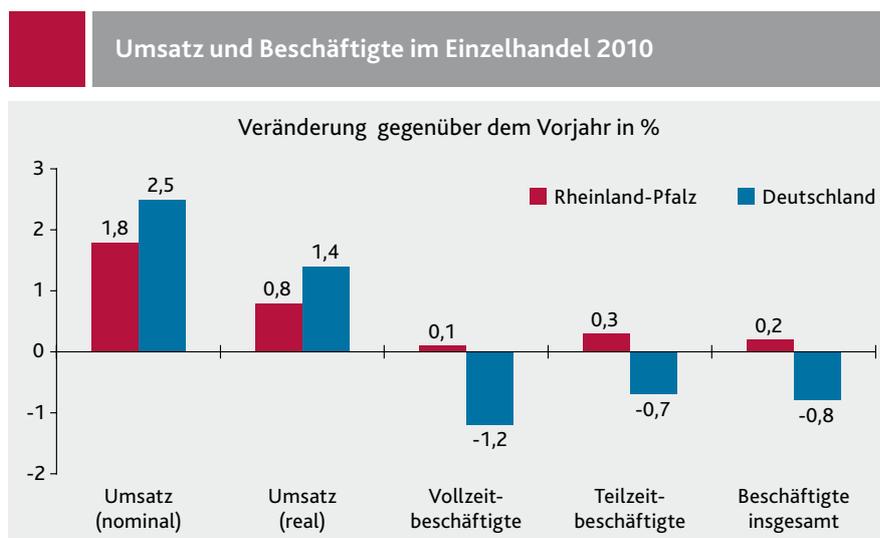


Die veranschlagten Baukosten für die neu zu errichtenden Gebäude lagen im Jahr 2010 bei 1,45 Milliarden Euro, das waren 8,3 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Von den Genehmigungen neuer Wohngebäude entfielen 4 500 auf Einfamilienhäuser, 600 auf Zwei- und gut 300 auf Mehrfamilienhäuser.

### Einzelhandel mit Umsatzplus

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel verzeichnete letztes Jahr ein Umsatzplus. Nach vorläufigen Berechnungen stiegen die Umsätze gegenüber dem Vorjahr nominal, also zu jeweiligen Preisen, um 1,8 Prozent. Real, d. h. um Preisveränderungen bereinigt, lagen sie 0,8 Prozent höher als im Jahr 2009 (Deutschland: nominal 2,5 Prozent, real 1,4 Prozent).

Die Bilanz des Jahres 2010 fiel in den einzelnen Branchen unterschiedlich aus. Im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu dem Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte gehören, nahm der Umsatz sowohl nominal (-0,9 Prozent) als auch real (-2,1 Prozent) ab. Der Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren steigerte die Umsätze zwar nominal, real lagen sie allerdings niedriger als im Jahr 2009. Die höchsten nominalen Umsatzsteigerungen wies der Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf auf (+5,7 Prozent), gefolgt vom Handel mit sonstigen Gütern (+4 Prozent), zu denen u. a. Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen. Die höchsten realen Umsatz-



steigerungen verzeichnete der Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (+5,5 Prozent). Aufgrund des Preisverfalls in diesem Segment fiel der nominale Umsatz jedoch deutlich niedriger aus (+1,6 Prozent). Beim Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren fiel die Bilanz im Jahr 2010 ebenfalls positiv aus.

Die Zahl der Beschäftigten nahm 2010 im rheinland-pfälzischen Einzelhandel gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,2 Prozent zu (Deutschland: -0,8 Prozent). Während die Zahl der Teilzeitkräfte um 0,3 Prozent anstieg, blieb die Zahl der Vollbeschäftigten (+0,1 Prozent) nahezu unverändert.

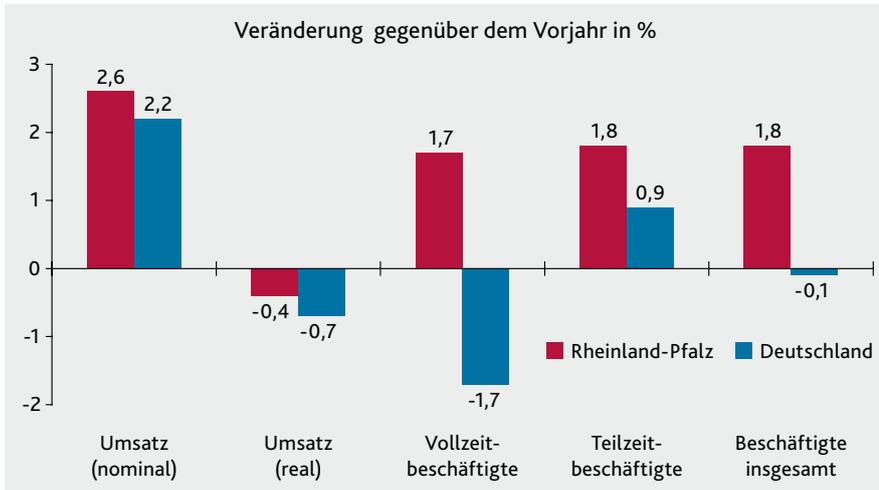
### Umsatz- und Beschäftigtenplus im Gastgewerbe

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe hat 2010 mehr umgesetzt als im Jahr davor. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze nominal, also zu jeweiligen Preisen,

um 2,6 Prozent über dem Vorjahreswert. Real gingen die Umsatzzahlen gegenüber dem Jahr 2009 allerdings leicht um 0,4 Prozent zurück (Deutschland: nominalen +2,2 Prozent, real -0,7 Prozent).

In der Gastronomie, in der etwa 60 Prozent der Gastgewerbeumsätze erwirtschaftet werden, stieg der Umsatz nominal um 2,5 Prozent und real um 1,2 Prozent. Die speisengeprägte Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen, verbuchte ein nominales Umsatzplus von 2,4 Prozent. Real lagen die Umsätze um ein Prozent über denen des Vorjahres. Im Teilbereich der getränkegeprägten Gastronomie, zu der Schankwirtschaften, Diskotheken und Bars gehören, gingen die Umsätze sowohl nominal (-1,2 Prozent) als auch real (-2,2 Prozent) zurück. Eine positive Bilanz zogen hingegen Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen (nominal +9,1 Prozent; real +7,9 Prozent). Diese Branche hatte allerdings aufgrund ihrer hohen Kon-

### Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe 2010



junkturabhängigkeit durch die Wirtschaftskrise im Jahr 2009 die höchsten Umsatzrückgänge zu verkraften. Im rheinland-pfälzischen Beherbergungsgewerbe lagen die Umsätze im Jahr 2010 nominal um 2,9 Prozent über, real allerdings um 2,7 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Der Beschäftigtenstand im Gastgewerbe lag 2010 um 1,8 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Dabei stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 1,8 Prozent und die der Vollzeitkräfte um 1,7 Prozent an.

#### Weniger Umsatz im Handwerk

Das rheinland-pfälzische Handwerk hat im Jahr 2010 einen Umsatzrückgang hinnehmen müssen. Nach vorläufigen Berechnungen sanken die Umsätze gegenüber 2009 um 2,6 Prozent (Deutschland: +0,6 Prozent). Die Lage des rheinland-pfälzischen Handwerks, das im ersten Quartal noch einen sehr deutlichen Umsatzrückgang von 9,5 Prozent verzeichnete,

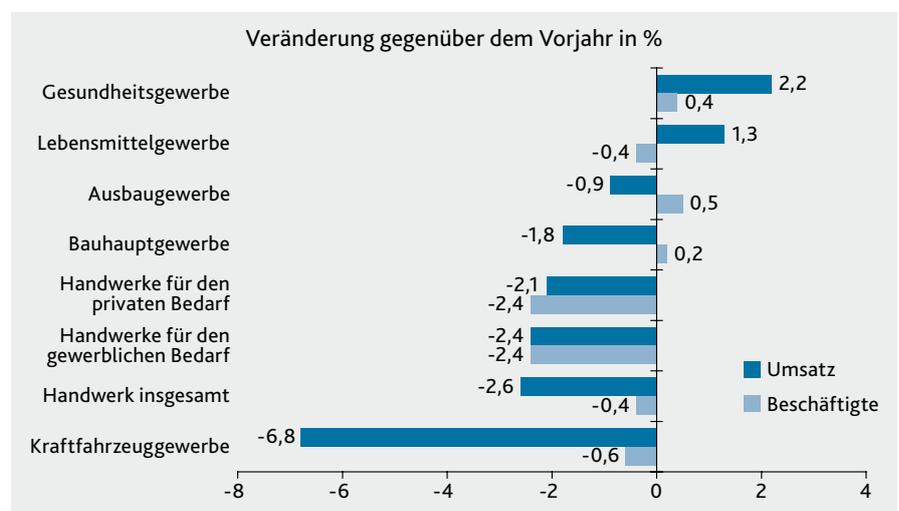
verbesserte sich im Laufe des Jahres. Im vierten Quartal lag der Umsatz um 2,5 Prozent höher als in den letzten drei Monaten des Jahres 2009.

Handwerke im Kraftfahrzeuggewerbe, die im Jahr zuvor noch von der Umweltprämie für die Zulassung eines Neu- oder Jahreswagens profitierten, waren maßgeblich für die insgesamt negative Entwicklung im Jahr 2010 verantwortlich und mussten einen

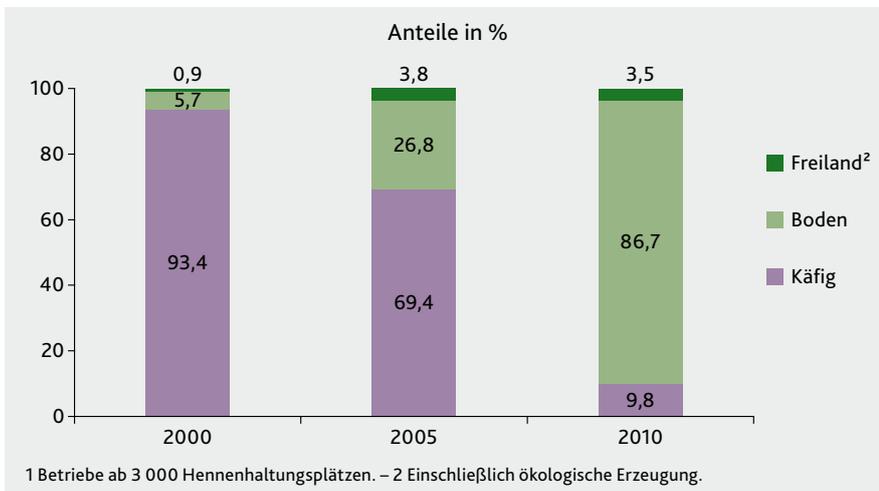
Umsatzrückgang von 6,8 Prozent in Kauf nehmen. Die stärksten Umsatzeinbußen verzeichnete das Kraftfahrzeuggewerbe in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2010. Handwerke für den gewerblichen Bedarf sahen sich im Jahresverlauf 2010 ebenfalls mit einer negativen Entwicklung konfrontiert. Auch hier waren die Einbußen im ersten Halbjahr 2010 besonders gravierend. Handwerke für den privaten Bedarf, diesen sind beispielsweise Friseure, Schornsteinfeger und Steinmetze zugeordnet, mussten ein Umsatzminus von 2,1 Prozent hinnehmen. Umsatzanstiege verzeichneten hingegen das Gesundheitsgewerbe mit einem Plus von 2,2 Prozent sowie das Lebensmittelgewerbe mit +1,3 Prozent.

Die Zahl der Beschäftigten lag um 0,4 Prozent niedriger als im Jahr zuvor (Deutschland: -0,9 Prozent). Sie sank vor allem in den Handwerken für den gewerblichen sowie für den privaten Bedarf (jeweils -2,4 Prozent).

### Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk 2010 nach Gewerbebezweigen



### Hennenhaltungsplätze in Großbetrieben<sup>1</sup> 2000–2010 nach Haltungsformen



#### Bodenhaltung dominiert in der Eierzeugung

Im vergangenen Jahr wurden in Rheinland-Pfalz 146 Millionen Hühnereier in Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen erzeugt. Das waren fast 40 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Zurückzuführen ist die Zunahme im Wesentlichen auf eine Vergrößerung der Haltungskapazitäten. Sie wurden um 22 Prozent auf 619 000 Hennenhaltungsplätze erweitert. Damit wurde der seit Jahren zu beobachtende Trend zu geringeren Haltungskapazitäten gestoppt. Neben der Kapazitätserweiterung war auch eine Zunahme der Legeleistung auf 288 Eier je Henne zu beobachten. Im Jahr 2009 legte eine Henne durchschnittlich nur 272 Eier.

Die dominierende Haltungsform ist die Bodenhaltung mit einem Anteil von 87 Prozent an den Haltungsplätzen. Sie hat damit die Käfighaltung, die im Rahmen der Eierproduktion lange Zeit die klassische Haltungs-

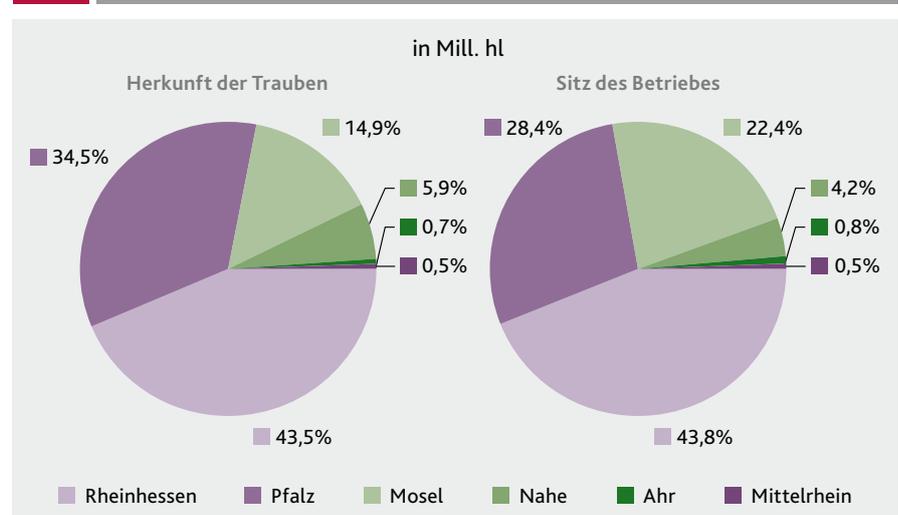
form war, abgelöst. Noch im Jahr 2002 wurden 87 Prozent der Plätze der Käfighaltung zugeordnet. Auf die auch heute noch zulässigen Formen der Käfighaltung, wie etwa die Kleingruppenhaltung, entfielen im Jahr 2010 noch knapp zehn Prozent der Plätze. In der Freilandhaltung und der ökologische Erzeugung wurden 3,5 Prozent der Haltungsplätze registriert.

#### Kleinste Weinerzeugungsmenge der vergangenen 25 Jahre

Die weinausbauenden Betriebe und Kellereien in Rheinland-Pfalz erzeugten aus der Traubenernte des Jahres 2010 knapp 4,6 Millionen Hektoliter Wein. Eine vergleichbar geringe Menge gab es letztmalig im Jahr 1985. Im Vergleich zum Jahr 2009 war damit ein Produktionsrückgang um knapp 28 Prozent zu verzeichnen. Mit einem Minus von 30 Prozent war hierbei der Rotwein stärker betroffen als der Weißwein (-27 Prozent). Die erzeugte Weinmenge lag auch deutlich unter dem zehnjährigen Durchschnittswert.

Grund für die unterdurchschnittliche Weinerzeugung waren die ungünstigen Witterungsbedingungen des Jahres 2010. Bereits während der Blüte führten häufige Niederschläge und niedrige Temperaturen zu Verrieselungsschäden, d. h. zu einer mangelhaften Befruchtung der Blüten. Die nasse und kühle Septemberwitterung

#### Weinerzeugung 2010 nach Anbaugebieten



begünstigte das Auftreten von Fäulnis und schlug sich in einer weiteren Mengenreduzierung nieder. In einigen Anbaugebieten mussten schließlich Schäden in den Weinbergen aufgrund regional aufgetretener Hagelunwetter hingenommen werden.

Über 77 Prozent des Mostes wurden zu Qualitätsweinen, rund 20 Prozent zu Prädikatsweinen – wie Spät- und Auslesen – ausgebaut. Die restlichen knapp 2,6 Prozent sollen als Wein oder Landwein vermarktet werden. Der Ausbau aus weißem und rotem Weinmost weist deutliche Unterschiede auf. Während bei den weißen Rebsorten fast 30 Prozent zu Prädikatsweinen ausgebaut wurden, belief sich der Anteil bei den roten Sorten auf nur 3,4 Prozent. Bei den Rotweinsorten liegt der Schwerpunkt damit eindeutig im Qualitätsweinebereich (95 Prozent).

Erstmals konnte in diesem Jahr die Weinerzeugung auch nach der Herkunft der Trauben ausgewertet wer-

den. Lediglich 12 600 Hektoliter – dies sind 0,3 Prozent der gesamten Weinerzeugung des Landes – stammen aus Trauben, die nicht in rheinland-pfälzischen Anbaugebieten herangewachsen sind. Die größte Menge wurde dabei aus dem hessischen Anbaugebiet des Rheingaus zugekauft. Innerhalb von Rheinland-Pfalz kauften insbesondere Produzenten an der Mosel große Mostmengen aus der Pfalz zu.

### Immer mehr Schülerinnen und Schüler mit Hochschulreife

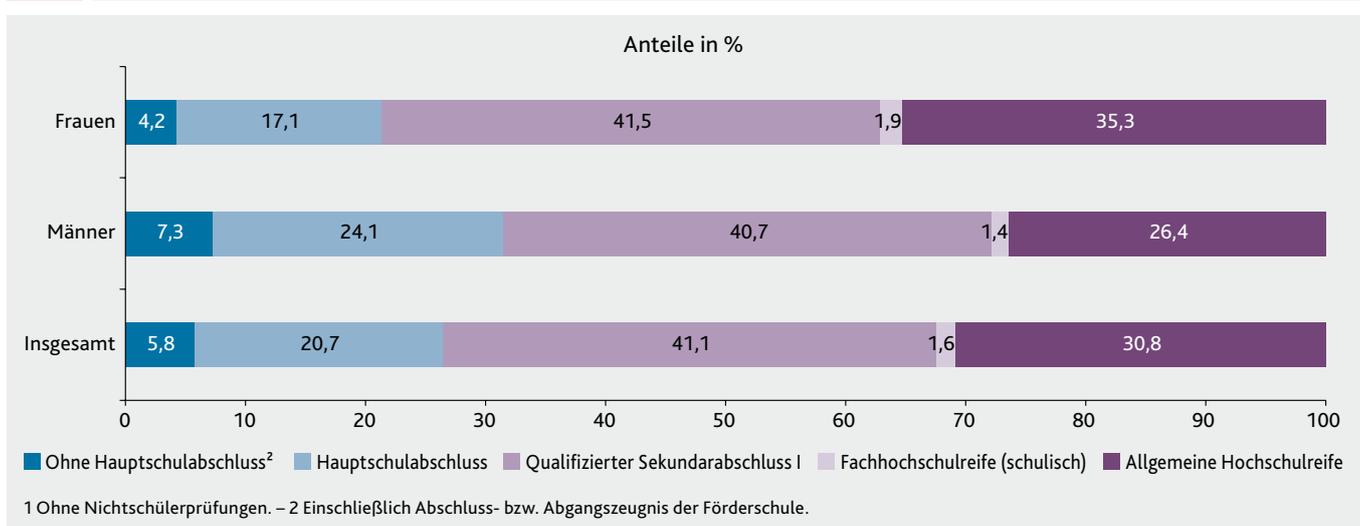
Im Jahr 2010 verließen 44 369 Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Das waren 3,1 Prozent weniger als ein Jahr zuvor (–1399). Dagegen ist der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Studienberechtigung gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Insgesamt 32,4 Prozent der Schulentlassenen des Jahres 2010 hatten entweder den schulischen Teil der Fachhochschulreife oder die

allgemeine Hochschulreife erreicht (zusammen +2,1 Prozentpunkte).

Die meisten Schulabgängerinnen und -abgänger des Jahres 2010 verließen die allgemeinbildenden Schulen mit einem qualifizierten Sekundarabschluss I, der sogenannten mittleren Reife (41,1 Prozent). Der Anteil dieser Abschlussart erhöhte sich damit um 0,5 Prozentpunkte. Einen Hauptschulabschluss hatten 20,7 Prozent erlangt (–1,7 Prozentpunkte). Auf 5,8 Prozent sank der Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss (–0,9 Prozentpunkte).

Auch 2010 erzielten Frauen häufiger höhere Abschlüsse als Männer. Insgesamt gingen gut 37,1 Prozent aller Schülerinnen mit einer Studienberechtigung ab. Bei den männlichen Abgängern betrug dieser Anteil lediglich 27,8 Prozent. Ohne Hauptschulabschluss verließen 4,2 Prozent der jungen Frauen die Schule. Bei den männlichen Jugendlichen waren es 7,3 Prozent.

Schulentlassene<sup>1</sup> allgemeinbildender Schulen 2010 nach Abschlussart und Geschlecht



Zudem zeigten sich erneut merkliche Unterschiede zwischen Schulentlassenen mit Migrationshintergrund und jenen ohne. Dieses gilt insbesondere für die jungen Männer. Lediglich elf Prozent der männlichen Schulentlassenen mit Migrationshintergrund erlangten eine Studienberechtigung, mehr als zwölf Prozent gingen ohne Hauptschulabschluss ab.

### **Frauen häufiger armutsgefährdet als Männer**

Frauen sind häufiger armutsgefährdet als Männer. Die Armutsgefährdungsquote der rheinland-pfälzischen Frauen lag im Jahr 2009 mit 15,3 Prozent um rund zwei Prozentpunkte über der Armutsgefährdungsquote der Männer (13,1 Prozent).

Eine höhere Armutsgefährdung für Frauen ist über alle Altersgruppen festzustellen. Hierfür spielen verschiedene Ursachen eine Rolle: Auch wenn sich die Qualifikation und Erwerbsbeteiligung von Frauen deutlich verbessert hat, unterscheiden sich Frauen und Männer nach wie vor in ihren Erwerbs- und Versicherungsbiografien. Familienbedingte Erwerbsunterbrechungen sind bei Frauen immer noch häufiger als bei Männern. In stärkerem Maße als Männer sind Frauen zudem teilzeit- oder geringfügig beschäftigt, und es zeigen sich nach wie vor deutliche Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern.

Besonders ausgeprägt sind die geschlechtsspezifischen Differenzen bei den Älteren (65 Jahre und älter).

In dieser Altersgruppe sind 18,7 Prozent der Frauen und zwölf Prozent der Männer armutsgefährdet. Ein Grund hierfür sind vielfach die unsteteren Erwerbsbiografien der Frauen und ihre Folgen. So beziehen Frauen ab 65 Jahren ihren überwiegenden Lebensunterhalt seltener aus Renten und Pensionen als Männer dieser Altersgruppe. Insbesondere für Frauen stellen Leistungen durch Angehörige eine wichtige Unterhaltsquelle dar: Mit einem Anteil von knapp 20 Prozent ist die Abhängigkeit der weiblichen Bevölkerung ab 65 Jahren von Leistungen durch Angehörige wesentlich häufiger als bei den Männern (weniger als ein Prozent).

### **Frauen verdienen 22 Prozent weniger als Männer**

Der Gender Pay Gap, d. h. der prozentuale Unterschied im durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Frauen und Männern, lag in Rheinland-Pfalz im Jahr 2010 bei 22 Prozent. In Rheinland-Pfalz erzielten Frauen im vergangenen Jahr einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 15,62 Euro, während Männer im Schnitt 19,95 Euro verdienen. Am 25. März 2011 war der diesjährige „Equal Pay Day“. Dieser Tag markiert den Entgeltunterschied zwischen den Geschlechtern in Deutschland als den Zeitraum, den Frauen über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssten, um auf das durchschnittliche Vorjahresgehalt von Männern zu kommen.

Mit einem Gender Pay Gap von 22 Prozent weist Rheinland-Pfalz im Vergleich der westlichen Bundesländer einen

relativ niedrigen Wert auf. Im früheren Bundesgebiet lag der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied im Jahr 2010 durchschnittlich bei 25 Prozent. Mit sechs Prozent fielen die Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern in den neuen Ländern deutlich niedriger aus.

Im Zeitverlauf erweist sich der Gender Pay Gap als stabil, da die ursächlichen Faktoren nur langsamen Veränderungsprozessen unterliegen. So bewegte sich der Wert zwischen 2006 und 2010 auf relativ konstantem Niveau. Für den Verdienstabstand spielen verschiedene Ursachen eine Rolle. So unterscheiden sich Männer und Frauen zum Beispiel in der Wahl ihrer Berufe, Branchen und in der Erwerbsbiografie. Frauen sind darüber hinaus – unter anderem bedingt durch familienbedingte Verpflichtungen – überdurchschnittlich häufig als Teilzeitkraft oder geringfügig beschäftigt.

### **Weniger Straßenverkehrsunfälle, mehr Verletzte**

Im Januar 2011 verloren in Rheinland-Pfalz zehn Menschen bei Straßenverkehrsunfällen ihr Leben. Das war ein Todesopfer mehr als im Januar 2010. Die Zahl der Schwerverletzten stieg um 30 Prozent auf knapp 200 an. Mehr als 1010 Personen wurden leicht verletzt (+1,3 Prozent).

Insgesamt registrierte die Polizei zu Jahresbeginn 10 119 Verkehrsunfälle auf rheinland-pfälzischen Straßen, das waren 2,6 Prozent bzw. 275 weniger als ein Jahr zuvor.

## Neuer Baustein des Gesundheitssystemes Rheinland-Pfalz als eGovernment-Anwendung

Mit dem Datenmanagementsystem Mortalität wurde ein weiterer Baustein des Gesundheitssystemes Rheinland-Pfalz vorgestellt. Mit dem Datenmanagementsystem kann eine effektive und effiziente Erfassung und Auswertung der Mortalitätsdaten vorgenommen werden. Der öffentliche Gesundheitsdienst wird damit in die Lage versetzt, das Krankheits- und Sterbegeschehen besser und schneller bewerten und auf Gesundheitsgefahren reagieren zu können.

Verlässliche und aktuelle Informationen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung sind für die Planung präventiver Maßnahmen von herausgehobener Bedeutung. So stellt das Statistische Landesamt im Auftrag des Gesundheitsministeriums schon seit Jahren im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung des Landes ausgewählte statistische Basisdaten zur Verfügung. Das rheinland-pfälzische Gesundheitssystem wird nun mit dem Datenmanagementsystem um eine weitere wichtige Ausbaustufe ergänzt.

Das Gesundheitssystem des Landes Rheinland-Pfalz informiert die Öffentlichkeit und die Gesundheitsbehörden über das Krankheits- und Sterbegeschehen, gesundheitsrelevante Verhaltensweisen, Gesundheitsrisiken aus der Umwelt, Einrichtungen des Gesundheitswesens, die Inanspruchnahme von Leistungen der Gesundheitsförderung und der Gesundheitsversorgung, Beschäftigte des Gesundheitswesens und über Ausgaben, die Finanzierung und Kosten. Das Statistische Landesamt hat hierzu im Auftrag des rheinland-pfälzischen Gesundheitsministeriums einen Internetauftritt eingerichtet, der auf der Basis des Landesinformationssystemes beim Aufruf sogenannter „Indikatoren“ aktuelle Daten zu Tabellen und Grafiken aufbereitet und zur Nutzung zur Verfügung stellt:

[www.statistik.rlp.de/staat-und-gesellschaft/gesundheit/gesundheitsberichterstattung](http://www.statistik.rlp.de/staat-und-gesellschaft/gesundheit/gesundheitsberichterstattung)

## Aus der amtlichen Statistik

### Auszubildende des Statistischen Landesamtes legen erfolgreich Prüfung zu Fachangestellten für Markt- und Sozialforschung ab

Mit guten und sehr guten Noten haben jetzt Andrea Schön, Steffen Bold und Sascha Robetje ihre Ausbildung zu Fachangestellten für Markt- und Sozialforschung abgeschlossen. Die drei jungen Leute waren die ersten Auszubildenden im Statistischen Landesamt in Bad Ems, die diesen noch recht neuen Ausbildungsgang absolvierten. Präsident Jörg Berres gratulierte den frischgebackenen Fachangestellten zu ihrem guten Abschneiden. „Zwei Zweien und eine Eins sind ein hervorragendes Ergebnis, auf das die jungen Leute stolz sein können und das auch den Arbeitgeber freut,“ so Berres. Besonders hob er die Leistung von Sascha Robetje hervor, der als Kammerbester abgeschnitten hat. Das Statistische Landesamt hatte sich vor drei Jahren entschlossen, als Beitrag zur vorausschauenden Personalplanung auf den neuen Ausbildungsgang Markt- und Sozialforschung zu setzen.

Nach Ende der Ausbildung, die aufgrund der vorbildlichen Leistungen um ein halbes Jahr verkürzt wurde, wurden die Markt- und Sozialforscher vom Statistischen Landesamt übernommen. Zwei von ihnen haben parallel dazu ein berufsbegleitendes Studium aufgenommen.

Die Ausbildung der Fachangestellten für Markt- und Sozialforschung findet im so genannten dualen System statt, setzt sich also aus einem betrieblichen Teil und dem Besuch der Berufsschule zusammen. Der schulische Teil der Ausbildung findet an sechs regionalen Standorten statt. Die Auszubildenden des Statistischen Landesamtes werden in Frankfurt unterrichtet. Neben den drei jungen Leuten, die jetzt ihren Abschluss erreicht haben, bildet das Statistische Landesamt aktuell einen jungen Mann im zweiten Ausbildungsjahr aus, im Sommer 2011 werden voraussichtlich drei Auszubildende für diesen Beruf neu eingestellt.



### Verbraucherpreise im März 2011

Der Verbraucherpreisindex lag im März 2,1 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Damit lag die Jahresteuerrate erneut über der für die Geldpolitik wichtigen Marke von zwei Prozent.

Kraftstoffe verteuerten sich gegenüber März 2010 um 12,4 Prozent. In der Folge erhöhten sich die Preise für Waren und Dienstleistungen rund um den Verkehr insgesamt um 4,4 Prozent. Für Haushaltsenergie (Strom, Gas, Öl und andere Brennstoffe) stiegen die Preise binnen Jahresfrist durchschnittlich um 10,3 Prozent. Während sich die Gaspreise im Vergleich zum Vorjahresmonat nur leicht erhöhten (+0,5 Prozent), verteuerten sich Heizöl (+33,8 Prozent) und Strom (+9,3 Prozent) spürbar. Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung für Kraftstoffe und Haushaltsenergie hätte die Jahresteuerrate mit einem Prozent deutlich niedriger gelegen.

Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke lagen im März 2011 im Schnitt 2,2 Prozent über dem Vorjahresniveau. Hier verteuerten sich vor allem Speisefette und -öle (+16 Prozent) sowie Obst (+10,8 Prozent). So erhöhte sich der Preis für Butter um 30,2 Prozent. Die Preise für Äpfel stiegen um elf Prozent, für Bananen um 14,6 Prozent.

Gegenüber dem Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex um 0,5 Prozent. Vor allem in den Hauptgruppen „Verkehr“ (+2,1 Prozent) und „Bekleidung und Schuhe“ (+1,7 Prozent) legten die Preise deutlich zu. Preisrückgänge waren hingegen im Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (-0,7 Prozent), bei den Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (-0,4 Prozent) und bei den Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken (-0,3 Prozent) festzustellen.

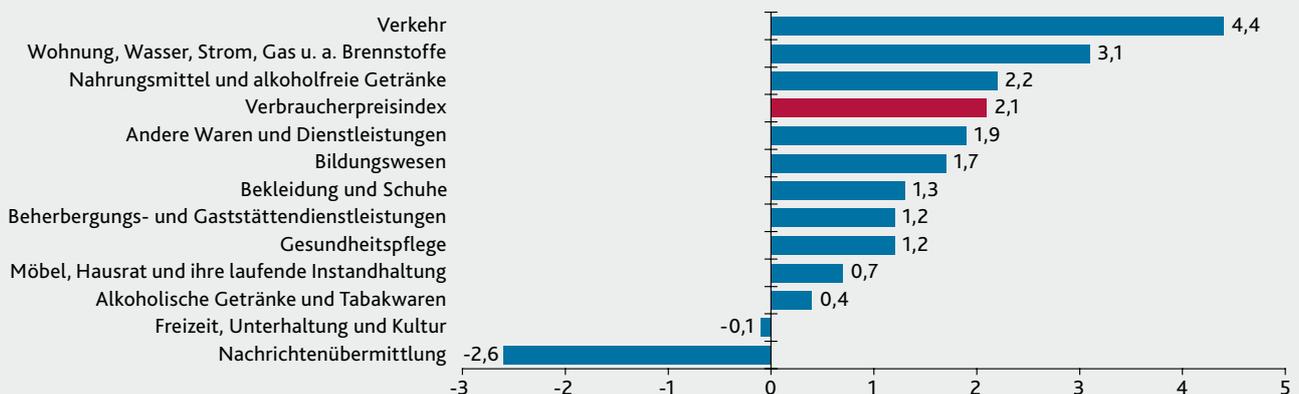
### Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

### Verbraucherpreisindex im März 2011

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber März 2010 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

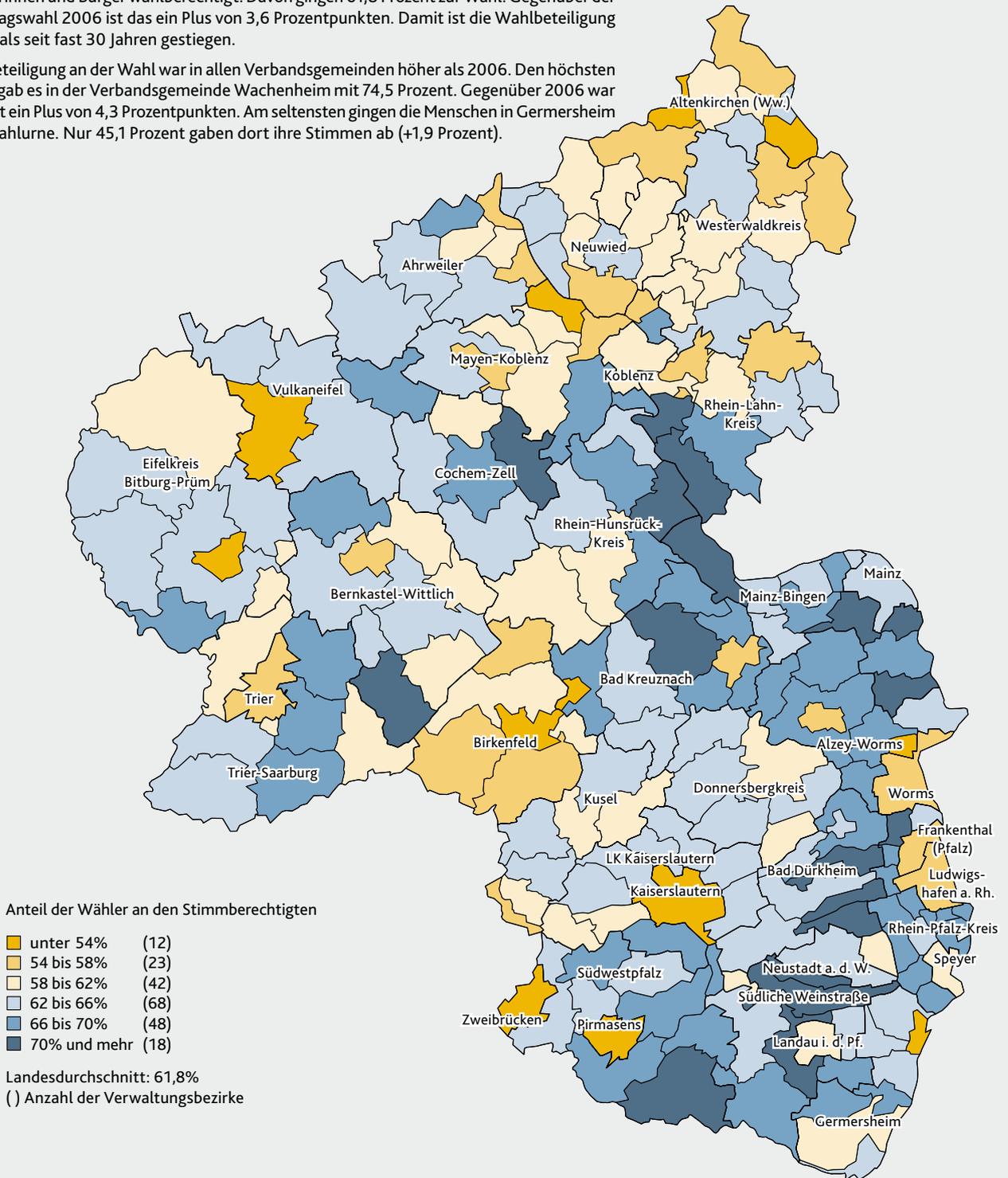


Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2011

**Wahlbeteiligung erstmals seit fast 30 Jahren gestiegen**

Bei der Wahl zum 16. Landtag Rheinland-Pfalz am 27. März 2011 waren rund 3,09 Millionen Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. Davon gingen 61,8 Prozent zur Wahl. Gegenüber der Landtagswahl 2006 ist das ein Plus von 3,6 Prozentpunkten. Damit ist die Wahlbeteiligung erstmals seit fast 30 Jahren gestiegen.

Die Beteiligung an der Wahl war in allen Verbandsgemeinden höher als 2006. Den höchsten Wert gab es in der Verbandsgemeinde Wachenheim mit 74,5 Prozent. Gegenüber 2006 war es dort ein Plus von 4,3 Prozentpunkten. Am seltensten gingen die Menschen in Germersheim zur Wahlurne. Nur 45,1 Prozent gaben dort ihre Stimmen ab (+1,9 Prozent).



# Landtagswahl 2011

Von Romy Feldmann, Dr. Ludwig Böckmann und Dr. Julia Stoffel

Am 27. März 2011 fand die Wahl zum 16. Landtag Rheinland-Pfalz statt. Nach dem amtlichen Endergebnis entfallen von den gültigen Landesstimmen 35,7 Prozent auf die SPD, 35,2 Prozent auf die CDU, 15,4 Prozent auf die GRÜNEN, 4,2 Prozent auf die FDP und drei Prozent auf die Partei DIE LINKE; die sonstigen Parteien kommen zusammen auf 6,4 Prozent.

Während die SPD (–9,9 Prozentpunkte) und die FDP (–3,8 Prozentpunkte) im Vergleich zur Landtagswahl 2006 Verluste hinnehmen mussten, nahmen die Landesstimmenanteile der CDU (+2,4 Prozentpunkte), der GRÜNEN (+10,8 Prozentpunkte) und der Partei DIE LINKE (+0,4 Prozentpunkte) zu. Die Wahlbeteiligung belief sich auf 61,8 Prozent. Sie ist damit um 3,6 Prozentpunkte höher als 2006.

## Wahlbeteiligung steigt erstmals seit 1983

1,91 Millionen  
Wählerinnen  
und Wähler

In Rheinland-Pfalz waren bei der Wahl zum 16. Landtag rund 3,09 Millionen Bürgerinnen und Bürger stimmberechtigt. Von ihrem demokratischen Grundrecht auf Stimmabgabe haben 1,91 Millionen Gebrauch gemacht; damit lag die Wahlbeteiligung bei 61,8 Prozent. Gegenüber der Landtagswahl 2006 erhöhte sich die Beteiligung damit um 3,6 Prozentpunkte. Das ist der erste Anstieg seit fast 30 Jahren. Seit ihrem Höchststand im Jahr 1983 war die Wahlbeteiligung kontinuierlich gesunken.

In allen 51 Landtagswahlkreisen war die Wahlbeteiligung höher als 2006. Die stärkste Zunahme ergab sich im Wahlkreis Worms (+6,4 Prozentpunkte). Das größte Wahl-

teresse wurde mit jeweils 68,5 Prozent in den Wahlkreisen Ingelheim am Rhein und Bad Dürkheim verzeichnet. Die niedrigste Beteiligung gab es – wie auch schon 2006 – im Wahlkreis Kaiserslautern I. Dort ging nur jeder Zweite zur Wahl (49,3 Prozent).

Wahlbeteiligung schwankt in den Wahlkreisen zwischen 49,3 und 68,5 Prozent

## Weitere Beiträge zur Landtagswahl 2011 in den Statistischen Monatsheften

Zur Landtagswahl 2011 werden im Statistischen Monatsheft noch folgende Beiträge erscheinen:

- Landtagswahl 2011: Regionale Partei-hochburgen und ihre Strukturen
- Repräsentative Wahlstatistik zur Landtagswahl 2011
- Ungültigwähler bei den Landtagswahlen 2006 und 2011 im Vergleich

Geringere Wahlbeteiligung in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit

Ein bedeutender Einflussfaktor auf die Wahlbeteiligung war auch bei dieser Landtagswahl die Höhe der Arbeitslosigkeit. In Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit war die Wahlbeteiligung deutlich geringer als in Gebieten mit einem niedrigen Arbeitslosenanteil. Dort wo ein hoher Anteil an Arbeitslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren zu verzeichnen ist, gingen nur 56,9 Prozent der Wahlberechtigten zur Stimmabgabe, in Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit waren es 66 Prozent.

### Anteil der ungültigen Landesstimmen unverändert

Von den abgegebenen Landesstimmen waren 97,9 Prozent gültig und 2,1 Prozent ungültig. Damit blieb der Anteil der ungültigen Landesstimmen gegenüber 2006 unverändert.

Anteil der ungültigen Wahlkreisstimmen gesunken

Der Anteil der ungültigen Wahlkreisstimmen war höher als der Anteil der ungültigen Landesstimmen. Jedoch hat sich der Abstand im Vergleich zu 2006 verringert, da der Anteil der ungültigen Wahlkreisstimmen um 0,5 Prozentpunkte gesunken ist. Von den abgegebenen Wahlkreisstimmen waren diesmal 2,8 Prozent ungültig und somit 97,2 Prozent gültig.

### SPD ist wieder stärkste Partei

SPD erhält 42 Sitze im Landtag

Die SPD ist aus dieser Landtagswahl trotz erheblicher Stimmenverluste erneut als stärkste Partei hervorgegangen, allerdings mit nur knappem Vorsprung vor der CDU. Ihre absolute Mehrheit hat die SPD verloren. Die Sozialdemokraten haben 23 Direktmandate (zehn Mandate weniger als 2006) und 19 Listenmandate (–2 Mandate) errungen.

Insgesamt kommt die SPD im 16. Landtag Rheinland-Pfalz auf 42 Sitze, das sind elf weniger als vor fünf Jahren.

Von den 1,87 Millionen gültigen Landesstimmen erzielte die SPD 666 817. Das waren 132 560 Landesstimmen bzw. 16,6 Prozent weniger als bei der Landtagswahl 2006. Der Anteil an den gültigen Landesstimmen, der grundsätzlich über die Stärke der Landtagsfraktion einer Partei entscheidet, belief sich bei der SPD auf 35,7 Prozent. Im Vergleich zu 2006 sank der Landesstimmenanteil der SPD um 9,9 Prozentpunkte. Die Sozialdemokraten mussten damit das schlechteste Ergebnis bei einer Landtagswahl seit 1959 hinnehmen.

Landesstimmenanteil der SPD sinkt um 9,9 Prozentpunkte

Die Sozialdemokraten haben in allen 51 Wahlkreisen Landesstimmenanteile eingebüßt. Den höchsten Anteilsverlust musste die Partei im Wahlkreis Mainz I hinnehmen (–17,3 Prozentpunkte). Ihren höchsten Landesstimmenanteil erreichten sie im Wahlkreis Kusel; dort errang die Partei 46,3 Prozent der gültigen Landesstimmen (–7,5 Prozentpunkte gegenüber 2006). Den geringsten Anteil bekam die SPD mit 24,3 Prozent im Wahlkreis Bad Neuenahr-Ahrweiler (–10,7 Prozentpunkte).

Höchster Landesstimmenanteil der SPD im Wahlkreis Kusel

Die Wahlkreisstimmen entscheiden über die Vergabe der Landtagsmandate an die Direktkandidaten der Parteien. Von den insgesamt 1,85 Millionen gültigen Wahlkreisstimmen holte die SPD in Rheinland-Pfalz 699 572. Das waren rund 50 808 bzw. 6,8 Prozent weniger als 2006. Der Wahlkreisstimmenanteil der SPD lag bei 37,7 Prozent und damit 5,6 Prozentpunkte unter dem Ergebnis von 2006.

Wahlkreisstimmenanteil der SPD sinkt um 5,6 Prozentpunkte

Die Wahlkreisstimmenanzahl der SPD war bei dieser Wahl um 32 755 bzw. 4,9 Prozent

T 1

## Wahlberechtigte, Wähler, ungültige Landesstimmen sowie gültige Landesstimmen der Parteien bei den Landtagswahlen 2006 und 2011

Wahljahr	2011		2006		Veränderung 2011 zu 2006	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Prozentpunkte
Wahlberechtigte	3 088 199	x	3 075 577	x	12 622	x
Wähler	1 908 734	61,8	1 791 072	58,2	117 662	3,6
Ungültige Landesstimmen	40 547	2,1	37 962	2,1	2 585	-
Gültige Landesstimmen	1 868 187	97,9	1 753 110	97,9	115 077	-
SPD	666 817	35,7	799 377	45,6	-132 560	-9,9
CDU	658 474	35,2	574 329	32,8	84 145	2,4
FDP	79 343	4,2	140 865	8,0	-61 522	-3,8
GRÜNE	288 489	15,4	81 411	4,6	207 078	10,8
DIE LINKE	56 054	3,0	44 826	2,6	11 228	0,4
REP	15 600	0,8	29 919	1,7	-14 319	-0,9
NPD	20 586	1,1	21 056	1,2	-470	-0,1
ödp	6 997	0,4	3 844	0,2	3 153	0,2
BüSo	1 504	0,1	-	-	x	x
ddp	1 656	0,1	-	-	x	x
FREIE WÄHLER	43 348	2,3	27 652	1,6	15 696	0,7
PIRATEN	29 319	1,6	-	-	x	x

höher als die Zahl ihrer Landesstimmen. Vor fünf Jahren lag die Wahlkreisstimmenzahl noch 6,1 Prozent unter ihrer Landesstimmenzahl. Trotzdem verlor die SPD zehn Direktmandate an die Christdemokraten.

Ministerpräsident gewinnt eigenen Wahlkreis mit 53,3 Prozent

Das beste Wahlkreisstimmenergebnis bekam die SPD im Wahlkreis Südliche Weinstraße; in diesem Wahlkreis ist Kurt Beck als Direktkandidat angetreten. Der Ministerpräsident erzielte 53,3 Prozent der gültigen Wahlkreisstimmen (-4,8 Prozentpunkte im Vergleich zu 2006) und gewann mit einem Vorsprung von fast 11 000 Stimmen vor dem Direktkandidaten der CDU den Wahlkreis. Den geringsten Wahlkreisstimmenanteil erhielt der Direktkandidat der SPD im Wahlkreis Bad Neuenahr-Ahrweiler mit 23,9 Prozent. Auch hier verlor der Direktkandidat der Sozialdemokraten Stimmenanteile (-7,7 Prozentpunkte). Anteilszuwächse bei den Wahlkreisstimmen konnte die SPD nur in zwei Wahlkreisen erzielen. Der Direktkandidat der Partei im Wahlkreis Betzdorf/

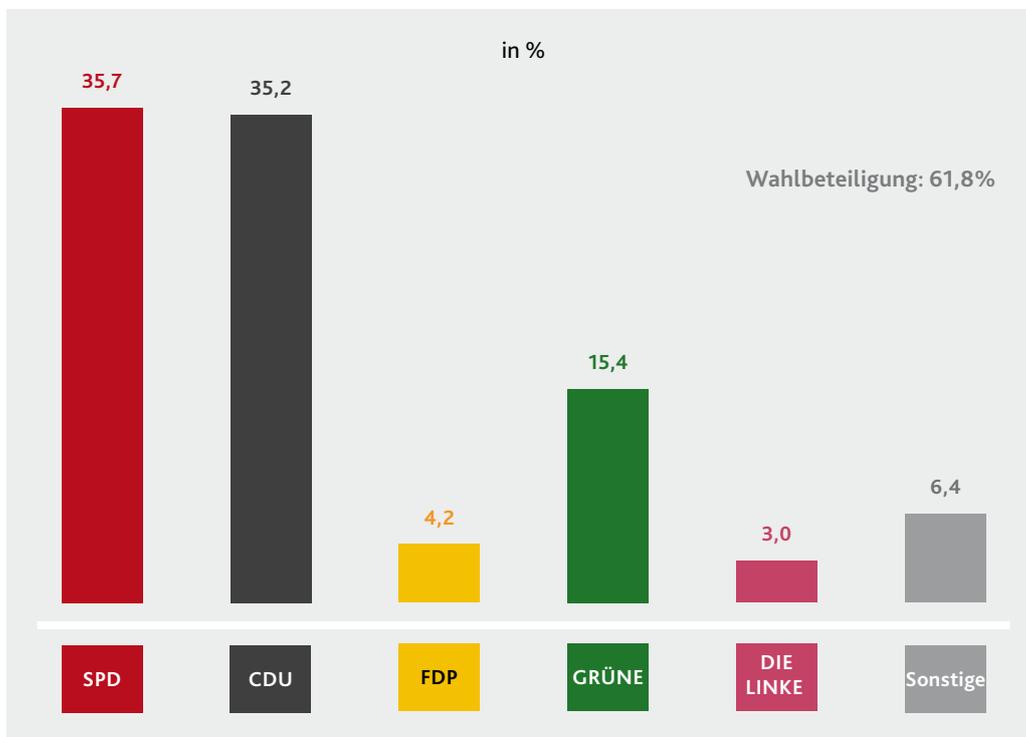
Kirchen (Sieg) verbuchte einen Zuwachs um 1,5 Prozentpunkte und der Kandidat im Wahlkreis Bingen am Rhein ein Plus von 0,5 Prozentpunkten. Den stärksten Verlust gab es für den Direktkandidaten der SPD im Wahlkreis Wittlich mit einem Minus von 11,1 Prozentpunkten.

Auch bei dieser Wahl war die SPD wieder stark in Regionen mit einem hohen Anteil an evangelischen Kirchenangehörigen. Dort holten die Sozialdemokraten 40,6 Prozent der gültigen Landesstimmen und damit 4,9 Prozentpunkte mehr als im Landesdurchschnitt. Verglichen mit der letzten Landtagswahl musste die Partei aber auch hier deutliche Verluste hinnehmen (-8,7 Prozentpunkte), die Verluste waren jedoch geringer als im Landesdurchschnitt (-9,9 Prozentpunkte). In Regionen mit einem niedrigen Anteil an Protestanten kam die SPD auf 30,9 Prozent der Landesstimmen, das sind 11,1 Prozentpunkte weniger als 2006.

SPD erzielt ihre besten Wahlergebnisse in Gebieten mit hohem Protestantenanteil

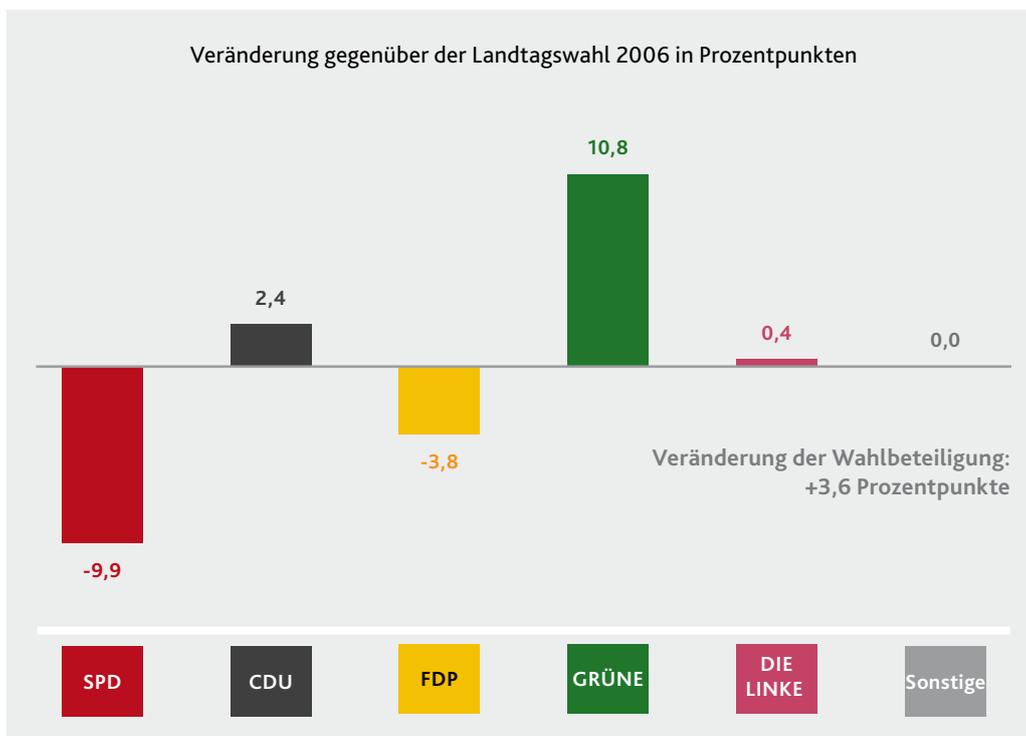
G 1

## Landesstimmenanteile der Parteien bei der Landtagswahl 2011



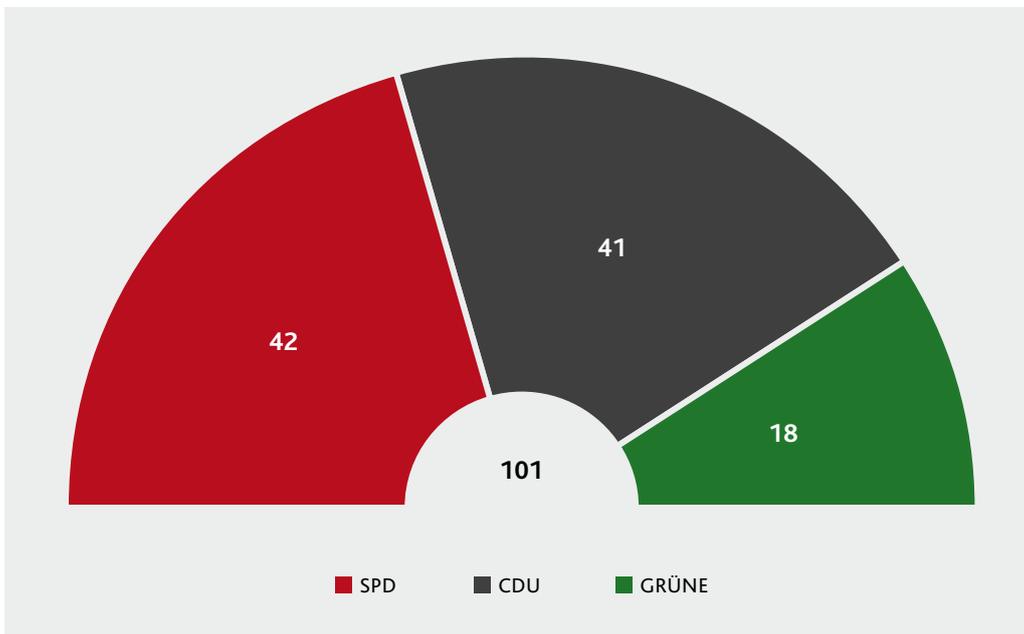
G 2

## Veränderung der Landesstimmenanteile der Parteien bei der Landtagswahl 2011



G 3

Landtagsmandate 2011



### Landesstimmenanteil der CDU steigt um 2,4 Prozentpunkte

CDU erhält 41 Sitze im Landtag

Die CDU legte gegenüber der letzten Landtagswahl zu und wurde erneut zweitstärkste Partei im Landtag. Nach dem amtlichen Endergebnis kommt die CDU auf 28 Direktmandate – zehn Mandate mehr als bei der Wahl 2006. Darüber hinaus erzielt sie 13 Listenmandate – sieben weniger als 2006. Insgesamt werden im 16. Landtag also 41 Sitze mit Christdemokraten besetzt sein.

Landesstimmenanteil der CDU steigt um 2,4 Prozentpunkte

Die CDU errang 658 474 Landesstimmen; das waren 84 145 bzw. 14,6 Prozent mehr als vor fünf Jahren. Der Landesstimmenanteil der Christdemokraten ist dadurch im Vergleich zu 2006 um 2,4 Prozentpunkte auf 35,2 Prozent gestiegen.

Höchster Landesstimmenanteil der CDU im Wahlkreis Bad Neuenahr-Ahrweiler

Die Betrachtung nach Wahlkreisen zeigt, dass die CDU am besten im Wahlkreis Bad Neuenahr-Ahrweiler abgeschnitten hat. In diesem Wahlkreis holte sie 48,1 Prozent der gültigen Landesstimmen. Im Vergleich zur

Landtagswahl 2006 stieg ihr Ergebnis dort um 2,1 Prozentpunkte. Das schlechteste Ergebnis gab es für die Christdemokraten im Wahlkreis Kusel, wo sie – trotz einer Steigerung um 3,8 Prozentpunkte – nur auf einen Landesstimmenanteil von 25,2 Prozent kamen. Die CDU erzielte ihren stärksten Zuwachs an Landesstimmenanteilen im Wahlkreis Birkenfeld (+8,3 Prozentpunkte). Nur in vier Wahlkreisen verlor die CDU im Vergleich zu 2006 Landesstimmenanteile. Den stärksten Verlust musste die Partei im Wahlkreis Trier hinnehmen (–2,5 Prozentpunkte).

Die Union bekam bei dieser Landtagswahl 684 065 Wahlkreisstimmen. Damit erhielten die Direktkandidaten der Partei zusammen 15 428 Stimmen bzw. 2,3 Prozent mehr Stimmen als 2006. Dennoch nahm der Wahlkreisstimmenanteil der Christdemokraten um 1,7 Prozentpunkte auf 36,9 Prozent ab, weil die Zahl der gültigen Wahlkreisstimmen insgesamt um sieben Prozent stieg.

Wahlkreisstimmenanteil der CDU sinkt um 1,7 Prozentpunkte

T 2

## Wahlbeteiligung und Landesstimmenanteile ausgewählter Parteien bei der Landtagswahl 2011 nach Wahlkreisen

## Veränderung gegenüber 2006

Wahlkreise	Wahl- beteili- gung	SPD	CDU	FDP	GRÜNE	DIE LINKE	Wahl- beteili- gung	SPD	CDU	FDP	GRÜNE	DIE LINKE
	%	Anteil an gültigen Stimmen in %						Prozentpunkte				
1 Betzdorf/Kirchen (Sieg)	56,9	33,6	40,1	4,9	13,7	3,5	4,4	-6,9	2,1	-6,1	10,3	1,3
2 Altenkirchen (Westerwald)	58,3	32,9	39,9	4,1	15,0	3,6	4,2	-9,2	2,1	-5,1	11,1	1,4
3 Linz am Rhein/Rengsdorf	63,1	31,9	41,0	4,3	15,6	2,2	3,0	-9,5	-0,1	-3,4	11,7	0,4
4 Neuwied	56,3	39,7	33,1	4,0	14,9	3,3	3,2	-9,9	1,7	-2,9	11,3	0,9
5 Bad Marienberg/Westerburg	59,8	38,2	35,8	4,0	13,3	3,3	4,8	-7,8	1,8	-4,1	9,8	1,1
6 Montabaur	62,8	29,2	42,8	4,9	14,8	2,9	5,4	-9,9	1,2	-3,8	11,1	1,0
7 Diez/Nassau	61,9	42,2	30,2	4,2	14,6	2,9	4,3	-10,7	2,0	-3,2	10,7	1,0
8 Koblenz/Lahnstein	62,6	38,0	34,0	4,5	15,3	2,9	3,5	-11,1	1,9	-3,1	11,0	1,2
9 Koblenz	56,4	30,1	35,2	5,3	18,8	3,6	4,3	-13,9	0,8	-3,2	12,9	0,8
10 Bendorf/Weißenthurm	58,6	34,0	40,3	4,2	14,2	2,6	3,3	-10,4	2,4	-3,2	10,8	0,6
11 Andernach	56,5	36,1	39,6	3,8	13,6	2,7	1,5	-10,4	3,6	-3,3	9,6	1,1
12 Mayen	62,7	32,1	42,4	4,4	14,0	2,4	3,1	-11,3	3,5	-3,2	10,2	0,9
13 Remagen/Sinzig	59,3	29,1	41,0	4,4	17,9	2,8	2,9	-11,2	1,0	-3,3	13,5	0,7
14 Bad Neuenahr-Ahrweiler	63,8	24,3	48,1	5,1	15,7	2,3	4,0	-10,7	2,1	-3,7	12,0	0,5
15 Cochem-Zell	64,8	30,5	47,4	4,9	10,7	2,3	1,7	-7,5	3,0	-3,8	8,0	0,9
16 Rhein-Hunsrück	66,0	33,1	39,2	5,7	14,4	2,8	3,4	-11,2	3,6	-3,6	10,5	0,3
17 Bad Kreuznach	62,0	36,9	36,6	5,3	14,3	2,7	5,3	-9,5	5,9	-4,4	9,2	0,2
18 Kirn/Bad Sobernheim	66,3	42,9	35,2	3,3	11,9	2,7	5,2	-9,3	8,1	-4,5	7,9	0,7
19 Birkenfeld	55,7	39,8	37,8	3,6	11,0	4,3	2,1	-9,3	8,3	-5,3	7,6	0,2
20 Daun	60,7	29,3	42,9	4,6	12,0	3,0	1,3	-10,7	0,6	-3,4	9,0	0,8
21 Bitburg-Prüm	62,2	29,4	36,2	4,1	13,0	2,6	3,0	-14,6	-1,5	-5,2	9,7	0,8
22 Wittlich	60,0	28,5	43,8	4,8	13,9	2,4	2,0	-11,6	4,7	-4,9	9,5	0,8
23 Bernkastel-Kues/Morb./Kirchb.	62,3	34,6	37,7	5,7	12,9	2,7	3,6	-9,9	4,4	-5,5	8,5	0,8
24 Trier/Schweich	63,1	33,8	36,5	3,7	16,4	3,0	5,0	-13,7	2,2	-2,9	11,8	0,9
25 Trier	56,6	30,8	30,8	4,0	25,6	3,4	5,2	-13,6	-2,5	-3,1	16,5	0,2
26 Konz/Saarburg	63,9	35,1	36,4	3,2	15,9	3,6	4,4	-13,1	1,7	-2,8	11,9	1,4
27 Mainz I	62,2	31,3	25,1	4,4	29,3	3,9	5,0	-17,3	0,9	-3,6	18,6	1,5
28 Mainz II	67,7	29,1	33,4	5,6	23,7	2,5	4,2	-14,2	2,5	-4,5	15,7	0,9
29 Bingen am Rhein	66,5	36,8	34,7	4,5	16,6	2,3	3,7	-9,2	2,7	-5,1	11,7	-
30 Ingelheim am Rhein	68,5	33,3	33,8	4,4	21,5	2,0	4,5	-13,2	3,0	-4,9	15,3	0,1
31 Nierstein/Oppenheim	65,6	39,7	30,5	4,0	16,3	2,3	4,6	-10,8	5,1	-5,1	11,6	0,0
32 Worms	56,4	41,4	31,8	3,8	14,9	2,8	6,3	-5,5	1,4	-4,0	9,9	0,7
33 Alzey	65,7	38,8	32,5	4,2	15,9	2,6	4,4	-10,2	3,5	-4,5	11,2	0,9
34 Frankenthal (Pfalz)	61,8	36,8	37,6	3,0	12,8	3,2	1,5	-8,5	3,5	-3,6	8,8	0,6
35 Ludwigshafen am Rhein I	50,5	39,6	27,1	3,4	16,2	5,2	1,9	-7,7	-0,5	-2,7	10,4	1,7
36 Ludwigshafen am Rhein II	58,2	41,7	29,9	3,2	13,4	3,7	2,6	-6,8	1,4	-2,9	9,5	0,6
37 Mutterstadt	67,8	36,9	34,2	4,1	15,2	2,5	3,5	-8,8	3,4	-4,1	10,8	-
38 Speyer	61,7	32,6	34,3	3,6	19,3	2,8	3,9	-9,6	1,3	-3,2	12,3	0,4
39 Donnersberg	62,2	41,5	28,5	3,8	13,7	3,5	2,8	-7,5	2,4	-3,5	9,2	-0,6
40 Kusel	61,3	46,3	25,2	2,9	13,3	4,8	1,7	-7,5	3,8	-3,0	9,8	-2,1
41 Bad Dürkheim	68,5	35,1	34,2	5,0	15,0	2,3	3,1	-9,4	3,9	-4,8	9,9	0,0
42 Neustadt an der Weinstraße	62,2	36,3	33,3	3,7	15,9	2,7	1,8	-10,3	1,6	-3,0	10,8	-0,1
43 Kaiserslautern I	49,3	39,8	25,7	4,3	16,9	5,3	2,3	-8,8	0,1	-2,8	11,7	0,2
44 Kaiserslautern II	63,1	40,0	29,8	4,0	14,3	3,5	2,6	-7,6	3,2	-3,4	9,8	-0,5
45 Kaiserslautern-Land	61,7	40,9	34,2	3,2	10,9	3,7	2,3	-5,9	3,2	-2,8	7,7	-0,6
46 Zweibrücken	57,8	40,5	28,3	6,5	11,4	4,8	4,0	-4,9	1,8	-3,0	8,2	0,6
47 Pirmasens-Land	66,6	40,1	36,7	3,7	10,0	3,1	3,3	-4,8	4,2	-3,0	6,9	-0,7
48 Pirmasens	57,1	38,2	37,6	3,6	8,5	3,7	3,9	-2,8	3,9	-3,3	5,8	-1,0
49 Südliche Weinstraße	67,9	40,8	30,6	4,3	15,8	2,2	3,8	-7,3	1,8	-3,2	9,5	-0,1
50 Landau in der Pfalz	64,4	36,5	32,9	4,0	17,4	2,5	3,6	-10,2	3,3	-3,4	11,1	-0,3
51 Germersheim	60,6	37,1	35,9	3,6	12,7	2,5	2,8	-8,5	1,3	-3,1	9,1	0,4
<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>61,8</b>	<b>35,7</b>	<b>35,2</b>	<b>4,2</b>	<b>15,4</b>	<b>3,0</b>	<b>3,6</b>	<b>-9,9</b>	<b>2,4</b>	<b>-3,8</b>	<b>10,8</b>	<b>0,4</b>

CDU bekommt gut 3,9 Prozent mehr Wahlkreis- als Landesstimmen

Bei der CDU überstieg die Wahlkreisstimmenzahl – wie bereits bei der letzten Landtagswahl – die Zahl der Landesstimmen. Bei dieser Wahl war die Zahl der Wahlkreisstimmen der CDU um 25 591 bzw. 3,9 Prozent höher als ihre Landesstimmenzahl. Bei den Christdemokraten hat sich der prozentuale Unterschied zwischen den Wahlkreis- und den Landesstimmen im Vergleich zur letzten Wahl deutlich verringert. Der Abstand betrug 2006 noch 16,4 Prozent.

Den stärksten Zuwachs an Wahlkreisstimmen für die CDU erzielte die Spitzenkandidatin Julia Klöckner in ihrem Wahlkreis Bad Kreuznach. Sie kam auf 44,4 Prozent der gültigen Wahlkreisstimmen und holte damit acht Prozentpunkte mehr als der CDU-Direktkandidat 2006. Ihr Stimmenvorsprung gegenüber dem Direktkandidaten der SPD belief sich auf knapp 3 500 Stimmen. Den stärksten Verlust gab es für die CDU im Wahlkreis Bitburg-Prüm mit einem Minus von 10,9 Prozentpunkten.

Höchster Wahlkreisstimmenanteil der CDU im Wahlkreis Cochem-Zell

Den höchsten Wahlkreisstimmenanteil für die CDU holte die Direktkandidatin der Union im Wahlkreis Cochem-Zell mit 52,3 Prozent der gültigen Wahlkreisstimmen (-2,7 Prozentpunkte gegenüber 2006). Das schlechteste Wahlkreisergebnis gab es für den Unionskandidaten im Wahlkreis Kusel mit 25 Prozent (+1,2 Prozentpunkte).

CDU nach wie vor stark in Regionen mit hohem Katholikenanteil

Traditionell erreichen die Christdemokraten ihre besten Wahlergebnisse in Gebieten mit einem hohen Katholikenanteil. In diesen Regionen bekam die CDU bei dieser Wahl 40,5 Prozent der gültigen Landesstimmen. Ihr Ergebnis lag dort um 5,3 Prozentpunkte über ihrem Landesergebnis und um 9,6 Prozentpunkte über ihrem Ergebnis in Regionen mit einem niedrigen Katholikenanteil. Die CDU hat zwar auch in den Gebieten mit

einem hohen Katholikenanteil Landesstimmenanteile gewonnen (+1,5 Prozentpunkte), aber weniger als im Landesdurchschnitt (+2,4 Prozentpunkte).

### GRÜNE wieder im Landtag dabei

Die GRÜNEN sind in den rheinland-pfälzischen Landtag zurückgekehrt, nachdem sie 2006 den Einzug verpasst hatten. Die Partei zieht mit 18 Listenmandaten in den neuen Landtag ein.

Die GRÜNEN bekamen in Rheinland-Pfalz 288 489 Landesstimmen und damit 207 078 bzw. 254 Prozent mehr als bei der Landtagswahl 2006. Dadurch verdreifachte sich das Anteilsergebnis der Partei und stieg auf 15,4 Prozent. Das ist das mit Abstand beste Ergebnis, das die GRÜNEN bisher bei einer rheinland-pfälzischen Landtagswahl erzielt haben. Bundesweit sind die GRÜNEN nur in Baden-Württemberg (24,2 Prozent) und in Bremen (16,5 Prozent) stärker.

Die GRÜNEN konnten in allen rheinland-pfälzischen Landtagswahlkreisen bei den Landesstimmen zulegen. Den kräftigsten Zuwachs gab es im Wahlkreis Mainz I. Hier stieg ihr Landesstimmenanteil im Vergleich zur Wahl 2006 um 18,6 Prozentpunkte. In Mainz I holte die Partei mit 29,3 Prozent auch ihren höchsten Landesstimmenanteil.

Auch bei den Wahlkreisstimmen haben die GRÜNEN einen deutlichen Zuwachs erzielt. Die Partei erhielt 263 703 Wahlkreisstimmen. Damit gewannen die GRÜNEN mehr als dreimal soviel Stimmen wie vor fünf Jahren (+177 443). Die GRÜNEN traten dieses Mal in allen 51 Wahlkreisen mit einem Direktkandidaten an. In allen Wahlkreisen, in denen auch schon 2006 Kandidaten aufgestellt waren, konnten sie mehr Stimmen

GRÜNE erhalten 18 Sitze im Landtag

Landesstimmenanteil der GRÜNEN steigt um 10,8 Prozentpunkte

Höchster Landesstimmenanteil der GRÜNEN im Wahlkreis Mainz I

Alle Direktkandidaten erzielen mehr Stimmen als 2006

T3

**Wahlbeteiligung und Wahlkreisstimmenanteile ausgewählter Parteien bei der Landtagswahl 2011 nach Wahlkreisen**
**Veränderung gegenüber 2006**

Wahlkreise	Wahl- beteili- gung	SPD	CDU	FDP	GRÜNE	DIE LINKE	Wahl- beteili- gung	SPD	CDU	FDP	GRÜNE	DIE LINKE
	%	Anteil an gültigen Stimmen in %						Prozentpunkte				
1 Betzdorf/Kirchen (Sieg)	56,9	37,2	40,1	7,2	11,3	4,2	4,4	1,5	-3,1	-8,3	7,6	2,3
2 Altkirchen (Westerwald)	58,3	35,7	42,3	3,9	13,7	4,3	4,2	-2,7	-4,3	-3,9	8,5	2,2
3 Linz am Rhein/Rengsdorf	63,1	35,0	42,4	4,3	13,1	2,4	3,0	-7,6	-5,1	-2,6	x	0,1
4 Neuwied	56,3	45,0	32,4	3,8	12,8	4,0	3,2	-3,9	-4,4	-2,6	7,9	1,0
5 Bad Marienberg/Westerburg	59,8	46,9	35,4	3,3	10,6	3,8	4,8	-2,1	-1,1	-3,9	7,1	1,2
6 Montabaur	62,8	30,2	44,0	7,2	15,0	3,6	5,4	-6,3	-3,3	-1,4	9,7	1,3
7 Diez/Nassau	61,9	50,5	28,8	3,3	11,3	3,4	4,3	-3,4	-2,9	-3,2	6,2	1,2
8 Koblenz/Lahnstein	62,6	44,3	33,0	3,6	12,6	3,3	3,5	-5,7	-4,5	-3,5	7,2	x
9 Koblenz	56,4	29,4	33,3	7,7	22,7	-	4,3	-10,5	-6,3	-2,1	15,0	x
10 Bendorf/Weißenthurm	58,6	34,8	45,0	3,6	13,7	2,9	3,3	-6,9	0,5	-3,3	9,2	0,4
11 Andernach	56,5	39,9	41,8	2,7	11,0	3,4	1,5	-5,7	2,2	-3,6	6,1	1,7
12 Mayen	62,7	31,7	45,5	4,5	13,7	3,1	3,1	-8,2	-0,3	-2,5	9,2	1,1
13 Remagen/Sinzig	59,3	30,2	42,4	5,8	18,0	3,6	2,9	-7,1	-4,1	-2,1	12,0	1,2
14 Bad Neuenahr-Ahrweiler	63,8	23,9	48,9	8,1	16,4	2,7	4,0	-7,7	-3,3	0,3	11,5	0,4
15 Cochem-Zell	64,8	29,8	52,3	4,9	10,1	2,9	1,7	-7,6	-2,7	-2,7	x	x
16 Rhein-Hunsrück	66,0	35,6	42,3	5,7	12,5	3,3	3,4	-5,0	0,7	-3,9	8,1	0,3
17 Bad Kreuznach	62,0	35,6	44,4	3,5	13,3	3,3	5,3	-7,5	8,0	-7,1	6,2	0,5
18 Kirn/Bad Sobernheim	66,3	45,7	35,0	3,8	11,9	3,6	5,2	-2,7	3,8	-4,1	6,8	1,8
19 Birkenfeld	55,7	41,0	34,8	4,9	12,9	5,3	2,1	-6,1	-1,9	-1,7	9,1	0,7
20 Daun	60,7	33,8	39,5	5,9	9,6	3,5	1,3	-6,8	-6,2	-2,6	6,7	1,2
21 Bitburg-Prüm	62,2	31,3	33,1	5,7	13,4	3,3	3,0	-7,2	-11,0	-4,6	8,3	1,2
22 Wittlich	60,0	26,6	45,3	5,6	14,7	2,9	2,0	-11,1	0,8	-4,5	9,2	0,8
23 Bernkastel-Kues/Morb./Kirchb.	62,3	33,2	40,5	5,1	12,2	3,5	3,6	-6,9	-1,3	-5,0	6,3	1,3
24 Trier/Schweich	63,1	32,8	41,8	4,1	17,3	3,9	5,0	-8,4	-1,5	-2,5	10,8	x
25 Trier	56,6	40,6	31,7	3,1	18,4	3,1	5,2	-4,9	-3,7	-3,5	9,2	-0,2
26 Konz/Saarburg	63,9	36,7	38,1	4,0	15,4	3,9	4,4	-6,3	-3,9	-1,8	8,8	1,3
27 Mainz I	62,2	33,8	26,6	3,8	27,0	3,6	5,0	-8,8	-1,1	-3,9	12,7	1,3
28 Mainz II	67,7	34,0	34,0	5,4	18,9	2,4	4,2	-8,4	-0,9	-2,9	11,6	0,8
29 Bingen am Rhein	66,5	41,2	35,1	5,8	17,9	-	3,7	0,5	-5,2	-2,7	12,3	x
30 Ingelheim am Rhein	68,5	36,0	36,9	3,6	19,5	0,0	4,5	-7,8	1,1	-5,4	12,4	x
31 Nierstein/Oppenheim	65,6	42,4	31,6	4,1	15,5	0,0	4,6	-6,5	1,4	-6,1	8,8	x
32 Worms	56,4	45,0	32,3	4,7	14,2	3,8	6,3	-1,7	-3,7	-3,8	7,7	x
33 Alzey	65,7	41,9	33,3	4,3	14,4	2,8	4,4	-7,9	-0,4	-4,0	8,0	x
34 Frankenthal (Pfalz)	61,8	36,0	44,8	2,2	10,3	3,8	1,5	-1,0	-1,9	-2,9	6,4	1,0
35 Ludwigshafen am Rhein I	50,5	41,4	29,3	3,0	14,1	5,2	1,9	-4,0	-2,5	-2,7	7,3	1,7
36 Ludwigshafen am Rhein II	58,2	43,0	32,7	2,7	12,5	4,1	2,6	-2,7	-0,6	-2,8	7,5	0,8
37 Mutterstadt	67,8	38,6	38,9	4,5	14,0	3,9	3,5	-2,8	2,8	-3,3	8,5	0,8
38 Speyer	61,7	33,2	36,7	3,9	17,1	3,0	3,9	-8,0	-2,4	-2,2	x	-0,3
39 Donnersberg	62,2	39,7	33,3	2,8	11,8	3,6	2,8	-8,2	-6,1	-4,4	x	-2,0
40 Kusel	61,3	48,5	25,0	2,8	15,4	5,8	1,7	-6,5	1,2	-2,6	11,7	-1,3
41 Bad Dürkheim	68,5	35,4	35,3	4,9	13,5	2,6	3,1	-5,3	-0,8	-5,4	8,1	-0,2
42 Neustadt an der Weinstraße	62,2	33,6	36,0	3,4	15,5	2,9	1,8	-9,5	-3,5	-2,6	8,9	-1,0
43 Kaiserslautern I	49,3	40,6	26,8	4,7	14,7	5,3	2,3	-5,8	-2,1	-2,9	8,5	0,1
44 Kaiserslautern II	63,1	39,8	31,5	4,0	13,3	4,1	2,6	-3,7	0,3	-3,1	8,3	0,0
45 Kaiserslautern-Land	61,7	44,1	35,5	4,1	11,2	5,2	2,3	-1,7	-2,3	-3,0	6,5	0,7
46 Zweibrücken	57,8	36,2	28,3	7,6	12,4	5,3	4,0	-2,8	-1,7	-4,7	8,5	0,7
47 Pirmasens-Land	66,6	42,3	39,2	3,2	9,1	3,8	3,3	-0,1	1,6	-3,4	5,1	-0,3
48 Pirmasens	57,1	33,2	38,9	7,6	9,5	4,0	3,9	-0,5	-3,2	1,2	5,0	-1,7
49 Südliche Weinstraße	67,9	53,3	28,5	3,2	10,6	2,2	3,8	-4,8	1,4	-1,3	6,1	0,1
50 Landau in der Pfalz	64,4	36,8	38,0	3,2	16,3	3,0	3,6	-9,6	0,2	-3,9	x	-1,1
51 Germersheim	60,6	34,9	40,2	4,1	10,1	2,5	2,8	-2,6	-2,6	-3,5	6,1	0,0
<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>61,8</b>	<b>37,7</b>	<b>36,9</b>	<b>4,4</b>	<b>14,2</b>	<b>3,2</b>	<b>3,6</b>	<b>-5,6</b>	<b>-1,7</b>	<b>-3,4</b>	<b>9,2</b>	<b>0,5</b>

auf sich vereinigen als 2006. In den Wahlkreisen, in denen die GRÜNEN bereits 2006 einen Direktkandidaten aufgestellt hatten, wurde der höchste absolute Zuwachs in Mainz II erreicht (+6 361 Wahlkreisstimmen bzw. +186 Prozent). Die höchste prozentuale Steigerung gab es im Wahlkreis Kusel mit +322 Prozent.

Die Zahl der Landesstimmen ist bei den GRÜNEN deutlich höher als die Zahl der Wahlkreisstimmen. Die Differenz belief sich bei dieser Wahl auf 24 786 Stimmen bzw. 8,6 Prozent. Bei der Landtagswahl 2006 lag die Zahl der Wahlkreisstimmen sechs Prozent über der Landesstimmenzahl.

GRÜNE erreichen ihre besten Ergebnisse in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte

Bei Wahlen schneiden die GRÜNEN am besten in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte ab, also in eher urbanen Räumen. Bei dieser Wahl holten die GRÜNEN in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte 18,2 Prozent der gültigen Landesstimmen und damit 2,8 Prozentpunkte mehr als im Landesdurchschnitt. In eher ländlich geprägten Räumen erzielte die Partei einen Stimmenanteil von 13,3 Prozent, ein Plus von 9,4 Prozentpunkten gegenüber der letzten Landtagswahl.

### FDP mit hohen Verlusten

Schlechtestes Ergebnis seit 1983

Mit 79 343 Landesstimmen erhielt die FDP in Rheinland-Pfalz 61 522 bzw. 43,7 Prozent weniger Landesstimmen als bei der Landtagswahl 2006. Ihr Landesstimmenanteil verminderte sich um 3,8 Prozentpunkte auf 4,2 Prozent. Die Partei ist dadurch nicht mehr im Landtag vertreten. Für die Liberalen ist dieses Wahlergebnis das schlechteste seit 1983 und das zweitschlechteste überhaupt.

<sup>1</sup> Die Partei „Die Linke“ ist aus einem Zusammenschluss der PDS und der WASG entstanden. Deshalb wird hier das Wahlergebnis der an der Landtagswahl 2006 teilnehmenden WASG zum Vergleich herangezogen.

Die FDP hat in allen rheinland-pfälzischen Wahlkreisen Landesstimmen verloren. Am stärksten sank ihr Landesstimmenanteil im Wahlkreis Betzdorf/Kirchen (Sieg) mit –6,1 Prozentpunkten im Vergleich zu 2006. Am geringsten fiel der Rückgang in Ludwigshafen I mit –2,7 Prozentpunkten aus. Den höchsten Landesstimmenanteil holte die Partei mit 6,5 Prozent im Wahlkreis Zweibrücken, den niedrigsten im Wahlkreis Kusel mit 2,9 Prozent.

Die FDP musste auch bei den Wahlkreisstimmen erhebliche Einbußen hinnehmen. Die Direktkandidaten der FDP erhielten zusammen 82 340 Stimmen. Das waren 52 406 bzw. 38,9 Prozent weniger Wahlkreisstimmen als vor fünf Jahren.

Stärkste Verluste für Direktkandidaten der FDP im Wahlkreis Bad Kreuznach

Die Liberalen haben 3,8 Prozent mehr Wahlkreis- als Landesstimmen gewonnen. Bisher war es stets umgekehrt. Bei der Wahl 2006 gab es noch 4,3 Prozent weniger Wahlkreis- als Landesstimmen.

Die Direktkandidaten der FDP gewannen nur in den beiden Wahlkreisen Pirmasens (+1,2 Prozentpunkte) und Bad Neuenahr-Ahrweiler (+0,3 Prozentpunkte) Stimmen hinzu, in den übrigen Wahlkreisen gab es durchweg Verluste. Am stärksten fielen die Verluste an Wahlkreisstimmen im Wahlkreis Bad Kreuznach aus mit –7,1 Prozentpunkten.

### Auch DIE LINKE scheitert an der Fünf-Prozent-Hürde

DIE LINKE<sup>1</sup> bekam 56 054 Landesstimmen. Sie erzielte damit im Vergleich zu dem Ergebnis der WASG bei der Landtagswahl 2006 ein Plus von 11 228 Stimmen bzw. 25 Prozent. Der Landesstimmenanteil nahm um 0,4 Prozentpunkte auf drei Prozent zu. Damit scheitert die Partei DIE LINKE an der Fünf-Prozent-Hürde.

DIE LINKE holt drei Prozent der Landesstimmen

Höchster  
Anteil in  
Kaiserslautern I

Den höchsten Landesstimmenanteil holte die Partei im Wahlkreis Kaiserslautern I mit 5,3 Prozent. Am geringsten war der Anteil im Wahlkreis Ingelheim am Rhein mit zwei Prozent.

Die 47 Direktkandidaten der Partei DIE LINKE konnten insgesamt rund 60 044 Wahlkreisstimmen auf sich vereinen. Der Wahlkreisstimmenanteil der Partei belief sich auf 3,2 Prozent. Im Vergleich zur Wahl 2006 stieg die Wahlkreisstimmenzahl der Partei um 12 665 bzw. 26,7 Prozent. Ihr Wahlkreisstimmenanteil nahm dadurch um 0,5 Prozentpunkte zu.

Die Partei DIE LINKE hat – wie bereits die WASG 2006 – mehr Wahlkreis- als Landesstimmen erhalten. Die Differenz belief sich auf 3 990 Stimmen. Bezogen auf die Landesstimmen betrug der Unterschied 7,1 Prozent.

DIE LINKE  
schneidet  
in Regionen  
mit hohem  
Arbeitslosen-  
anteil über-  
durchschnitt-  
lich ab

DIE LINKE schnitt vor allem in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit gut ab. Dort holte sie einen Stimmenanteil von 3,6 Prozent, das waren 0,6 Prozentpunkte mehr als im Landesdurchschnitt und 1,1 Prozentpunkte mehr als in Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit.

#### Gleichbleibender Anteil bei den „Sonstigen“

Ebenso wie 2006 erzielten die übrigen Parteien 6,4 Prozent der Landesstimmen. Die Freien Wähler schnitten mit 2,3 Prozent vor den Piraten mit 1,6 Prozent und der NPD mit 1,1 Prozent am besten ab.

#### Zusammenhänge zwischen den Gewinnen und Verlusten der Parteien

Eine Untersuchung der Gewinne und Verluste der Parteien zeigt, dass es den stärksten statistischen Zusammenhang zwischen

der Veränderung der Landesstimmenanteile der GRÜNEN und der SPD gibt (Korrelationskoeffizient:  $-0,59$ ). In sämtlichen Regionen, die für die Untersuchung herangezogen wurden (zwölf kreisfreie Städte, 36 verbandsfreie Gemeinden, 163 Verbandsgemeinden), haben die GRÜNEN höhere und die SPD niedrigere Landesstimmenanteile als bei der Landtagswahl 2006 errungen.

Statistisch signifikante Zusammenhänge zeigten sich darüber hinaus zwischen den Gewinnen und Verlusten der Parteien CDU und FDP sowie DIE LINKE und SPD (Korrelationskoeffizient: jeweils  $-0,33$ ). Verglichen mit 2006 hat die CDU in 91 Prozent der Regionen höhere und die FDP niedrigere Landesstimmenanteile errungen. In rund 70 Prozent der Gebiete erzielte die Partei DIE LINKE höhere und die SPD zugleich niedrigere Stimmenanteile als 2006.

Interessant ist auch, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen den Veränderungen der Landesstimmenanteile der GRÜNEN und der CDU gab (Korrelationskoeffizient:  $-0,33$ ). Gegenüber der letzten Landtagswahl haben die GRÜNEN in allen, die CDU in 91 Prozent der Regionen Stimmenanteile gewonnen. Der negative Zusammenhang zwischen den Veränderungen der Stimmenanteile dieser beiden Parteien bedeutet somit, dass in Regionen, in denen die eine Partei besonders stark gewonnen hat, die andere Partei verhältnismäßig geringe Zuwächse oder – zumindest im Fall der CDU – sogar Verluste hinnehmen musste. In knapp 49 Prozent der Regionen fielen die Zugewinne der Christdemokraten überdurchschnittlich (also mehr als +2,4 Prozentpunkte) und die der GRÜNEN unterdurchschnittlich (also weniger als +10,8 Prozentpunkte) aus.

Stärkster  
Zusammen-  
hang zwischen  
den Gewinnen  
der GRÜNEN  
und den Ver-  
lusten der SPD

Negativer  
Zusammen-  
hang auch  
zwischen den  
Gewinnen und  
Verlusten der  
GRÜNEN und  
der CDU

**Briefwähleranteil steigt weiter**

Jede bzw. jeder  
Vierte gibt  
Stimme per  
Briefwahl ab

Der Briefwähleranteil belief sich bei dieser Landtagswahl auf 25 Prozent; er lag damit um gut acht Prozentpunkte höher als 2006. Noch nie zuvor haben in Rheinland-Pfalz so viele Wählerinnen und Wähler von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch gemacht. Der steigende Briefwähleranteil ist möglicherweise auf die vereinfachte Beantragung zurückzuführen. Mittlerweile müssen Briefwählerinnen und Briefwähler keinen konkreten Grund mehr angeben, weshalb sie ihre Stimme per Briefwahl abgeben möchten.

Eine Auswertung der Wahlergebnisse getrennt nach Urnen- und Briefwahl ist bei Landtagswahlen nicht möglich.

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Diplom-Kauffrau Romy Feldmann und Dr. Julia Stoffel sind dort als Referentinnen tätig.

Aus der amtlichen Statistik

**Veröffentlichungen zur Landtagswahl 2011**

Diese und weitere interessante Informationen zur Landtagswahl finden Sie in der Statistischen Analyse N° 20 „Landtagswahl 2011 – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht“. Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter [www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-analysen/wahlen/landtagswahlen/wahlnacht-analyse-lw2011.pdf](http://www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-analysen/wahlen/landtagswahlen/wahlnacht-analyse-lw2011.pdf) zur Verfügung. Die Printausgabe kann zum Preis von 15 Euro einschließlich Versandkosten beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: [vertrieb@statistik.rlp.de](mailto:vertrieb@statistik.rlp.de)

**Vorankündigung: Statistische Analyse zur „Landtagswahl 2011 – Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik“**

Wie haben Frauen und Männer unterschiedlicher Altersgruppen bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz abgestimmt? Das Statistische Landesamt wertet die tatsächliche Stimmabgabe von rund 106 000 Wählerinnen und Wählern aus.

Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik für die Landtagswahl 2011 werden im Herbst 2011 in einer Statistischen Analyse „Landtagswahl 2011 – Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik“ veröffentlicht.



# Zensus 2011

## Haushaltebefragung und Erhebung an Adressen mit Sonderbereichen



Von Simone Maier

In diesem Jahr erfolgt europaweit eine Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung. Der Zensus 2011 findet in Deutschland zum Stichtag 9. Mai 2011 statt. Dabei wird in Deutschland erstmals ein registergestütztes Erhebungsverfahren eingesetzt, bei dem soweit möglich Informationen genutzt werden, die bereits in Verwaltungsregistern vorhanden sind. Nur ein Teil der Bevölkerung muss ergänzend befragt werden. Zur Durchführung der Zensus-Erhebungen, bei denen Bürgerinnen und Bürger vor Ort aufgesucht und interviewt werden müssen, wurden in den kreisfreien Städten und Landkreisen in Rheinland-Pfalz Erhebungsstellen eingerichtet. Dieser Beitrag erläutert die Zuständigkeiten dieser Erhebungsstellen und gibt einen Einblick in die Abläufe der Haushaltebefragung und der Befragung an Sonderanschriften.

### Zur Notwendigkeit des Zensus 2011

Zum Stichtag 9. Mai 2011 wird in Deutschland eine Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt. Die letzte Volkszählung fand im früheren Bundesgebiet bereits 1987 und in der ehemaligen DDR 1981 statt.

Ermittlung der  
amtlichen  
Einwohnerzahl

Seitdem werden die amtlichen Einwohnerzahlen durch Bevölkerungsfortschreibungen gewonnen. Mithilfe der natürlichen Bevölkerungsbewegungen (Geburten und Sterbefälle) und der Wanderungen (Zu- und Fortzüge) werden die bei der letzten Volkszählung festgestellten Einwohnerzahlen fortgeschrieben. Mit zunehmendem zeitlichem Abstand zum Basisjahr verstärken

sich jedoch Ungenauigkeiten in der Fortschreibung, z. B. durch Untererfassungen in den Wanderungsstatistiken.

Ein primäres Ziel des Zensus besteht daher darin, die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen auf eine neue belastbare Grundlage zu stellen. Die Bevölkerungszahl ist nämlich die Bemessungsgrundlage für zahlreiche rechtliche Regelungen. So werden auf deren Basis u. a. Wahlkreise und Stimmbezirke eingeteilt, Ausgleichszahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs ermittelt und EU-Fördermittel verteilt.

Darüber hinaus werden über ergänzende Befragungen Informationen erhoben, die nicht in Registern vorgehalten werden.

Gewinnung  
von Struktur-  
daten über die  
Bevölkerung

Dazu zählen beispielsweise Angaben zum Bildungsniveau oder zur Berufstätigkeit der befragten Personen. Diese Strukturdaten liefern wichtige Anhaltspunkte für zukünftige Planungen und politisch-administrative Entscheidungen auf der EU-, Bundes-, Landes- und Gemeindeebene.

### Das Erhebungskonzept des registergestützten Zensus

Primär-  
statistische  
Erhebungen  
ergänzen  
Registerdaten

Der Zensus 2011 wird in registergestützter Form durchgeführt. Um die Belastungen für die Menschen und die Kosten so gering wie möglich zu halten, werden vorhandene Daten von Meldebehörden, der Bundesagentur für Arbeit sowie der öffentlichen Arbeitgeber ausgewertet. Nur noch rund ein Drittel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung muss befragt werden, um ergänzende Informationen zu erhalten.

Haushalte-  
befragung

Im Rahmen der Haushaltebefragung sind etwa 557 000 der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer auskunftspflichtig. Das sind etwa 13 Prozent der Gesamtbevölkerung. Diese Erhebung dient zum einen der statistischen Absicherung der Informationen zu den Bevölkerungsbeständen, die aus den Melderegistern abgeleitet wurden, und zum anderen der Gewinnung weiterer Strukturmerkmale, die nicht in Registern verfügbar sind.

Bei der qualitativen Absicherung der Meldedaten geht es darum, das Ausmaß von sogenannten „Karteileichen“ und „Fehlbeständen“ in den Melderegistern zu identifizieren. Karteileichen treten dann auf, wenn Personen an einer Anschrift gemeldet sind, dort aber nicht mehr wohnen. Von Fehlbeständen wird gesprochen, wenn Personen an einer Anschrift wohnen ohne dort gemeldet zu sein. Solche Über- und Untererfassungen werden durch

einen Abgleich der Melderegisterdaten mit den Daten, die im Rahmen der Haushaltebefragung gewonnen werden, erkannt und entsprechend bei der Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen korrigiert.

Die Erhebung von Zusatzmerkmalen, wie beispielsweise zum Migrationshintergrund und zur Erwerbsbeteiligung, liefert wichtige Informationen zur Lebensweise der Menschen. Die Befragung wird durch Interviewer, sogenannte Erhebungsbeauftragte, durchgeführt. Auskunftspflichtige haben die Möglichkeit, den Fragebogen gemeinsam mit den Erhebungsbeauftragten oder aber selbst auszufüllen. Selbstaussfüller können wählen, ob sie den Bogen per Post an die Erhebungsstelle senden oder die Fragen online beantworten wollen.

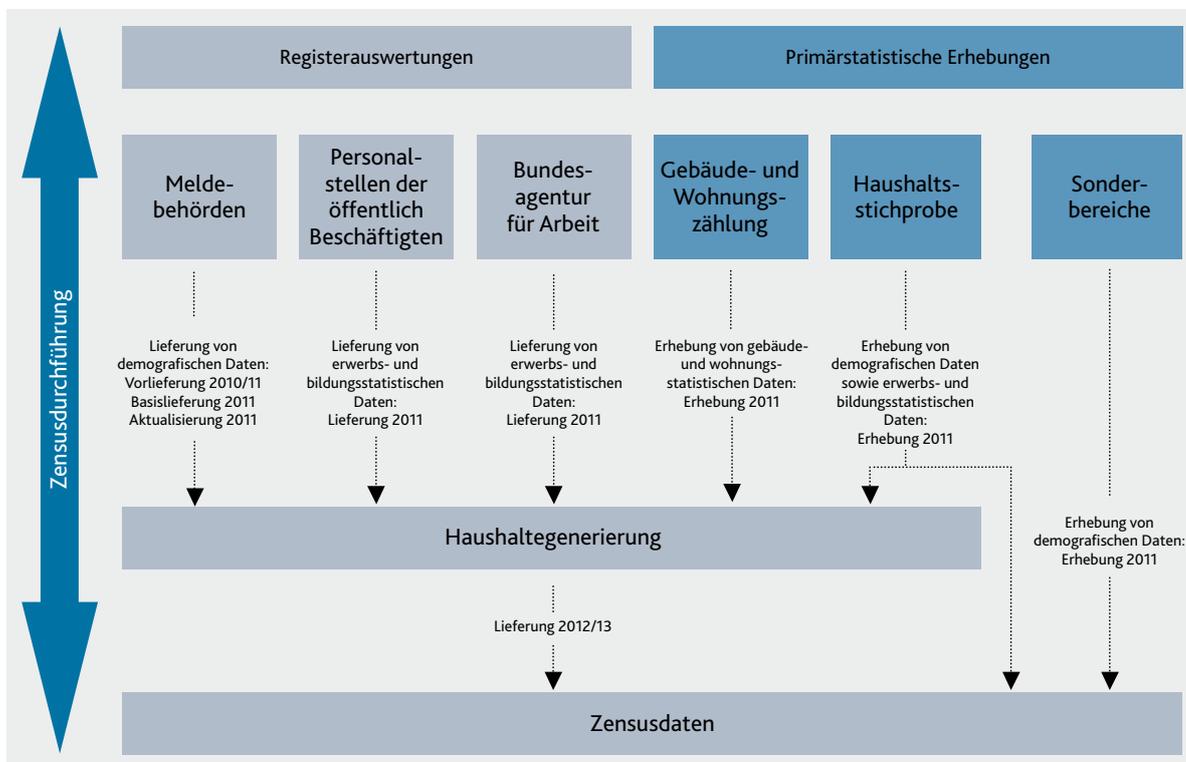
Eine Befragung findet auch an allen Anschriften mit Sonderbereichen statt. Hierzu zählen Gemeinschafts-, Anstalts- und Notunterkünfte, Wohnheime und ähnliche Einrichtungen, die der längerfristigen Unterbringung und Versorgung von Personen mit einem spezifischen Unterbringungsbedarf dienen.

Innerhalb der Sonderbereiche wird zwischen den Bereichsarten sensibel und nicht-sensibel unterschieden. Zu den nicht-sensiblen Sonderbereichen zählen u. a. Studentenwohnheime, Internate und Altenheime. Sensible Sonderbereiche sind Einrichtungen, bei denen die Information über die Zugehörigkeit für die Bewohner die Gefahr der sozialen Benachteiligung hervorrufen könnte. Typische Beispiele für sensible Sonderbereiche sind Behindertenwohnheime oder Justizvollzugsanstalten.

Die Erhebung an Sonderanschriften dient ausschließlich der Ermittlung belastbarer amtlicher Einwohnerzahlen. In diesen Be-

Erhebung  
an rund  
2 000 Sonder-  
bereichen in  
Rheinland-Pfalz

## G 1 Durchführung des Zensus 2011



reichen weisen die in den Meldebehörden registrierten Daten zu den Bewohnerinnen und Bewohnern, z. B. wegen hoher Fluktuation, vergleichsweise hohe Fehlerraten auf. Die Befragung an diesen Einrichtungen erfolgt – wie bei der Haushaltebefragung – durch Erhebungsbeauftragte, kann jedoch auch schriftlich durch die Rücksendung des Fragebogens an die Erhebungsstelle oder online erfolgen.

## Gebäude- und Wohnungszählung

Neben der Haushaltebefragung und der Befragung an Sonderbereichen werden im Rahmen einer Vollerhebung rund 1,1 Millionen Eigentümer und/oder Verwalter von Immobilien in Rheinland-Pfalz zu gebäude- und wohnungsstatistischen Merkmalen wie Wohnfläche, Ausstattung und Baujahr befragt. Diese Gebäude- und Wohnungszählung erfolgt im Gegensatz zu den beiden erstgenannten Erhebungen nicht durch Erhe-

bungsbeauftragte vor Ort, sondern postalisch durch das Statistische Landesamt.

Zur Vorbereitung dieser Gebäude- und Wohnungszählung wurde bei knapp der Hälfte der auskunftspflichtigen Personen bereits im November 2010 eine Vorbefragung durchgeführt. Diese diente in erster Linie der Überprüfung der Anschriften und der Ermittlung der voraussichtlichen Eigentumsverhältnisse am Zensus-Stichtag. Mit Hilfe dieser Befragung soll im Wesentlichen sichergestellt werden, dass am 9. Mai 2011 die richtigen Personen angeschrieben werden. An der Erhebung haben sich bislang deutlich mehr als die Hälfte der gut 500 000 Personen beteiligt, die im November 2010 angeschrieben wurden. Die per Online-Meldung bzw. Papierbeleg eingegangenen Daten wurden inzwischen im Statistischen Landesamt verarbeitet.

### Kommunale Erhebungsstellen unterstützen bei der Durchführung

Nach dem Gesetz über den registrierten Zensus 2011 (ZensG 2011) haben die Bundesländer insbesondere zur Organisation und Durchführung der Vor-Ort-Befragungen sogenannte Erhebungsstellen eingerichtet. Die Einrichtung und die Aufgabenbereiche der kommunalen Erhebungsstellen in Rheinland-Pfalz sind im Landesgesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011 (LAG Zensus 2011) geregelt. Die Fachaufsicht über diese Einrichtungen obliegt dem Statistischen Landesamt.

Einrichtung der Erhebungsstellen zum 1. November 2010

Zum 1. November 2010 nahmen insgesamt 36 Erhebungsstellen in den Verwaltungen der kreisfreien Städte und Landkreise ihren Betrieb auf. Sie wurden als eigene Verwaltungsstellen eingerichtet, die aus Gründen des Datenschutzes sowohl räumlich als auch organisatorisch und personell von anderen Verwaltungsstellen getrennt sind. Die Aufgaben der Erhebungsstellen umfassen die Organisation der primärstatistischen Erhebungen, die Auswahl und die Schulung geeigneter Erhebungsbeauftragter sowie deren fachliche Begleitung bei der Durchführung der Haushaltebefragung und der Erhebung an Adressen mit Sonderbereichen. Darüber hinaus sind die Erhebungsstellen erster Ansprechpartner für die im Rahmen des Zensus 2011 zur Auskunft verpflichteten Personen.

Rund 5 500 Erhebungsbeauftragte in Rheinland-Pfalz

Die Auswahl der Erhebungsbeauftragten durch die Erhebungsstellen erfolgt besonders sorgfältig, weil diese Personen mit den Auskunftspflichtigen in Kontakt treten. Vorzugsweise werden Erhebungsbeauftragte aus der öffentlichen Verwaltung rekrutiert. Die ehrenamtliche Tätigkeit als Erhebungsbeauftragter kann jedoch auch von allen anderen vertrauenswürdigen und volljäh-

rigen rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürgern auf freiwilliger Basis ausgeführt werden. Alle Erhebungsbeauftragten müssen besondere Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten. Bestehen Bedenken, dass Erkenntnisse aus der Tätigkeit zum Schaden der auskunftspflichtigen Person genutzt werden könnten, dürfen diese Personen nicht als Erhebungsbeauftragte bestellt werden.

Im Vorfeld ihrer Befragungstätigkeit werden die Erhebungsbeauftragten ausführlich durch die Erhebungsstelle geschult und – wie sämtliche mit der Aufbereitung von Zensusdaten betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Erhebungsstellen – schriftlich zur Sicherstellung des Datengeheimnisses und auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses verpflichtet. Verstöße gegen die Geheimhaltung können mit mehrjährigen Freiheitsstrafen geahndet werden. Die Erhebungsbeauftragten erhalten einen auf sie persönlich ausgestellten Ausweis, mit dem sie sich gegenüber den zu befragenden Personen legitimieren können. Dieser Ausweis ist vor der Befragung unaufgefordert vorzuzeigen. Die Erhebungsbeauftragten werden nicht in ihrer unmittelbaren Wohngegend eingesetzt.

Datenschutz hat oberste Priorität

### Ablauf der Haushaltebefragung

Zu befragen sind alle Personen, die am 9. Mai 2011 an einer der rund 191 000 für die Haushaltebefragung ausgewählten Adressen wohnen. Vor der Befragung werden die betreffenden Haushalte schriftlich über den Besuch des Erhebungsbeauftragten informiert. Dem Anschreiben liegt ein Faltblatt mit Informationen über den Zensus und eine Terminankündigungskarte bei. Auf der Ankündigungskarte sind die Kontakt-

daten des Erhebungsbeauftragten vermerkt, sodass zwischen der auskunftspflichtigen Person und dem Erhebungsbeauftragten auch ein individueller Befragungstermin vereinbart werden kann. Am vereinbarten Termin sucht der Erhebungsbeauftragte den Haushalt auf und stellt in einem ersten Schritt gemeinsam mit einer dort wohnenden auskunftspflichtigen Person fest, ob diese und gegebenenfalls weitere mit ihr wohnende Personen in die Befragung einzubeziehen sind. Zur Auskunft verpflichtet sind grundsätzlich alle Personen, die am Stichtag 9. Mai 2011 in dem Haushalt leben, wobei für Minderjährige und Menschen mit Behinderung der jeweilige gesetzliche Vertreter zur Auskunft heranzuziehen ist.

Verschiedene Situationen können bei Befragungsversuch auftreten

In einem zweiten Schritt können der Erhebungsbeauftragte und die zu befragende Person den Fragebogen gemeinsam ausfüllen; je Haushaltsmitglied sind dafür etwa 15 Minuten zu veranschlagen. Möchte die auskunftspflichtige Person den Erhebungsbeauftragten beispielsweise nicht in die Wohnung bitten und die Fragen ohne Hilfe beantworten, erhält sie einen personalisierten Fragebogen zur Selbstaussfüllung und Zugangsdaten, die ihr eine Online-Meldung über eine gesicherte Verbindung ermöglichen.

Wenn einzelne dem Haushalt zugehörige Personen nicht anwesend sind, wird für diese ein neuer Befragungstermin vereinbart. Werden alle Personen eines Haushalts zum vereinbarten Termin nicht angetroffen, so wird mit einer zweiten Terminankündigungskarte versucht, einen neuen Besuchstermin zu vereinbaren. Erst wenn auch dieser Versuch der Kontaktaufnahme erfolglos geblieben ist, wird die Erhebungsstelle tätig und befragt die nicht Angetroffenen auf postalischem Weg.

Sollten die an einer Anschrift wohnhaften Personen die Auskunft verweigern, werden diese Personen im nächsten Schritt ebenfalls durch die Erhebungsstelle befragt und mittels beigelegtem Anschreiben nochmals auf ihre Auskunftspflicht hingewiesen. Führt auch die Aufforderung der Erhebungsstelle nicht zum Erfolg, wird durch die Erhebungsstelle ein Zwangsverfahren eingeleitet, das mit Zwangsgeldern von 300 Euro und mehr verbunden sein kann.

In wenigen Fällen kann es vorkommen, dass an Stichprobenanschriften keine Erhebung durchgeführt werden muss, so im Falle von leerstehenden oder gewerblich genutzten Wohnungen oder wenn nicht-auskunftspflichtige Personen, wie z. B. Angehörige ausländischer Streitkräfte, diplomatische oder berufskonsularische Vertretungen angetroffen werden.

### Befragung an Anschriften mit Sonderbereichen

In nicht-sensiblen Sonderbereichen liegt die Auskunftspflicht grundsätzlich bei den Bewohnern. In sensiblen Sonderbereichen ist die Einrichtungsleitung stellvertretend für die Bewohner zur Auskunft verpflichtet. Nur in den Fällen, in denen die Bewohner in nicht-sensiblen Bereichen nicht in der Lage sind, selbst Auskunft zu geben, wird ersatzweise die Einrichtungsleitung befragt.

Bei nicht-sensiblen Sonderbereichen werden die Bewohner vorab schriftlich über den Besuch der Erhebungsbeauftragten informiert. In sensiblen Sonderbereichen erfolgt eine schriftliche und telefonische Kontaktaufnahme der Erhebungsbeauftragten mit der Einrichtungsleitung im Vorfeld der Befragung. Die Einrichtungsleitung hat die Bewohner sodann über die anstehende Befragung zu informieren.

Auskunftspflicht in Sonderbereichen abhängig von Bereichsart

T 1

## Sonderbereiche in Rheinland-Pfalz im März 2010

Sonderbereiche	Personen bzw. Plätze	Einrichtungen	Personen bzw. Plätze pro Einrichtung
<b>Nicht-sensible Bereiche</b>			
Studentenwohnheime	10 920	118	92,5
Kinder- und Jugendheime <sup>1</sup>	112	13	8,6
Arbeiterheime	339	5	67,8
Sonstige (Wohn-)heime	1 910	45	42,4
Alten-/Pflegeheime	38 859	438	88,7
Internate	1 978	25	79,1
Kasernen <sup>2</sup>	12 709	25	508,4
Klöster	2 299	126	18,2
Sonstige <sup>3</sup>	423	193	2,2
<b>Zusammen</b>	<b>69 549</b>	<b>988</b>	<b>70,4</b>
<b>Sensible Bereiche</b>			
Kinder- und Jugendheime <sup>1</sup>	3 354	294	11,4
Mutter-Kind-Heime	153	11	13,9
Behinderten(wohn-)heime	12 038	441	27,3
Krankenhäuser	8 025	173	46,4
Flüchtlingsunterkünfte	1 519	27	56,3
Justizvollzugsanstalten	3 826	14	273,3
(Not-)Unterkünfte Wohnungsloser	1 144	78	14,7
Sonstige	906	14	64,7
<b>Zusammen</b>	<b>30 965</b>	<b>1 052</b>	<b>29,4</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>100 514</b>	<b>2 040</b>	<b>49,3</b>

1 Kinder- und Jugendheime können sowohl sensibel als auch nicht-sensibel sein. Eine Einstufung als sensibler Bereich erfolgt bspw. dann, wenn Kinder und Jugendliche mit einem spezifischen Förderungs- und Behandlungsbedarf aufgrund psychischer/sozialer Störungen untergebracht sind. – 2 Zentrale Datenlieferung, keine persönliche Befragung durch Erhebungsbeauftragte. – 3 Einschließlich Normalbereiche.

In nicht-sensiblen Einrichtungen geben Bewohner Auskunft

Der Ablauf der Befragung in nicht-sensiblen Bereichen entspricht im Wesentlichen dem der Haushalbefragung. Der in nicht-sensiblen Bereichen zum Einsatz kommende Fragebogen ist jedoch deutlich kürzer als der Fragebogen der Haushalbefragung. Er beschränkt sich auf die Erfassung von wenigen Merkmalen, welche zur Ermittlung qualitativ abgesicherter amtlicher Einwohnerzahlen benötigt werden. Auch die Bewohnerinnen und Bewohner nicht-sensibler Bereiche haben die Möglichkeit, den Fragebogen gemeinsam mit dem Erhebungsbeauftragten oder ihn selbst auszufüllen.

In sensiblen Bereichen wird die Einrichtungsleitung zu den Bewohnern befragt. Die Auskunftspflicht der Einrichtungsleitung erstreckt sich dabei nur auf ihr bekannte Informationen. Die Befragung erfolgt nicht anhand eines persönlichen Fragebogens. Vielmehr kommt ein sogenannter Erfassungsbogen zum Einsatz, auf welchem lediglich die zur Absicherung der amtlichen Einwohnerzahlen erforderlichen Angaben für sämtliche Bewohner erfragt werden. In der Regel werden diese Daten ohne Zutun eines Erhebungsbeauftragten von der Einrichtungsleitung erfasst und online über eine gesicherte Internet-Verbindung an das Statistische Landesamt übermittelt.

Befragung der Einrichtungsleitung in sensiblen Sonderbereichen

Durchführung der Haushaltebefragung in nicht-sensiblen Sonderbereichen

In rund 100 der landesweit insgesamt etwa 1000 nicht-sensiblen Sonderbereichen werden die Bewohner zusätzlich zur Befragung in Sonderbereichen im Rahmen der Haushaltebefragung um weitere Auskünfte zu ihrer Person gebeten. Für diese Befragung kommt ein um die Erhebungsmerkmale der Haushaltebefragung ergänzter Fragebogen zum Einsatz, der sogenannte kombinierte Fragebogen. Bei Bewohnern sensibler Bereiche darf von Rechts wegen keine Haushaltebefragung durchgeführt werden.

Mischanschriften und Normalbereiche

Mischanschriften liegen dann vor, wenn an einer Anschrift sowohl sensible als auch nicht-sensible Bereiche existieren. Ein Beispiel hierfür ist ein Altenheim, in dem auch eine Abteilung für an Demenz erkrankte Personen geführt wird. In diesem Fall werden die Bereiche entsprechend ihrer Zuordnung behandelt. Folglich werden in nicht-sensiblen Bereichen die Bewohner anhand des persönlichen Fragebogens und im sensiblen Bereich die Einrichtungsleitung mittels Erfassungsbogen befragt.

Zusätzlich besteht eine Auskunftspflicht für Personen, die am Stichtag in sogenannten Normalbereichen wohnhaft sind. Dabei handelt es sich um Gebäude und Wohnungen, welche nicht unmittelbar zum Sonderbereich gehören, sich jedoch an der Anschrift mit Sonderbereich befinden. So wird beispielsweise der in einem Sonderbereich wohnhafte Hausmeister ebenfalls um Auskunft gebeten.

Die im Zuge der Befragungstätigkeit gewonnenen Informationen über erfolgreich durchgeführte Interviews, Selbstausfüllerwünsche

und nicht angetroffene oder auskunftsverweigernde Personen sowie Befragungsausfälle werden von den Erhebungsbeauftragten dokumentiert und zusammen mit den Fragebögen an die Erhebungsstelle weitergeleitet. Dies geschieht im Laufe der Bearbeitung der zugeteilten Erhebungsbezirke sukzessive. Die weitere Verarbeitung der Erhebungsunterlagen erfolgt dann zentral im Statistischen Landesamt in Bad Ems.

Befragungsergebnisse werden an Erhebungsstelle weitergeleitet

### Fazit

Der Zensus 2011 dient der Ermittlung qualitativ abgesicherter amtlicher Einwohnerzahlen und der Gewinnung wichtiger Strukturinformationen, welche die Planungsgrundlage für vielfältige politisch-administrative Entscheidungen bilden. Neben der Nutzung vorhandener Verwaltungsregister werden bei einem Teil der Bevölkerung postalische und Vor-Ort-Befragungen durchgeführt. Die Organisation und Durchführung der Befragungen vor Ort ist Aufgabe der kommunalen Erhebungsstellen, die bei den kreisfreien Städten und Landkreisen des Landes eingerichtet wurden. Die Befragungen werden durch sorgfältig ausgewählte und ausführlich geschulte Erhebungsbeauftragte durchgeführt. Im Vorfeld der Befragungstätigkeit werden diese auf den Datenschutz und das Statistikgeheimnis verpflichtet.

Simone Maier, Diplom-Ökonomin, ist Mitarbeiterin im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.

## Bruttoinlandsprodukt steigt 2010 um 4,8 Prozent



Von Werner Kertels

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist im Jahr 2010 wieder deutlich gewachsen. Nach der Rezession infolge der globalen Wirtschaftskrise ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 4,8 Prozent gestiegen. In jeweiligen Preisen betrug der Wert der in Rheinland-Pfalz erbrachten wirtschaftlichen Leistung 107,6 Mrd. Euro, das waren 5,6 Milliarden Euro bzw. 5,4 Prozent mehr als im Jahr 2009. Damit hat das Bruttoinlandsprodukt wieder das Vorkrisenniveau erreicht.

### Aufschwung nach der Krise

Wirtschaft hat Rezession wettgemacht

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft hat den stärksten wirtschaftlichen Einbruch der Nachkriegszeit überraschend schnell wieder aufgeholt. Das Bruttoinlandsprodukt stieg 2010 preisbereinigt um 4,8 Prozent, nachdem es im Jahr 2009 infolge der globalen Wirtschaftskrise um 4,3 Prozent geschrumpft war.

Nach dieser ersten, noch vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ lag das rheinland-pfälzische Wachstum über dem durchschnittlichen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland (+3,6 Prozent) und auch über dem der alten Länder ohne Berlin (+3,9 Prozent). In den neuen Ländern ohne Berlin, die von der Rezession nicht ganz so stark betroffen waren, wuchs die Summe der erbrachten wirtschaftlichen Leistung preisbereinigt um zwei Prozent. Die Folgen der internationalen Wirtschaftskrise

waren insbesondere in den industriestarken Ländern deutlich zu spüren.

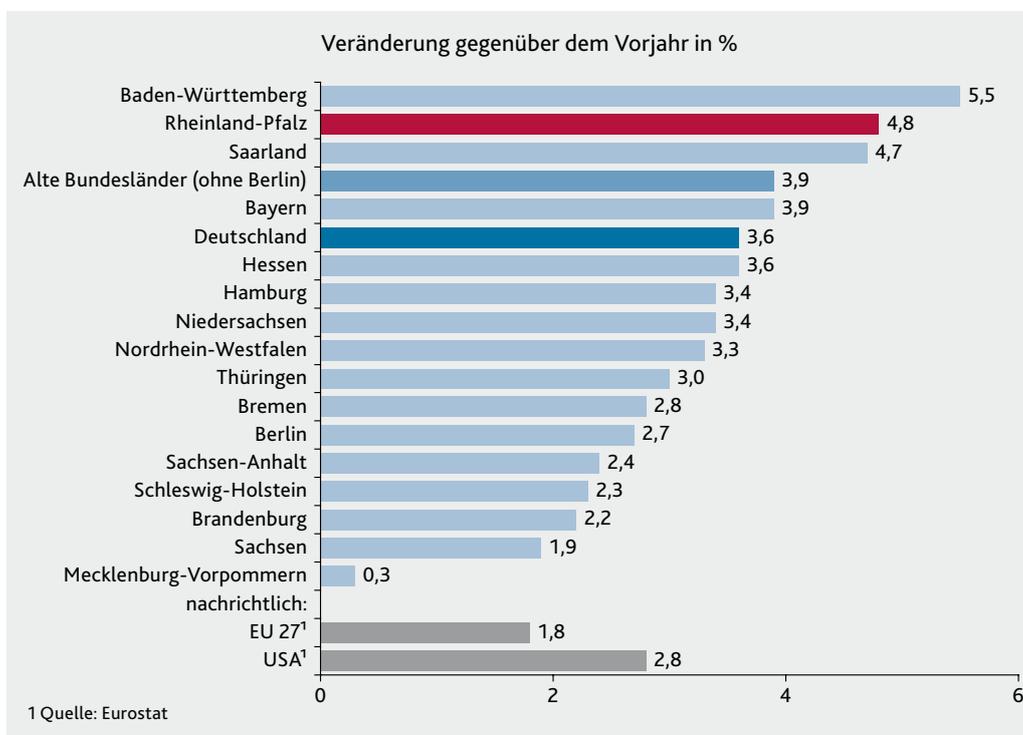
Nominal stieg das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr um knapp 5,6 Milliarden Euro bzw. 5,4 Prozent (Deutschland: +4,2 Prozent) auf 107,6 Milliarden Euro. Damit lag der Wert der in Rheinland-Pfalz erbrachten wirtschaftlichen Leistung über dem Niveau des Jahres 2008. Der Anteil des Landes am deutschen Bruttoinlandsprodukt betrug 4,3 Prozent.

### Verarbeitendes Gewerbe war Wachstumsmotor

Maßgeblichen Anteil an der Erholung hatte die rheinland-pfälzische Industrie. Die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe stieg 2010 preisbereinigt um 16,2 Prozent (Deutschland: +11,3 Prozent). In jeweiligen Preisen lag der Wert der erbrachten Leistungen um 3,7 Milliarden Euro über dem des Vorjahres, aber noch rund 1,1 Mil-

Nominales Bruttoinlandsprodukt beträgt 107,6 Mrd. Euro

Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe steigt preisbereinigt um 16,2 Prozent

**G 1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2010 nach Ländern**

**T 1 Bruttoinlandsprodukt 2010 nach Ländern**

Land	In jeweiligen Preisen		Preisbereinigt (Kettenindex)	
	Mrd. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Index: 2000=100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Baden-Württemberg	361,7	6,0	108,8	5,5
Bayern	442,4	4,4	113,6	3,9
Berlin	94,7	3,1	106,5	2,7
Brandenburg	55,8	2,9	108,2	2,2
Bremen	27,7	3,8	112,4	2,8
Hamburg	88,3	4,5	108,1	3,4
Hessen	225,0	4,5	108,6	3,6
Mecklenburg-Vorpommern	35,8	1,1	108,2	0,3
Niedersachsen	214,0	4,0	107,5	3,4
Nordrhein-Westfalen	543,0	3,8	106,6	3,3
Rheinland-Pfalz	107,6	5,4	107,5	4,8
Saarland	30,1	5,6	108,3	4,7
Sachsen	95,0	2,4	113,9	1,9
Sachsen-Anhalt	52,2	3,4	105,8	2,4
Schleswig-Holstein	75,6	2,9	107,9	2,3
Thüringen	49,9	3,7	110,9	3,0
Deutschland	2 498,8	4,2	109,0	3,6
Nachrichtlich:				
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	2 115,5	4,5	109,0	3,9
Neue Bundesländer (ohne Berlin)	288,6	2,7	110,1	2,0

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2011.

liarden Euro unter dem Niveau von 2008. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung ist dadurch von 21,2 auf 23,8 Prozent gestiegen. Zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum hat die Industrie im vergangenen Jahr rund zwei Drittel beigetragen. Die konjunkturellen Ausschläge im verarbeitenden Gewerbe sind wesentlich stärker als in anderen Wirtschaftsbereichen. Im Jahr 2009 war der Bereich am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen, die Bruttowertschöpfung war preisbereinigt um 18,8 Prozent gesunken.

Starke Export-abhängigkeit

Wichtige Impulse für die Steigerung der industriellen Produktion kamen über den Export. Im Krisenjahr wurde die rheinland-pfälzischen Industrie durch ihre hohe Exportabhängigkeit noch besonders hart von dem weltweiten Nachfrageeinbruch getroffen. Im vergangenen Jahr haben die Ausfuhren wesentlich zu der kräftigen Erholung beigetragen. Die Auslandsumsätze des verarbeitenden Gewerbes nahmen in Rheinland-Pfalz um 27,9 Prozent zu (Deutschland: +19,6 Prozent); die Inlandserlöse zogen um 10,9 Prozent an (Deutschland: +10,4 Prozent).

### Bruttoinlandsprodukt

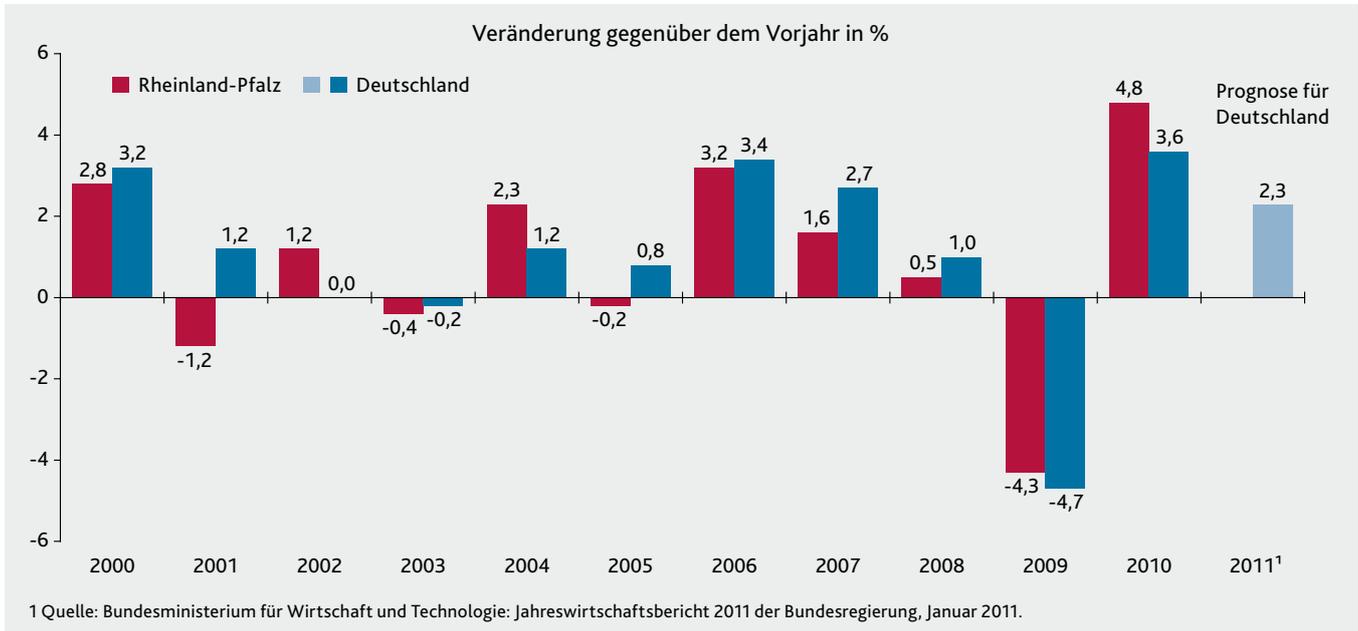
Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet („Inland“) produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode, somit in erster Linie ein Produktionsindikator (Inlands-konzept).

Mit +36,8 Prozent verzeichnete die chemische Industrie, die umsatzstärkste rheinland-pfälzische Branche, einen überdurchschnittlichen Umsatzanstieg. Der Fahrzeugbau erzielte ein Umsatzplus von 24,6 Prozent. Weitere bedeutende Branchen in Rheinland-Pfalz wie Gummi- und Kunststoffindustrie (+16,9 Prozent), Herstellung von Metallerzeugnissen (+10,7 Prozent), Metallerzeugung und -bearbeitung (+20,8 Prozent) verbuchten ebenfalls zweistellige Zuwachsraten. Bei diesen hohen Änderungsraten ist allerdings zu beachten, dass infolge der dramatischen Einbrüche im Vorjahr die Ausgangsniveaus sehr niedrig waren. Die berechneten hohen Zuwachsraten beruhen also zum Teil auf statistischen Basiseffekten.

Die drittgrößte Branche der rheinland-pfälzischen Industrie, der Maschinenbau, legte nur um fünf Prozent zu, wobei die Auslandserlöse um 11,1 Prozent stiegen, die Inlandsumsätze jedoch um 3,8 Prozent sanken. Das vergleichsweise schwache Abschneiden des Maschinenbaus könnte darauf zurückzuführen sein, dass es im vergangenen Jahr weltweit noch unterausgelastete Produktionskapazitäten gab und sich die Unternehmen deshalb mit dem Kauf von Investitionsgütern zurückgehalten haben.

Nur ein geringes Wachstum gab es dagegen im Baugewerbe. Preisbereinigt stieg die Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz um 0,3 Prozent (Deutschland: +1,7 Prozent). Innerhalb des Baugewerbes hat sich das Ausbaugewerbe günstiger entwickelt. In Rheinland-Pfalz stieg der Gesamtumsatz hier um gut vier Prozent. Im Bauhauptgewerbe stagnierten die Umsätze dagegen etwa auf dem Vorjahresniveau.

Nur leichter Zuwachs im Baugewerbe



Einschließlich der Energie- und Wasserversorgung sowie des in Rheinland-Pfalz relativ unbedeutenden Bereichs Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ergab sich für das produzierende Gewerbe insgesamt ein Anstieg der Wirtschaftsleistung um 12,5 Prozent (Deutschland: +8,8 Prozent). Der sekundäre Sektor trug insgesamt mit knapp 31 Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung bei.

In der Land- und Forstwirtschaft verlief die preisbereinigte Entwicklung in Rheinland-Pfalz mit -1,3 Prozent etwas ungünstiger als im gesamten Bundesgebiet (-0,3 Prozent). Der primäre Sektor machte zwar nur 1,5 Prozent der gesamten Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz aus, er trägt jedoch knapp 7,3 Prozent zur sektoralen Wertschöpfung Deutschlands bei. Einen höheren Anteil an Deutschland haben nur die Länder Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, und zwar aufgrund größerer landwirtschaftlicher Flächen. Hin-

tergrund des hohen rheinland-pfälzischen Anteils ist eine im Vergleich höhere Flächenproduktivität, die vor allem durch den Weinbau getragen wird.

### Positive Wachstumsbeiträge auch im Dienstleistungssektor

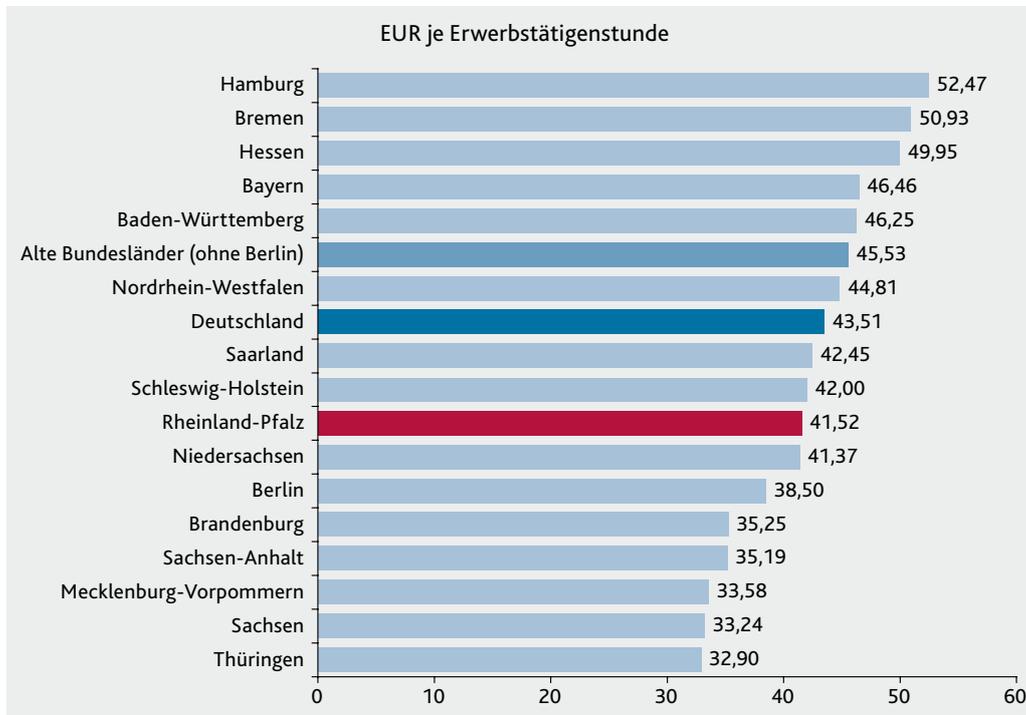
Von den Dienstleistungsbranchen, die im Jahr 2009 nicht so stark vom Konjunktur einbruch betroffen waren (-0,6 Prozent) wie das produzierende Gewerbe, kamen im vergangenen Jahr ebenfalls wieder positive Wachstumsbeiträge. Insgesamt stieg die Bruttowertschöpfung der Dienstleister, auf die rund 68 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung entfallen, preisbereinigt um 2,3 Prozent und lag damit im Bundesdurchschnitt.

Mit einem preisbereinigten Wachstum von 1,8 Prozent (Deutschland: +3,2 Prozent) verlief die Entwicklung im Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ etwas ungünstiger als in den übrigen Dienstleistungsbranchen. Aus

„Handel, Gastgewerbe und Verkehr“: +1,8 Prozent

G 3

Nominales Bruttoinlandsprodukt 2010 nach Ländern



dem Handel kamen nur geringe Wachstumsimpulse. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf die nach Auslaufen der sogenannten Abwrackprämie rückläufige Umsatzentwicklung im Kraftfahrzeughandel. Die Prämie hatte im Jahr 2009 in diesem Bereich noch zu einem leichten Zuwachs geführt. Dagegen konnte der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung einen deutlichen Anstieg verbuchen. Im Vorjahr war dieser stark von der Wirtschaftskrise betroffen.

„Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“: +2,2 Prozent

Der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“, wo es 2009 ebenfalls einen realen Rückgang der Bruttowertschöpfung gegeben hatte, konnte 2010 wieder einen Zuwachs verzeichnen. Hier stieg die Wirtschaftsleistung preisbereinigt um 2,2 Prozent (Deutschland: +1,9 Prozent). Eine günstige Entwicklung war sowohl im Kredit- und Versicherungsgewerbe als auch bei dem gewichtigeren Teilbereich „Grund-

stückswesen, Vermietung und Dienstleister für Unternehmen“ festzustellen (zu Letzteren zählen Softwarehäuser, Unternehmensberater, Ingenieurbüros u. Ä.).

Den kräftigsten Zuwachs in dem großen Dienstleistungssektor hatte im vergangenen Jahr der Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ zu verzeichnen. Dieser steigerte seine Bruttowertschöpfung preisbereinigt um 2,7 Prozent (Deutschland: +2,1 Prozent). Dazu haben in erster Linie die Teilbereiche „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung“, „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“ sowie die „sonstigen öffentlichen und privaten Dienstleister“ beigetragen. Zu der letzteren heterogenen Gruppe von Dienstleistern gehören einerseits etwa Erbringer von Entsorgungsleistungen, Interessenvertretungen und kirchliche Vereinigungen, Hörfunk- und Fernsehanstalten, Bibliotheken und Museen,

„Öffentliche und private Dienstleister“: +2,7 Prozent

T 2

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung 2010 nach Wirtschaftsbereichen

Merkmal	In jeweiligen Preisen		Preisbereinigt (Kettenindex)		
	Rheinland-Pfalz	Deutschland	Rheinland-Pfalz	Deutschland	
	Mill. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	107 631	5,4	4,2	4,8	3,6
Bruttowertschöpfung (BWS) insgesamt	96 478	5,8	4,6	5,2	4,0
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1 413	9,2	12,5	-1,3	-0,3
produzierendes Gewerbe	29 588	14,5	10,2	12,5	8,8
produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	25 237	17,7	12,1	15,0	10,1
verarbeitendes Gewerbe	22 989	19,0	13,4	16,2	11,3
Baugewerbe	4 351	-0,9	0,5	0,3	1,7
Dienstleistungsbereiche	65 477	2,3	2,5	2,3	2,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	15 881	1,3	3,1	1,8	3,2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	24 393	2,3	2,3	2,2	1,9
öffentliche und private Dienstleister	25 203	2,8	2,4	2,7	2,1

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2011.

andererseits haushaltsnahe Dienstleister wie Friseure und Kosmetiksalons, Wäschereien und Reinigungen oder Bäder und Massagesalons. Deutlich ungünstiger verlief die Entwicklung im Bereich „Erziehung und Unterricht“.

**Arbeitsproduktivität deutlich gestiegen**

Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs ist die Zahl der Erwerbstätigen im vergangenen Jahr wieder leicht gestiegen. Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt von 1,864 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz erbracht. Das waren 12 200 bzw. 0,7 Prozent mehr als im Jahr 2009 (Deutschland: +0,5 Prozent). Damit erreichte die Erwerbstätigenzahl einen neuen Höchststand. Dennoch kam es im verarbeitenden Gewerbe zu einem weiteren Personalabbau (-1,3 Prozent). Dagegen stieg die Erwerbstätigenzahl im Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“, der 2009 ebenfalls Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen hatte, um 2,7 Prozent. Zu diesem Bereich gehört auch die Zeitarbeitsbranche.

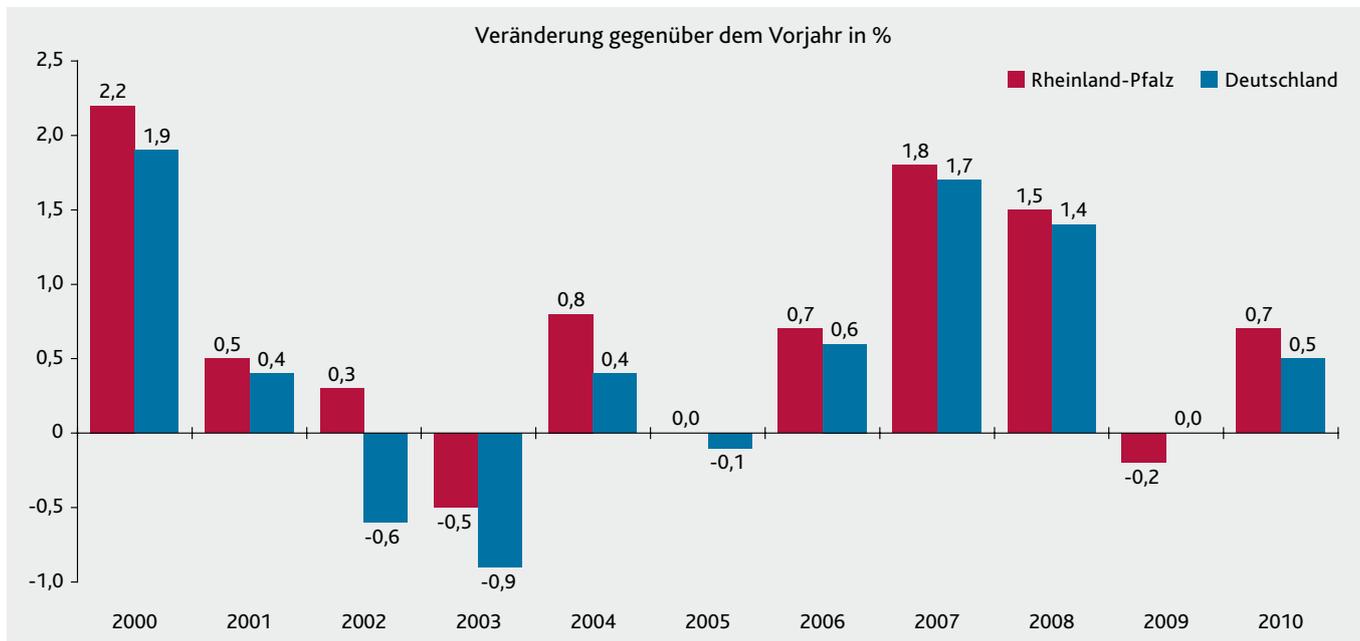
Da die Personenzahl zunahm, ist die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, nicht ganz so stark gestiegen wie das absolute Bruttoinlandsprodukt. In Rheinland-Pfalz ist die so berechnete Arbeitsproduktivität im Jahr 2010 um 4,1 Prozent gestiegen (Deutschland: +3,1 Prozent), nachdem im Vorjahr ein Rückgang um 4,1 Prozent zu verzeichnen war. In jeweiligen Preisen bewertet, erwirtschaftete ein in Rheinland-Pfalz arbeitender Erwerbstätiger im vergangenen Jahr im Durchschnitt 57 739 Euro (Deutschland: 61 725 Euro), das waren 2 618 Euro mehr als im Jahr 2009 (Deutschland: +2 201 Euro). Im verarbeitenden Gewerbe lag der Pro-Kopf-Wert in Rheinland-Pfalz mit 66 911 Euro rund 11 400 Euro höher als im Vorjahr (+20,5%) und über dem Durchschnittswert für Deutschland (63 449 Euro; gegenüber 2009: +15,5%).

Ein Erwerbstätiger erwirtschaftet durchschnittlich 57 739 Euro

Bei der Interpretation der so berechneten Arbeitsproduktivität ist jedoch zu beachten, dass Veränderungen des Arbeitsvolumens darin nicht berücksichtigt sind. Das Arbeitsvolumen, das die tatsächlich geleistete

G 4

Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2000–2010



Arbeitszeit aller Erwerbstätigen umfasst, hat als Bezugsgröße für die Produktivität des Faktors Arbeit eine höhere Aussagekraft als die Zahl der Erwerbstätigen, insbesondere bei intertemporalen Vergleichen. Auf das Arbeitsvolumen wirken sich nicht nur Strukturverschiebungen wie vermehrte Teilzeitbeschäftigung oder zunehmende geringfügige Beschäftigung aus. Im Krisenjahr 2009 haben auch kurzfristige Maßnahmen wie die massive Ausdehnung der Kurzarbeit, der Abbau von Überstunden und flexible Arbeitszeitmodelle geholfen, Beschäftigungsverluste zu begrenzen. Daher war die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden wesentlich stärker zurückgegangen als die Zahl der beschäftigten Personen. Im vergangenen Jahr wurden diese Maßnahmen zurückgefahren.

das waren knapp 62 Millionen Stunden bzw. 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr (Deutschland: plus 2,6 Prozent). Im Durchschnitt leistete jeder Erwerbstätige 25 Stunden bzw. 1,8 Prozent mehr als 2009. Mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft stieg die durchschnittliche Stundenzahl je Erwerbstätigen in allen Wirtschaftsbe-  
reichen, am stärksten jedoch im verarbeitenden Gewerbe. Hier nahm die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen um 5,5 Prozent zu.

Wegen der kräftigeren Zunahme des Arbeitsvolumens stieg die Wirtschaftsleistung je geleisteter Arbeitsstunde der Erwerbstätigen nicht so stark wie in Relation zur Erwerbstätigenzahl. Je Erwerbstätigenstunde errechnet sich für Rheinland-Pfalz eine Wirtschaftsleistung von 41,52 Euro (Deutschland: 43,51 Euro). Preisbereinigt bedeutet dies ein Anstieg um 2,3 Prozent (Deutschland: plus 1 Prozent) gegenüber dem Vorjahr.

... daher geringere Zunahme der Stundenproduktivität

Arbeitsvolumen steigt deutlich stärker als Erwerbstätigenzahl ...

Daher ist die Zahl der Arbeitsstunden 2010 auch deutlich stärker gestiegen als die Erwerbstätigenzahl. Insgesamt wurden im Jahr 2010 in Rheinland-Pfalz 2,59 Milliarden Arbeitsstunden in Rheinland-Pfalz geleistet,

T 3

Erwerbstätige und geleistete Arbeitsstunden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010  
nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige		Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen			
	Rheinland-Pfalz	Deutschland	Rheinland-Pfalz	Deutschland		
	1 000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Mill.	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	51,5	-1,3	-1,4	86,4	-1,8	-1,5
Produzierendes Gewerbe	469,5	-0,6	-1,1	694,5	3,5	3,5
produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	356,2	-1,4	-1,7	504,7	3,8	3,9
darunter verarbeitendes Gewerbe	343,6	-1,3	-1,8	488,8	4,2	4,1
Baugewerbe	113,3	1,9	1,4	189,8	2,9	2,4
Dienstleistungsbereiche	1 343,1	1,2	1,1	1 811,3	2,2	2,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	460,3	-0,1	-0,2	631,2	0,8	1,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	251,5	2,7	2,4	357,1	3,9	3,9
öffentliche und private Dienstleister	631,3	1,6	1,5	823,0	2,6	2,6
Insgesamt	1 864,1	0,7	0,5	2 592,2	2,4	2,6

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2011.

In der Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen zeigt sich die überdurchschnittliche Arbeitsproduktivität des produzierenden Gewerbes. Mit 42,60 Euro je Erwerbstätigenstunde (Deutschland: 42,64 Euro) lag der Wert deutlich über dem des Dienstleistungsbereichs von 36,15 Euro (Deutschland: 38,61 Euro). Dabei ist zu beachten, dass in letzterem der Bereich „Wohnungsvermietung“ enthalten ist, der die Aktivitäten aller Wirtschaftssubjekte zusammenfasst, die sich auf die Vermietung oder Eigennutzung von

Wohnungen erstrecken. Die Stundenproduktivität in der Land- und Forstwirtschaft betrug lediglich 16,35 Euro (Deutschland: 13,38 Euro).

Werner Kertels, Diplom-Volkswirt, ist Referent im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.

## Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um ein solches System auch für die Länder zu erstellen, wurde 1954 der Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder« gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetages an.

Das Datenangebot des Arbeitskreises deckt weitgehend die Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsrechnung auf Länderebene ab. Darüber hinaus werden ausgewählte Aggregate (z. B. Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung) auf Kreisebene berechnet. Die Berechnungen erfolgen nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

Detaillierte Informationen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder« unter [www.vgrdl.de](http://www.vgrdl.de).

# Einnahmen und Ausgaben sowie Wohn- und Vermögenssituation privater Haushalte 2008

## Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe



Von Christine Schomaker

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) liefert aktuelle Informationen zum Lebensstandard, zur Wohn- und Vermögenssituation sowie zu den Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte. Im Jahr 2008 fand sie zum zehnten Mal statt. Die auf freiwilliger Basis durchgeführte EVS ist mit einem Stichprobenumfang von deutschlandweit rund 60 000 privaten Haushalten die größte Erhebung ihrer Art in der Europäischen Union.

### EVS bietet repräsentatives Bild der Lebenssituation der Bevölkerung

Rund 3 200 Haushalte befragt

In die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Jahres 2008 waren in Rheinland-Pfalz rund 3 200 Haushalte einbezogen. Die Befragungsergebnisse repräsentieren – hochgerechnet – etwa 1,9 Millionen rheinland-pfälzische Haushalte. Mit einem Stichprobenumfang von bundesweit rund 60 000 privaten Haushalten ist die auf freiwilliger Basis durchgeführte EVS die größte Erhebung ihrer Art in der Europäischen Union. Die EVS wird in der Regel alle fünf Jahre durchgeführt. An ihr nehmen Haushalte aller sozialen Gruppierungen teil, sodass die EVS ein repräsentatives Bild der Lebenssituation der Gesamtbevölkerung in Rheinland-Pfalz und Deutschland zeichnet. Die Ergebnisse der EVS sind für Politik, Wirtschaft, Wis-

senschaft wie auch für interessierte Bürgerinnen und Bürger eine wertvolle und unverzichtbare Informationsquelle.

Informationen über die Nachfrage der privaten Haushalte nach Konsumgütern sind unerlässlich für eine sachgerechte staatliche Konjunktur- und Strukturpolitik sowie die Produktions- und Absatzplanung von Unternehmen. Einkommensdaten sind außerdem wichtig für die Sozial-, Steuer- und Familienpolitik. So ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe auch Grundlage für die Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze. Zudem werden die Ergebnisse in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Schätzungen (Aggregate des Bruttoinlandsprodukts) und zur Anpassung der Gewichte der Verbraucherpreisindizes benötigt.

EVS ist wichtige Informationsquelle

Dieser Fachbeitrag stellt Ergebnisse zu der Wohn- und Vermögenssituation der rheinland-pfälzischen Privathaushalte (Stichtagsabfrage) sowie Daten zu den Einnahmen und Ausgaben dar (siehe Textkasten).

### **Gut 57 Prozent der Privathaushalte lebten in den eigenen vier Wänden**

Im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe machten die befragten Haushalte auch Angaben zu ihren Wohnverhältnissen. Diese sind ein wichtiger Indikator für die Lebensqualität in einer Gesellschaft.

#### **Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)**

Die EVS gehört zu den Statistiken der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte und findet in der Regel alle fünf Jahre statt, zuletzt 2008. Es handelt sich dabei um eine Quotenstichprobe auf freiwilliger Basis, in der durch Werbemaßnahmen gewonnene Haushalte Auskünfte erteilen. Zur Bestimmung des Quotenplans und als Anpassungsrahmen für die Hoch- und Fehlerrechnung dient der Mikrozensus.

Die Erhebung umfasst drei Teile:

1. Die Allgemeinen Angaben und das Geld- und Sachvermögen zur Erhebung von soziodemografischen und sozioökonomischen Grunddaten der Haushalte und Einzelpersonen, der Wohnsituation, der Ausstattung mit Gebrauchsgütern sowie der Vermögenssituation.
2. Das Haushaltsbuch mit Aufzeichnungen über die Einnahmen und Ausgaben eines Quartals.
3. Das Feinaufzeichnungsheft zum Dokumentieren von Daten über den Verbrauch an Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren.

An der EVS 2008 beteiligten sich in Rheinland-Pfalz insgesamt rund 3 200 Haushalte, bundesweit waren es rund 60 000 Haushalte.

Zu Beginn des Jahres 2008 lebten 57,2 Prozent der rheinland-pfälzischen Haushalte im eigenen Haus oder in einer Eigentumswohnung, 42,8 Prozent wohnten zur Miete. Die Wohnungsgröße je Privathaushalt betrug im Durchschnitt rund 106 Quadratmeter.

Wohnungsgröße durchschnittlich bei 106 Quadratmetern

Den rheinland-pfälzischen Haushalten standen durchschnittlich 3,8 Wohn- und Schlafräume zur Verfügung. Eigentümerhaushalten stand dabei mit durchschnittlich rund 129 Quadratmetern (4,6 Wohn- und Schlafräume) deutlich mehr Wohnraum zur Verfügung als Mieterhaushalten mit etwa 75 Quadratmetern (2,8 Wohn- und Schlafräume).

Je mehr Personen zu einem Haushalt gehören, umso höher ist der Anteil der Haushalte, die Wohneigentum bewohnen. Paarhaushalte mit mindestens einem Kind lebten wesentlich häufiger in den eigenen vier Wänden (73,9 Prozent) als Paarhaushalte ohne Kind (69,3 Prozent) oder Alleinlebende (34,9 Prozent). Gehören Kinder zum Haushalt, so verfügt dieser in der Regel auch über mehr Wohnfläche. So stand Paaren mit Kindern mit durchschnittlich 132 Quadratmetern deutlich mehr Wohnfläche zur Verfügung als Paaren ohne Kind (118 Quadratmeter) oder Alleinlebenden (75 Quadratmeter).

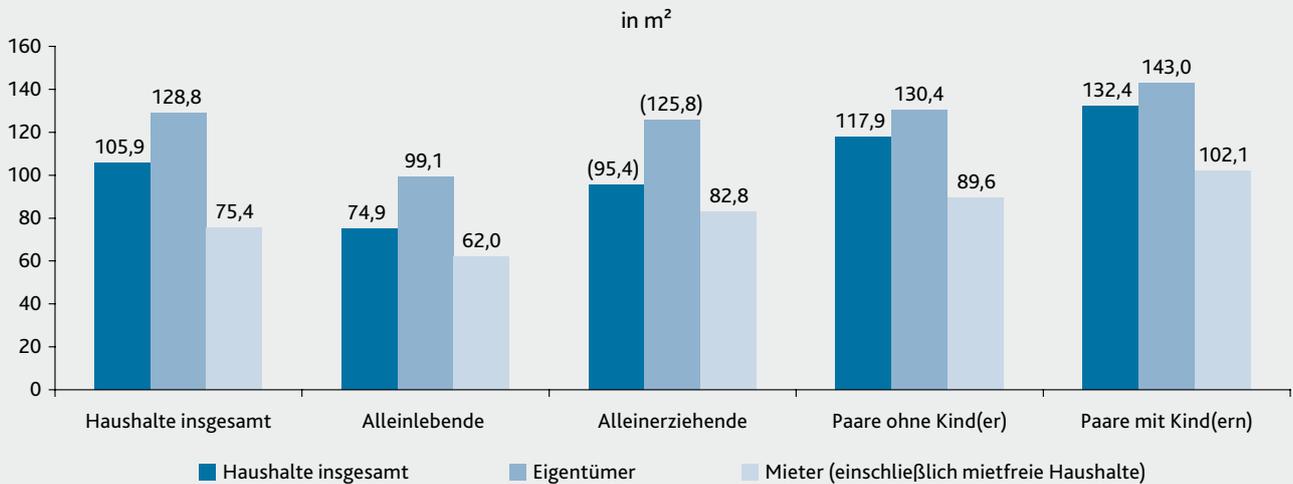
Fast die Hälfte der rheinland-pfälzischen Haushalte lebte Anfang 2008 in einem Einfamilienhaus. Gut 35 Prozent der privaten Haushalte wohnten in einem Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen und 13,7 Prozent in Zweifamilienhäusern.

Die Mehrheit der Haushalte lebte dabei in einem Gebäude, das zwischen 1949 und 1990 erbaut wurde. In älteren Gebäuden, die vor 1949 errichtet wurden, wohnten 22,9 Prozent. Rund 17 Prozent der privaten

Baujahr der Gebäude meist zwischen 1949 und 1990

G 1

Wohnfläche privater Haushalte am 1. Januar 2008 nach dem Wohnverhältnis und ausgewählten Haushaltstypen



( ) Aussagewert eingeschränkt.

Haushalte lebten in Gebäuden, die zwischen 1991 und 2000 entstanden und weitere 5,6 Prozent wohnten in nach 2000 errichteten Gebäuden.

Rund 55 000 Haushalte in Rheinland-Pfalz nutzten aus beruflichen Gründen oder zu Ausbildungszwecken eine zusätzliche Wohnung neben ihrer Hauptwohnung. Das sind knapp drei Prozent aller Privathaushalte. Noch seltener war der Besitz einer zusätzlichen Wohnung für Freizeitwecke.

Garagen und Stellplätze für drei Viertel der Haushalte

Rund drei Viertel der Haushalte konnten ihr Fahrzeug in einer Garage oder auf einem Stellplatz parken. Zwei Drittel der Nutzer sind auch gleichzeitig Eigentümer der Garagen oder Stellplätze.

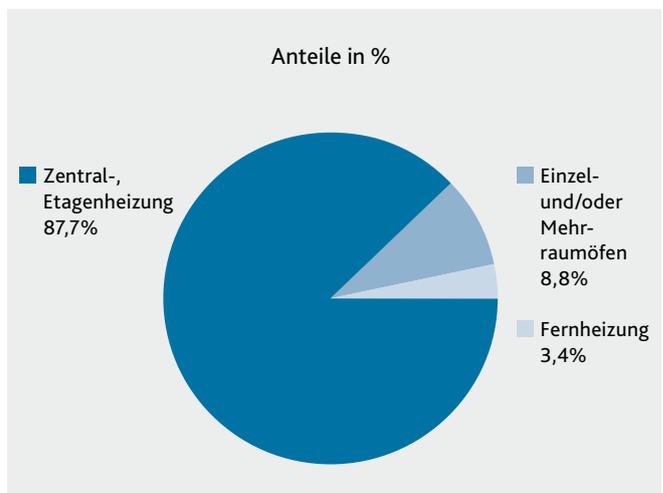
Haushalte mit hohem Haushaltsnettoeinkommen leisteten sich dabei wesentlich häufiger eine Parkmöglichkeit als Haushalte mit kleinem monatlichen Budget. Auch konnten Haushalte der höheren Einkommensklassen die Garagen oder Stellplätze häufiger ihr Eigen nennen.

Die meisten Haushalte heizten mit Gas

Fast 88 Prozent der Privathaushalte in Rheinland-Pfalz beheizten ihre Wohnungen Anfang 2008 über Zentral- bzw. Etagenheizungen. Weitere 8,8 Prozent nutzten Einzel- und/oder Mehrraumöfen (einschließlich Nachtspeicheröfen). Lediglich 3,4 Prozent der rheinland-pfälzischen Haushalte bezogen ihre Wärme über eine Fernheizung.

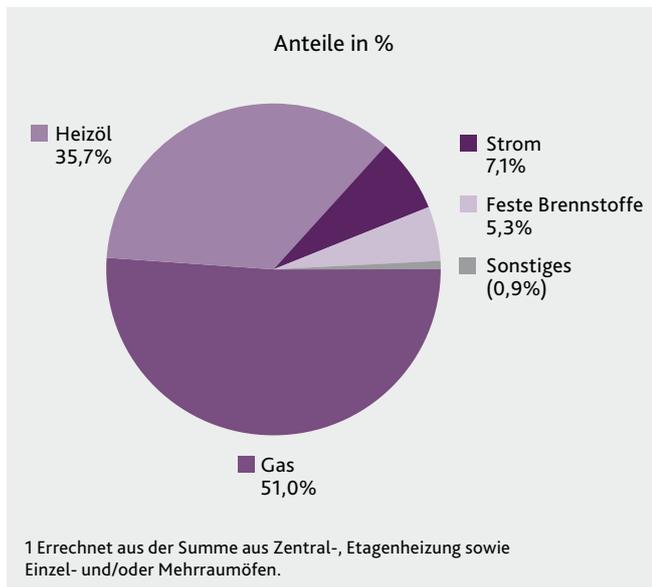
G 2

Private Haushalte am 1. Januar 2008 nach der Art des Heizsystems



G 3

### Private Haushalte am 1. Januar 2008 nach überwiegender Heizenergieart<sup>1</sup>



Haushalte, die ihre Heizenergie über Zentral- oder Etagenheizung bzw. über Einzel- und/oder Mehrraumöfen erhielten, heizten am häufigsten mit Gas (51 Prozent). Mehr als ein Drittel dieser Haushalte (35,7 Prozent) verwendete Heizöl, 7,1 Prozent nutzten Strom und 5,3 Prozent feste Brennstoffe zur Beheizung.

#### Rund 61 Prozent der Haushalte haben Haus- und Grundbesitz

Im Rahmen der EVS 2008 erfolgte auch die Abfrage nach dem Haus- und Grundbesitz und dem Immobilienvermögen (einschließlich der Restverschuldung) privater Haushalte.

Die Fragen nach dem Haus- und Grundbesitz erstreckten sich auf das gesamte Eigentum an Grundstücken, Gebäuden und/oder

Eigentumswohnungen der beteiligten Haushalte, unabhängig davon, ob diese Immobilien selbst gekauft oder erbaut wurden, ob sie durch Schenkung oder Erbe erworben wurden oder ob sie selbst genutzt oder vermietet wurden. Auch im Ausland befindliche Immobilien sollten angegeben werden. Mehrfachnennungen waren möglich.

Rund 61 Prozent der rheinland-pfälzischen Haushalte verfügten Anfang des Jahres 2008 über Haus- und Grundbesitz.

Das Einfamilienhaus war die häufigste Form des Haus- und Grundbesitzes der Privathaushalte. Rund 44 Prozent aller Haushalte in Rheinland-Pfalz besaßen ein Einfamilienhaus. Über Eigentumswohnungen verfügten 12,4 Prozent der Privathaushalte. Über neun Prozent der rheinland-pfälzischen Haushalte besaßen ein Mehrfamilienhaus und 8,4 Prozent nannten ein unbebautes Grundstück ihr Eigen.

Häufigste Form des Immobilienvermögens ist das Einfamilienhaus

Bei Haushalten mit Haus- und Grundbesitz betrug der Verkehrswert<sup>1</sup> der Immobilien nach deren eigener Schätzung durchschnittlich rund 232 000 Euro. Fast die Hälfte der Haus- und Grundbesitzer (49 Prozent) mussten Anfang 2008 noch eine Restschuld auf Hypotheken, Baudarlehen und sonstigen Darlehen zum Erwerb bzw. zur Instandsetzung von Haus- und Grundvermögen abtragen. Für jeden dieser Haushalte errechnete sich eine durchschnittliche Restschuld von 87 000 Euro.

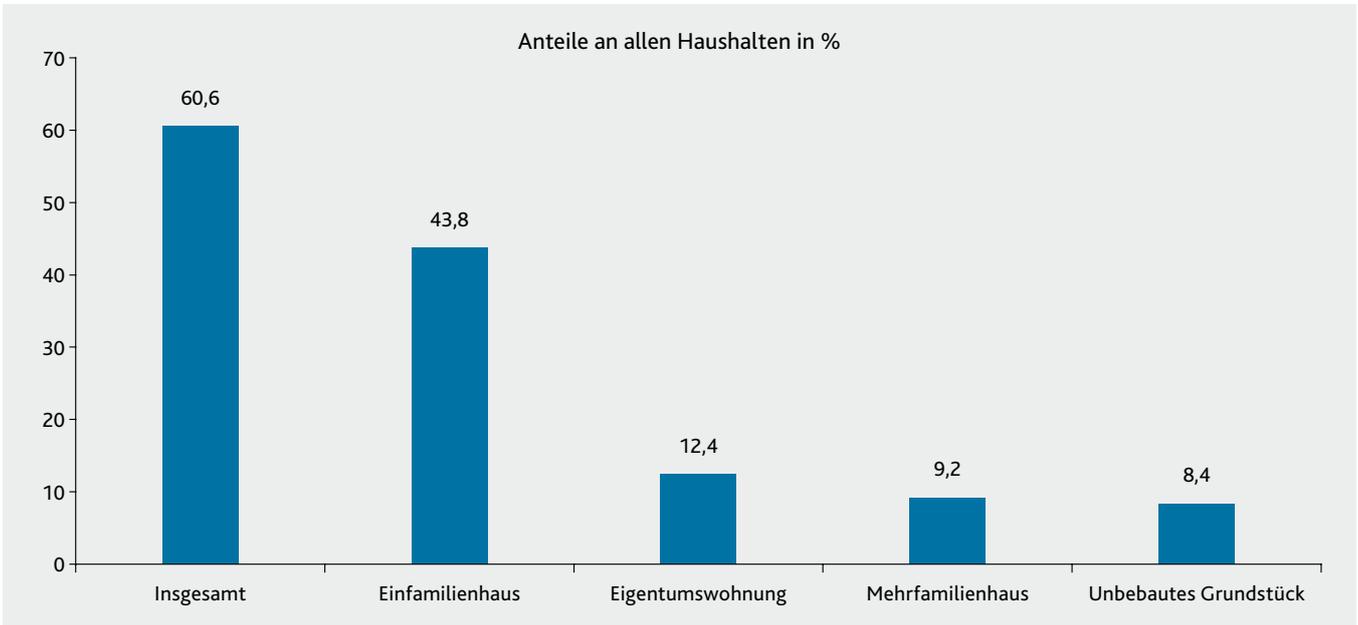
#### Über 90 Prozent der privaten Haushalte besitzen Geldvermögen

Über 90 Prozent der rheinland-pfälzischen Haushalte verfügten im Januar 2008 über Geldvermögen. Zum Bruttogeldvermögen

<sup>1</sup> Die Angabe des Verkehrswertes basierte auf einer Selbsteinschätzung der jeweiligen Haushalte. Die Haushalte sollten den marktüblichen Preis angeben, den man erzielen könnte, falls der Haus- und Grundbesitz zum Zeitpunkt der Befragung verkauft werden würde.

G 4

Privathaushalte mit Haus- und Grundbesitz am 1. Januar 2008 nach Art des Haus- und Grundbesitzes



Verteilung des Vermögens unterschiedlich

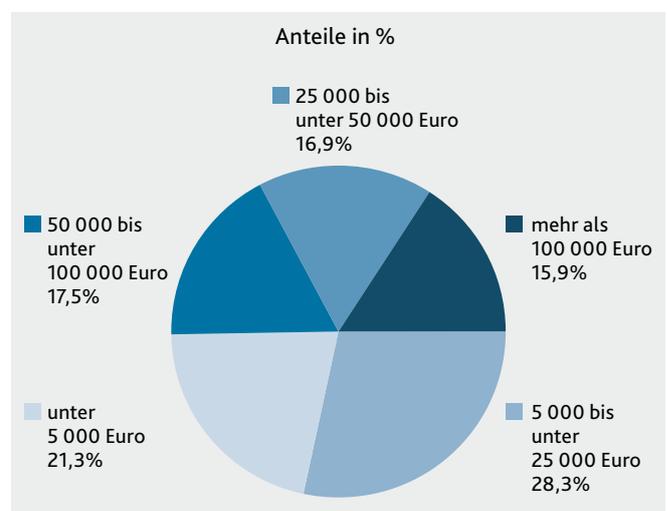
zählen z. B. Sparguthaben, Lebensversicherungen, Bausparguthaben und Wertpapiere. Im Durchschnitt belief es sich in den Haushalten, die Angaben zur Höhe des Bruttogeldvermögens machten, auf 63 100 Euro. Dieser Wert verdeckt allerdings die Streuung des Vermögens. So konnten fast 16 Prozent der Haushalte auf ein entsprechendes Vermögen von mehr als 100 000 Euro zurückgreifen. Gut 21 Prozent verfügten hingegen über weniger als 5 000 Euro.

Als beliebteste Anlageform gilt nach wie vor die konservative Geldanlage des Sparguthabens: Drei Viertel der Haushalte mit Angaben zur Höhe des Vermögens hatten sich für diese Anlageart entschieden. Ebenso verfügten viele Haushalte über Vermögen in Lebensversicherungen (59,4 Prozent), Bausparguthaben (49,7 Prozent), sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen (43,5 Prozent), Wertpapiere (34,2 Prozent) oder an Privatpersonen verliehenes Geld (15,4 Prozent).

Mit einem Konsumentenkredit war etwa ein Fünftel der dazu berichtenden Haushalte belastet. Mit diesen Krediten werden größere Anschaffungen wie z. B. ein Auto oder eine Urlaubsreise verwirklicht. Die Restschulden lagen im Durchschnitt bei 9 200 Euro je Haushalt. Von den Privathaushalten, die Angaben machten, hatten 3,5 Prozent

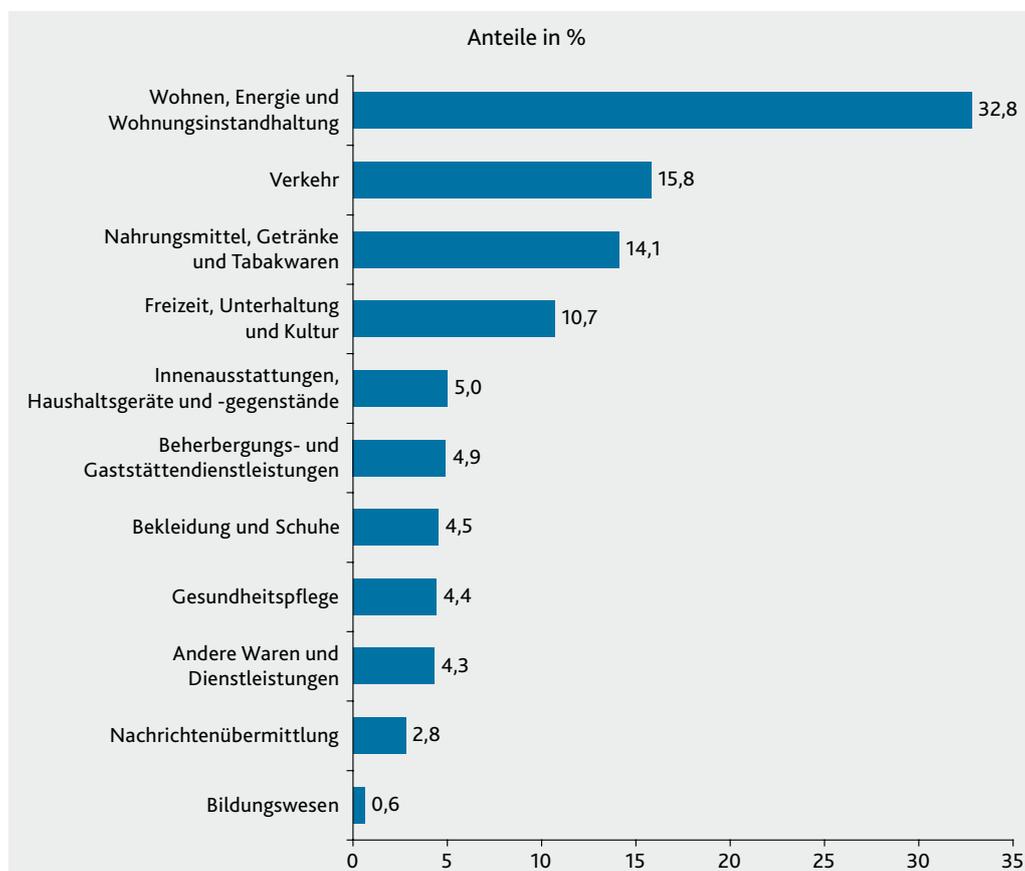
G 5

Private Haushalte am 1. Januar 2008 nach der Höhe des Bruttogeldvermögens



G 6

## Private Haushalte 2008 nach der Struktur der Konsumausgaben



einen Ausbildungskredit aufgenommen. Im Mittel betrug die Restschuld hieraus noch 6 700 Euro. Abzüglich der Konsumenten- und Ausbildungskreditschulden errechnet sich für die Haushalte ein durchschnittliches Nettogeldvermögen von 60 100 Euro.

### Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte

Ergebnisse aus den detailliert geführten Haushaltsbüchern

Bei der EVS haben etwa 2 900 Haushalte in Rheinland-Pfalz drei Monate lang detailliert ihre Einnahmen und Ausgaben in ein Haushaltsbuch eingetragen; bundesweit waren es rund 55 000 Haushaltsbücher. Damit sind die Haushaltsbuchaufzeichnungen der EVS die umfangreichsten ihrer Art zu den Einkommen, Einnahmen und Ausgaben, die

von der amtlichen Statistik in Deutschland erhoben werden. Die Ergebnisse werden auf die Gesamtheit der Haushalte in Rheinland-Pfalz und Deutschland hochgerechnet.

Die aus den Anschreibungen gewonnenen Daten vermitteln wichtige Erkenntnisse über Höhe, Struktur und Verwendung der Einkommen sowie über das Konsumverhalten der Bevölkerung.

### Privathaushalte sparen durchschnittlich 365 Euro im Monat

Die Ersparnis privater Haushalte lag im Jahr 2008 durchschnittlich bei 365 Euro im Monat. Damit konnten die Privathaushalte im Mittel 11,4 Prozent ihres verfügbaren Einkommens sparen.

Paare mit Kind(ern) konnten dabei mit 750 Euro deutlich mehr im Monat sparen als Paare ohne Kind (481 Euro). Alleinlebende legten durchschnittlich 93 Euro im Monat auf die Seite und wiesen damit eine erheblich geringere Sparquote auf als Paare.

Verfügbares  
Einkommen  
im Schnitt  
bei 3 202 Euro  
im Monat

Im Durchschnitt erzielten rheinland-pfälzische Haushalte ein verfügbares Einkommen in Höhe von 3 202 Euro im Monat.

Die Differenzierung nach verschiedenen Haushaltstypen zeigt, dass Paare mit Kind(ern) über ein höheres verfügbares Einkommen (4 670 Euro) verfügen als Paare ohne Kind (3 824 Euro) oder Alleinlebende (1 754 Euro).

Der größte Teil des verfügbaren Einkommens wird für den privaten Konsum verwendet. Im Jahr 2008 gaben die rheinland-pfälzischen Haushalte hierfür durchschnittlich 2 380 Euro im Monat aus. Dabei entfiel mehr als die Hälfte des Konsumbudgets (51,5 Prozent) auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen, wie Wohnung, Nahrung und Bekleidung. Der Bereich Verkehr schlug mit durchschnittlich 15,8 Prozent zu Buche, für Freizeit, Unterhaltung und Kultur verwendeten die privaten Haushalte 10,7 Prozent ihrer Konsumausgaben.

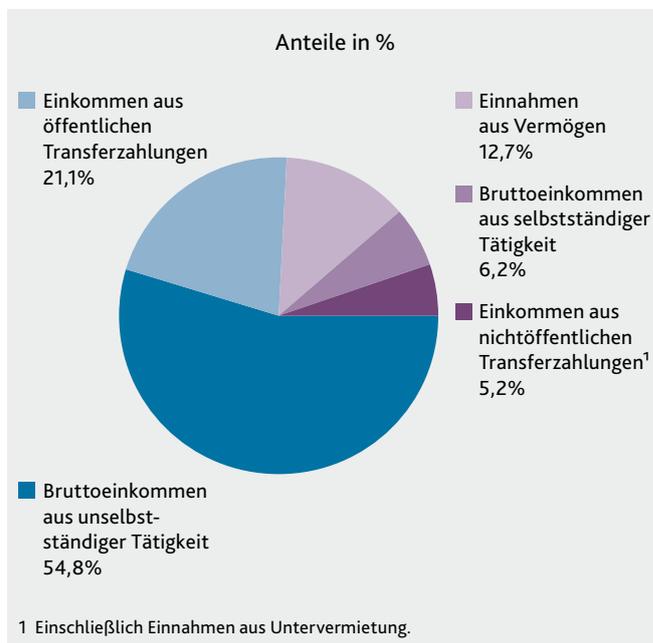
### 61 Prozent des Bruttoeinkommens entfallen auf Erwerbseinkünfte

Die aus der EVS ermittelten Einkommen stellen Durchschnittswerte dar, denen eine breite Streuung der einzelnen Beobachtungswerte zugrunde liegt. Das Haushaltseinkommen enthält die Angaben aller Mitglieder der befragten Haushalte.

Im Jahr 2008 betrug das durchschnittliche Bruttoeinkommen privater Haushalte monatlich 3 978 Euro. Der größte Teil der

G7

### Private Haushalte 2008 nach den Bestandteilen ihres Bruttoeinkommens



Bruttoeinnahmen stammte aus der Erwerbstätigkeit der Haushaltsmitglieder. Aus unselbstständigen Tätigkeiten kamen 2 180 Euro bzw. 54,8 Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens, während die Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit im Durchschnitt 246 Euro (6,2 Prozent) betragen.

### Einkommen und privater Konsum in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Ergebnisse zu den Merkmalen Einkommen und privater Konsum werden auch von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) bereitgestellt. Die Berechnungen erfolgen auf der Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG), dessen Anwendung mit der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 für alle EU-Mitgliedstaaten rechtsverbindlich vorgeschrieben ist. Die von den VGR veröffentlichten Ergebnisse weichen von den ausgewiesenen Zahlen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aufgrund unterschiedlicher Definitionen, Methoden, Verfahren und Erkenntnisinteressen beider Statistiken ab.

Transferzahlungen des Staates wie z. B. Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, staatliche Pensionen, Kindergeld, Arbeitslosengeld I und II bzw. Sozialgeld trugen 839 Euro monatlich bzw. 21,1 Prozent des Bruttoeinkommens bei. Aus Einnahmen von Vermögen stammten 506 Euro bzw. 12,7 Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens. Nichtöffentliche Transferzahlungen und Ein-

nahmen aus Untervermietung machten mit 5,2 Prozent lediglich einen geringen Anteil aus.

Christine Schomaker, Diplom-Soziologin, leitet das Referat Mikrozensus, Verdienste, Preise, Haushalts-erhebungen.

#### Weitere Informationen

Ergebnisse und nähere methodische Erläuterungen enthält der Statistische Bericht „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008“.

Der Bericht steht im Internet zum kostenfreien Download unter [http://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/berichte/O2013\\_200801\\_5j\\_L.pdf](http://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/berichte/O2013_200801_5j_L.pdf)

# Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

## Leichte Eintrübung der Stimmung in der deutschen Wirtschaft

ifo Geschäfts-  
klimaindex  
leicht gesunken

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist im März 2011 weiterhin sehr gut. Im Vergleich zum Februar hat sie sich zwar eingetrübt, der ifo Geschäftsklimaindex sank aber um lediglich 0,2 auf 111,1 Punkte. Von Konjunkturrexperten war ein stärkerer Rückgang erwartet worden. Allerdings ist die Atomkatastrophe in Japan noch nicht vollständig in den Stimmungsindikator eingegangen; etwa die Hälfte der Unternehmen hat ihre Einschätzung vor dem Erdbeben in Japan abgegeben. Belastend wirken neben den Ereignissen in Japan der Konflikt in Libyen, die steigenden Ölpreise und die Erwartung steigender Zinsen in der Eurozone.

Lagebeurteilung verbessert sich weiter

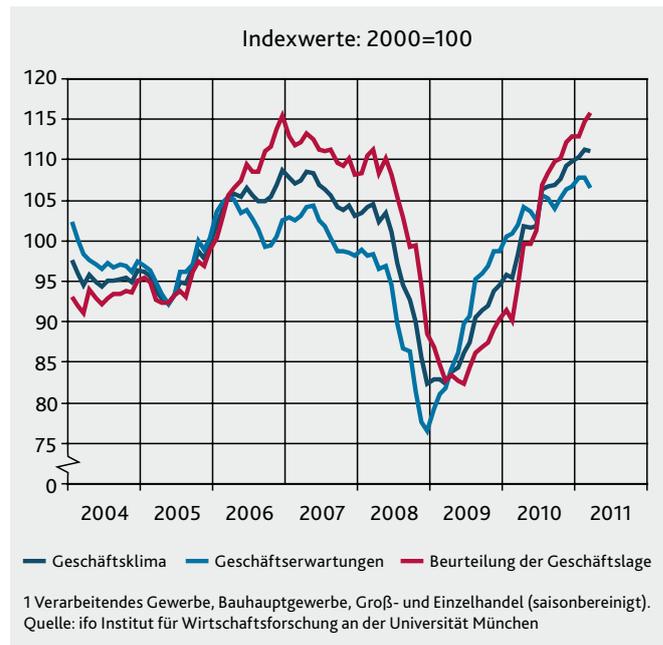
Die Einschätzung der Geschäftslage hat sich bei den befragten Unternehmen weiter verbessert. Der Lageindex nahm von 114,8 auf 115,8 Punkte zu. Die Geschäftsaussichten für die kommenden sechs Monate werden von den Unternehmen dagegen deutlich ungünstiger eingeschätzt. Der Erwartungsindex fiel von 107,9 auf 106,5 Punkte.

Nur in der Industrie günstigeres Geschäftsklima

Nur in der Industrie verbesserte sich das Geschäftsklima im Vergleich zum Februar. Dies ist auf eine verbesserte Lagebeurteilung zurückzuführen; die Einschätzung der Geschäftsaussichten ist ungünstiger ausgefallen. In den Bereichen Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel hat sich die Stimmung dagegen verschlechtert.

Stand:  
März  
2011

ifo Geschäftsklima Deutschland  
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft<sup>1</sup>



## Deutlicher Anstieg der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe

Für Rheinland-Pfalz zeigt sich die weitere Erholung der konjunkturellen Lage auch anhand harter Indikatoren. Im Berichtsmonat Januar 2011 lagen die Auftragseingänge um 21 Prozent über dem Vorjahresniveau. Gegenüber dem Vormonat gab es ein Plus von 7,8 Prozent. Der Wert des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts für Dezember 2010 (in den die Originalwerte der Berichtsmonate November 2010 bis Januar 2011 einfließen) übertraf den Vorjahreswert um 23 Prozent und lag auf dem Niveau vom September 2008. Zuletzt hatte der Auftragszuwachs von Juni bis November in einem engen Korridor von 19 bis 24 Prozent gelegen.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes: +23 Prozent

Auslandsnachfrage zieht stärker an

Im Berichtsmonat Januar 2011 verbesserten sich im Vormonatsvergleich die Auftragseingänge aus dem Inland um 28 Prozent. Aus dem Ausland wurde dagegen ein Auftragsrückgang von 5,5 Prozent registriert. Gegenüber Januar 2010 wiesen die Inlandsaufträge eine Verbesserung um 20 Prozent auf, die Auslandsaufträge zogen in diesem Zeitraum um 22 Prozent an. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt stieg die heimische Nachfrage im Dezember um 16 Prozent (November: +12 Prozent), das Ordervolumen aus dem Ausland erhöhte sich um 29 Prozent (November: +28 Prozent).

Auftragseingänge in der chemischen Industrie: +8,2 Prozent

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 29 Prozent) hat sich im Berichtsmonat Januar 2011 die Auftragslage im Vormonatsvergleich um 8,2 Prozent verbessert. Gegenüber Januar 2010 wurde ein Zuwachs von 4,4 Prozent registriert. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt gab es im Dezember ein Auftragsplus von 8,2 Prozent, nach einer Verbesserung um 7,4 Prozent im November. Die Bestellungen aus dem Inland erhöhten sich um 1,7 Prozent, nachdem sie im November um ein Prozent gesunken waren. Die ausländische Nachfrage blieb mit einem Plus von zwölf Prozent hinter den Zuwachsraten der Vormonate zurück.

Fahrzeugbau: Kräftig steigende Auftragseingänge

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: elf Prozent) stiegen die Auftragseingänge im Dezember 2010 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt mit +57 Prozent noch einmal stärker als in den drei Vormonaten. Trotzdem fiel dieser Zuwachs geringer aus als von Februar bis August. In diesen Monaten hatten sich die Auftragseingänge – im Ver-

gleich zur besonders schwachen Nachfrage des Jahres 2009 – in einem Bereich von 61 bis 75 Prozent erhöht. Im Berichtsmonat Januar 2011 lag das Auftragsvolumen um 20 Prozent über dem Vormonatswert und übertraf den Vorjahreswert sogar um 50 Prozent. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten verbesserte sich im Drei-Monats-Durchschnitt um 40 Prozent. Nach den besonders kräftigen Einbrüchen im Vorjahr zogen vor allem die Auslandsaufträge mit einer Zunahme um 77 Prozent weiterhin sehr deutlich an.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: neun Prozent) kam es im Berichtsmonat Januar 2011 zu einer Verschlechterung gegenüber dem Vormonat um zwölf Prozent. Im Vergleich zum Januar 2010 stieg die Nachfrage dagegen um 56 Prozent. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt übertrafen die Bestellungen im Dezember 2010 den Vorjahreswert um 45 Prozent, nach einem Plus von 39 Prozent im November. Nachdem im Februar 2010 die heimische Nachfrage erstmals nach 16 Monaten wieder gestiegen war, fiel die Verbesserung auch im Dezember (+35 Prozent) deutlich aus. Bei der Auslandsnachfrage gab es mit +51 Prozent wiederum einen noch kräftigeren Anstieg.

Deutliches Plus bei Auftragseingängen im Maschinenbau

### Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gesunken

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im Dezember 2010 gegenüber Dezember 2009 „geglättet“ um 2,9 Prozent gesunken. Bereits im November war es zu einem Rückgang um 2,1 Prozent gekommen, nachdem von Juni bis Oktober Verbesserungen zwischen 1,7 und 6,5 Prozent registriert wurden. Im Tiefbau kam es im Drei-Monats-

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe: -2,9 Prozent

Durchschnitt zu einem Rückgang um zwei Prozent, nach einer Verschlechterung um 10,4 Prozent im November. Erstmals seit April 2010 wurden im Dezember auch im Hochbau mit einem Minus von vier Prozent sinkende Auftragseingänge festgestellt. Zu berücksichtigen ist dabei, dass gerade im Bauhauptgewerbe selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt werden. Der Anteil des Tiefbaus am gesamten baugewerblichen Umsatz lag 2009 bei 52 Prozent, der des Hochbaus bei 48 Prozent.

Zahl der Baugenehmigungen steigt kräftig

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator für die Baukonjunktur, ist im Dezember 2010 im Drei-Monats-Durchschnitt um 40 Prozent gestiegen. Bereits im November kam es zu einem Plus von 17 Prozent, nachdem es im September und im Oktober noch Rückgänge von 2,4 bzw. 4,1 Prozent gegeben hatte.

### Leichte Umsatzsteigerungen im Handel und im Gastgewerbe – kräftiges Umsatzplus im Kfz-Handel

Rotation der Berichtsbe-triebe und Anpassung an neue Wirtschaftszweig-klassifikation

Die Ergebnisse der Statistiken im Handel und Gastgewerbe basieren seit dem Berichtsmo-nat Juni 2010 auf einem neuen Berichts-kreis, da ein Teil der Unternehmen in der Erhebung ausgetauscht wurde. Der Berichts-kreis ist damit repräsentativer geworden und verbessert die Konjunkturbeobachtung am aktuellen Rand. Weiterhin wurde die Zusammensetzung des Berichts-kreises auf die Strukturen der neuen Wirtschaftszweig-klassifikation 2008 umgestellt.

Umsatz im Einzelhandel zieht wieder an

Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahr-zeughandel) wiesen im Dezember 2010 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt einen realen Anstieg von 1,4 Prozent gegenüber

### Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Die **Auftragseingänge** sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktur-entwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Früh-indikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung üblicherweise der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandels-umsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

**Preisindizes** – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlau-fender Indikator, der weniger über die künftige konjunktur-elle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

dem Vorjahr auf. Für November errechnete sich ein leichtes Plus von 0,2 Prozent, nach-dem es zuvor von Juni bis Oktober Umsatz-steigerungen in einem Bereich von 1,2 bis 2,5 Prozent gegeben hatte.

Im Kraftfahrzeughandel sind die Umsätze im Drei-Monats-Durchschnitt im Dezember 2010 preisbereinigt um zwölf Prozent gestiegen. Davor waren bereits im Oktober und im November nach elf Rückgängen in Folge Zuwächse von 1,9 bzw. 5,4 Prozent zu verzeichnen.

Umsatzplus von zwölf Prozent im Kfz-Handel

Steigende Umsätze im Großhandel

Die Umsätze im Großhandel stiegen im Dezember 2010 gegenüber Dezember 2009 real um 3,1 Prozent. Zuvor war es – mit Ausnahme des Oktobers – bereits seit Februar zu Verbesserungen des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts gekommen.

Umsätze im Gastgewerbe leicht verbessert

Im Gastgewerbe stiegen die Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Dezember 2010 gegenüber dem Vorjahreswert um 0,4 Prozent, nachdem sie im November im Vorjahresvergleich unverändert waren (Veränderung der geglätteten Monatsumsätze).

### Jahresteuerrate im März bei 2,1 Prozent

Höhere Preise für Heizöl und Kraftstoffe tragen zum Preisanstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ist im März 2011 im Vergleich zum Vormonat um 0,5 Prozent gestiegen. Gegenüber dem März des Vorjahres hat sich der Index um 2,1 Prozent erhöht. Damit blieb die Jahresteuerrate – wie schon im Februar – auf dem höchsten Wert seit Oktober 2008 und übertraf die für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsame Zwei-Prozent-Marke. Im Januar 2011 war eine Preissteigerung von zwei Prozent registriert worden. Für das Jahr 2010 wurde eine Inflationsrate von 1,1 Prozent ermittelt. Zu dem Anstieg im März 2011 trugen insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftigen Preiserhöhungen für Heizöl und Kraftstoffe (+34 bzw. +12 Prozent) bei.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es im März 2011 in der Indexhauptgruppe „Verkehr“ (+4,4 Prozent). Außerdem verteuerten sich die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (+3,1 Prozent) sowie „Nahrungsmittel und

alkoholfreie Getränke“ (+2,2 Prozent) überdurchschnittlich. In den Hauptgruppen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (–0,1 Prozent) sowie „Nachrichtenübermittlung“ (–2,6 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

### Arbeitslosigkeit im März kräftig gesunken

Nachdem es bereits im Februar einen Rückgang der Arbeitslosigkeit gegeben hatte, meldeten sich auch im März wieder deutlich weniger Frauen und Männer in Rheinland-Pfalz arbeitslos. Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit waren im März 120 200 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das waren 5 400 bzw. 4,3 Prozent weniger als im Vormonat. Damit hat sich die Winterarbeitslosigkeit zum Teil bereits wieder abgebaut. Gegenüber März 2010 nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen sogar um 10 700 bzw. 8,1 Prozent ab.

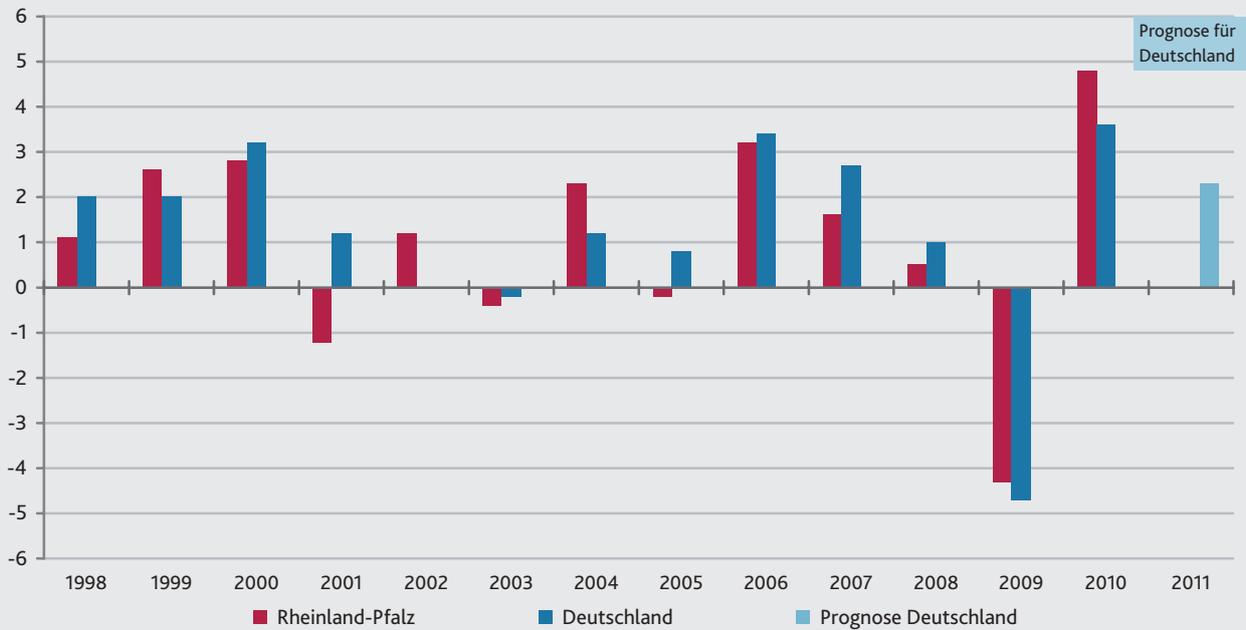
Arbeitslosigkeit sinkt um 4,3 Prozent

Damit verringerte sich die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, im März 2011 auf 5,7 Prozent. Die Quote ist im Vergleich zum Februar um 0,3 Prozentpunkte gesunken. Gegenüber März 2010 ergab sich ein Rückgang um 0,5 Prozentpunkte.

Arbeitslosenquote liegt bei 5,7 Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

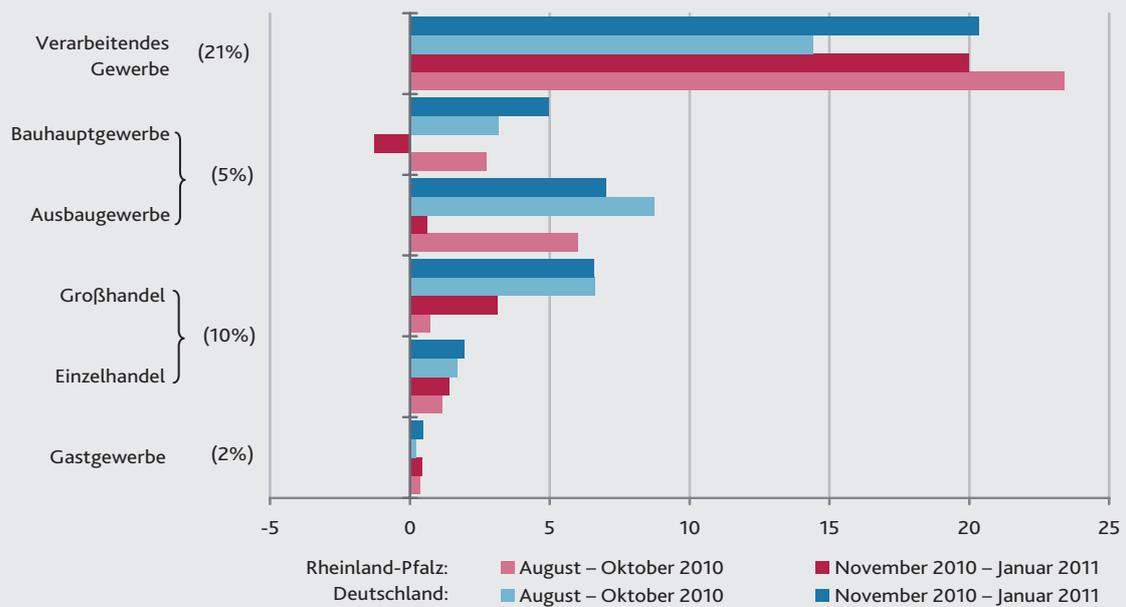
**Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz<sup>1)</sup> und in Deutschland**  
 – Preisbereinigt –  
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin im September 2011. Quelle Prognosewert: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Jahreswirtschaftsbericht 2011 der Bundesregierung, Januar 2011.

**Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen<sup>1)</sup>**  
 in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte<sup>2)3)</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2009. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale. – 3) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

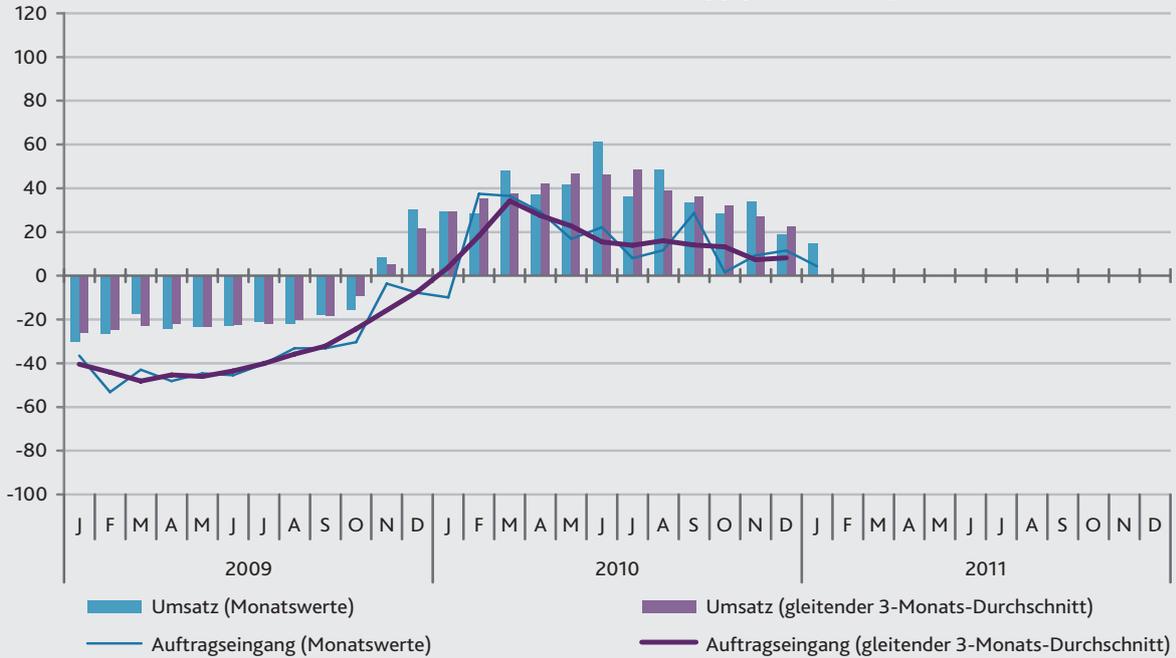




### Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 29%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>1)</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

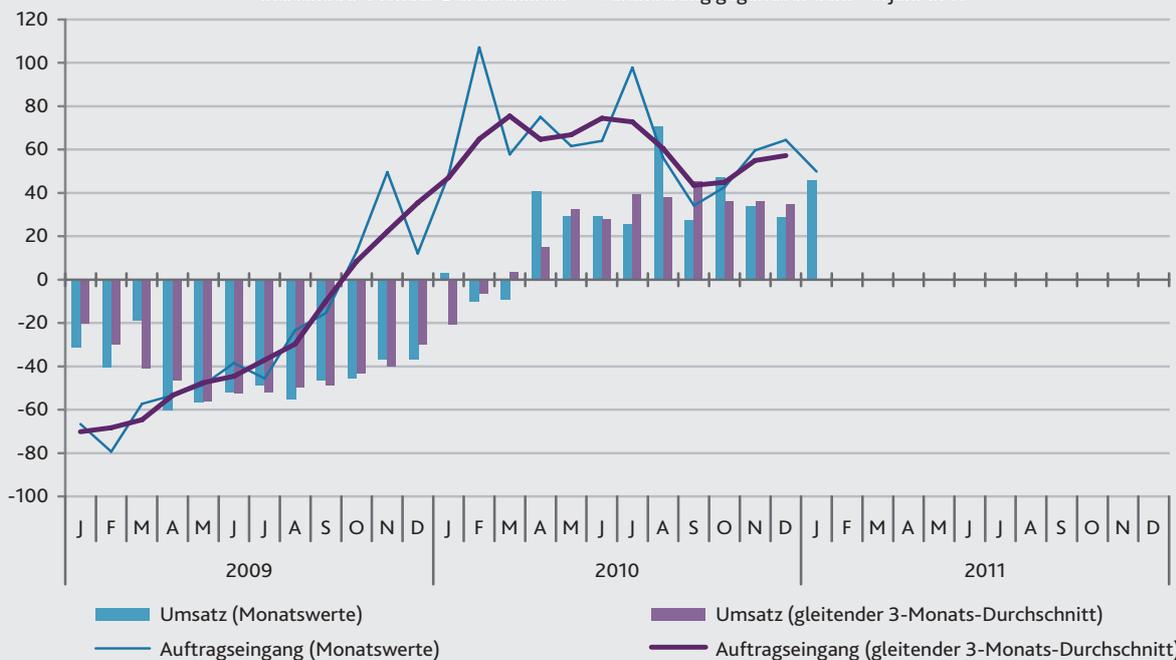


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

### Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 11%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>1)</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

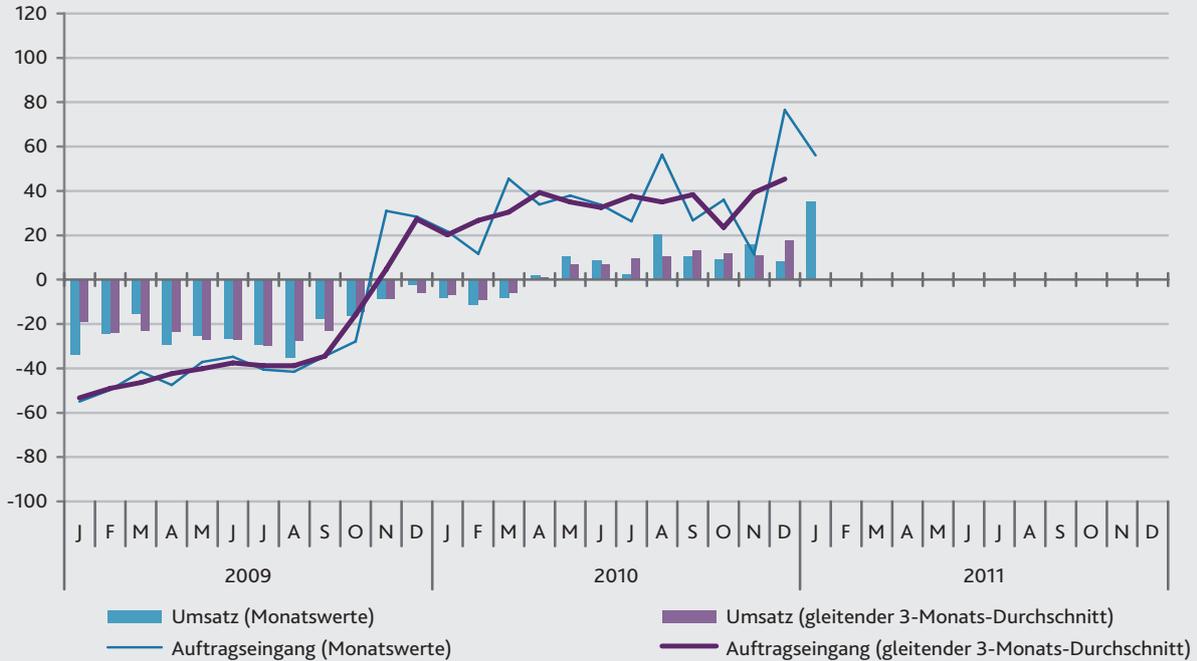


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

### Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 9%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>1)</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



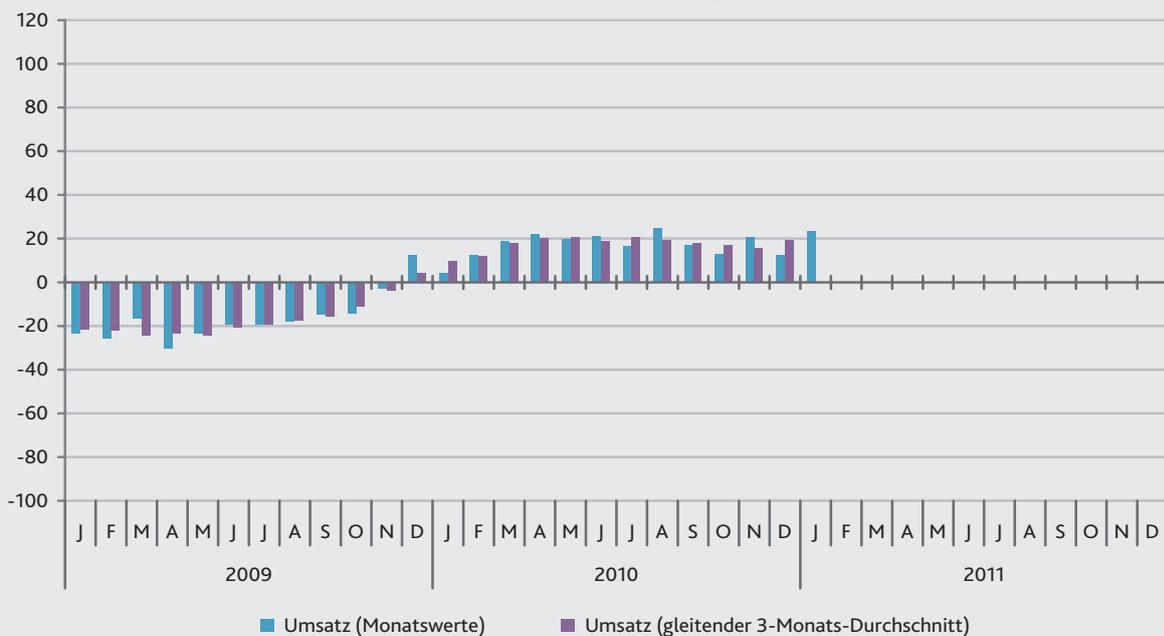
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

### Umsatz (nominal)

#### Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren<sup>1)</sup>

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>2)</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

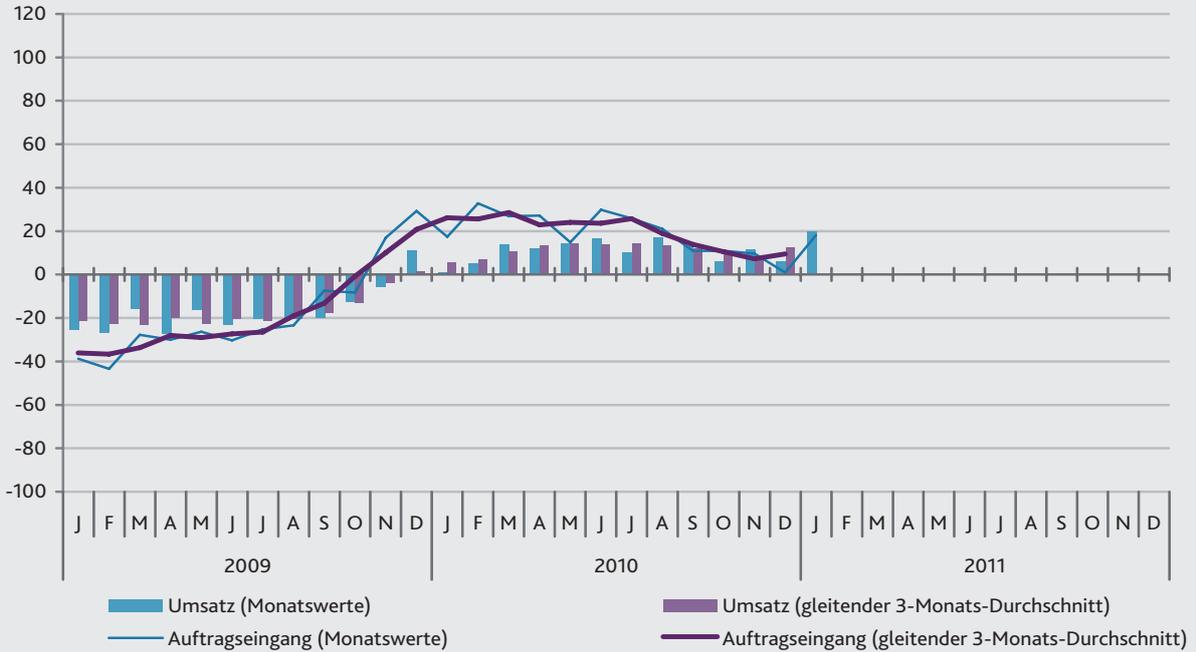


1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

**Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal)**  
**Herstellung von Metallerzeugnissen**

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>1)</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



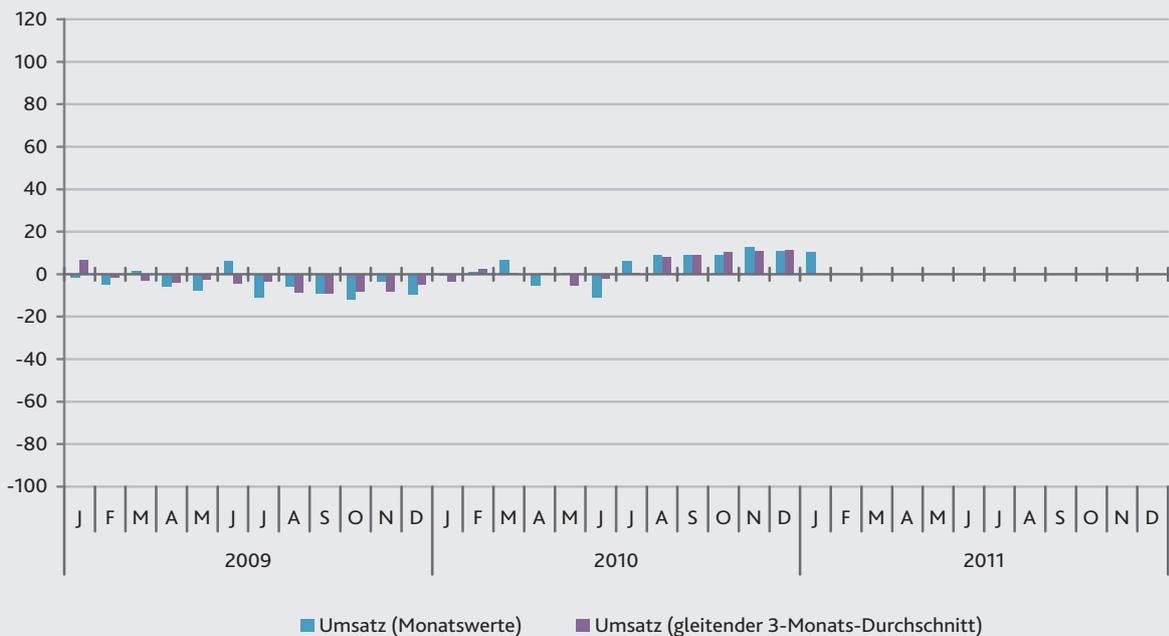
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

**Umsatz (nominal)**

**Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln<sup>1)</sup>**

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>2)</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

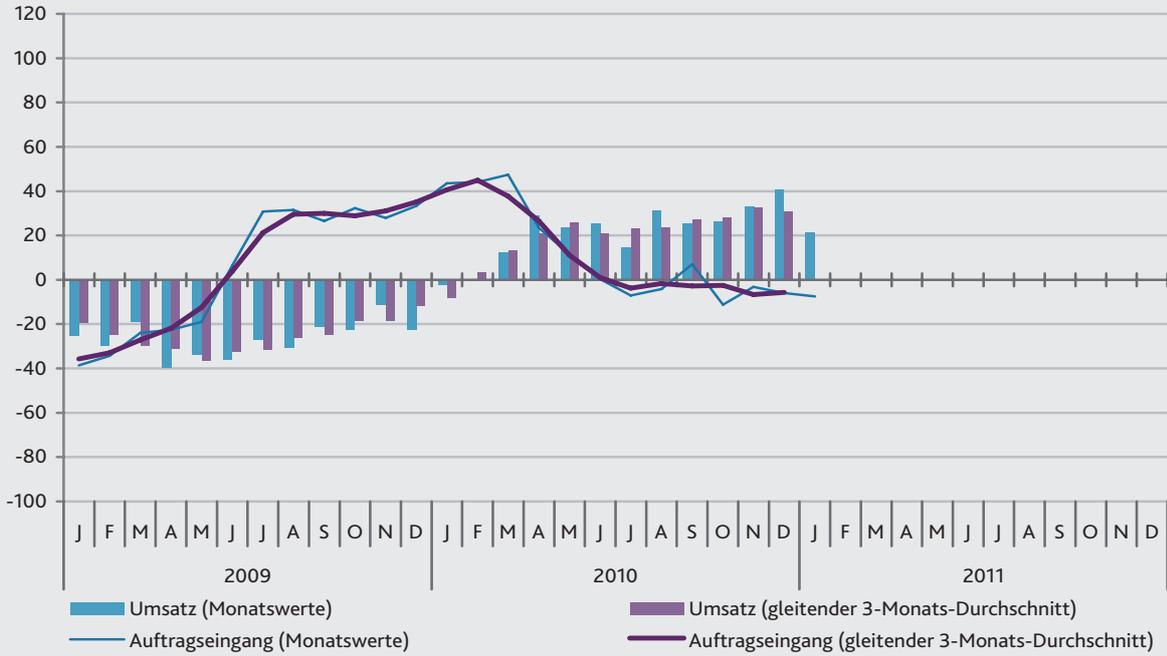


1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

**Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal)  
Metallerzeugung und -bearbeitung**

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 4%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>1)</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

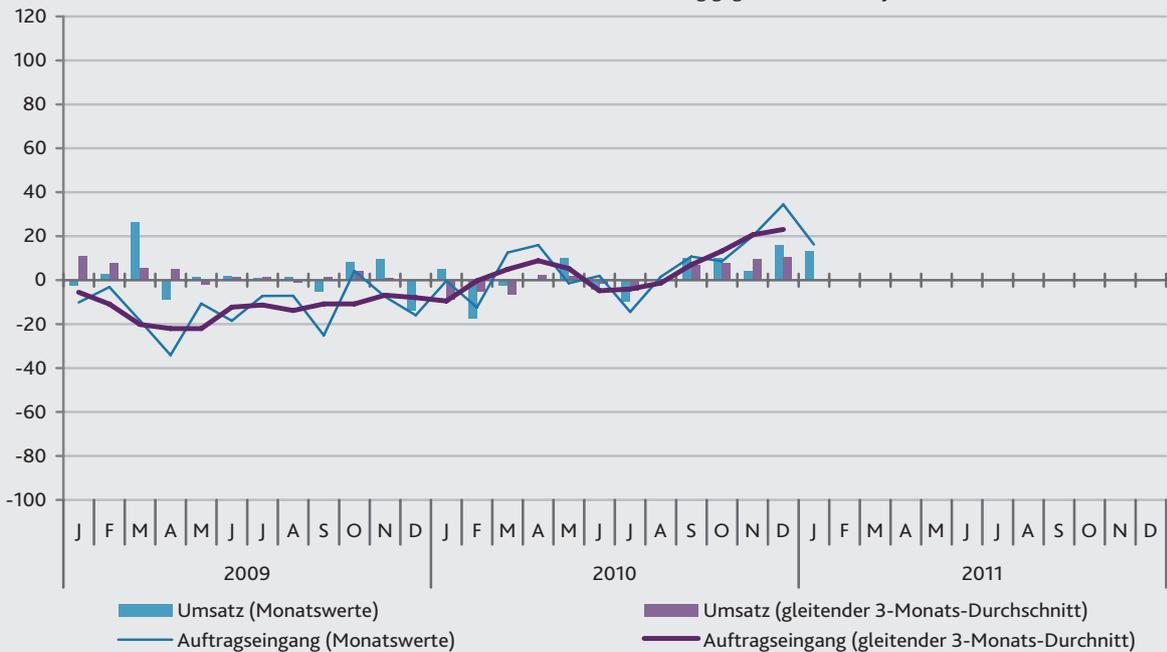


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

**Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal)  
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen**

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 5%

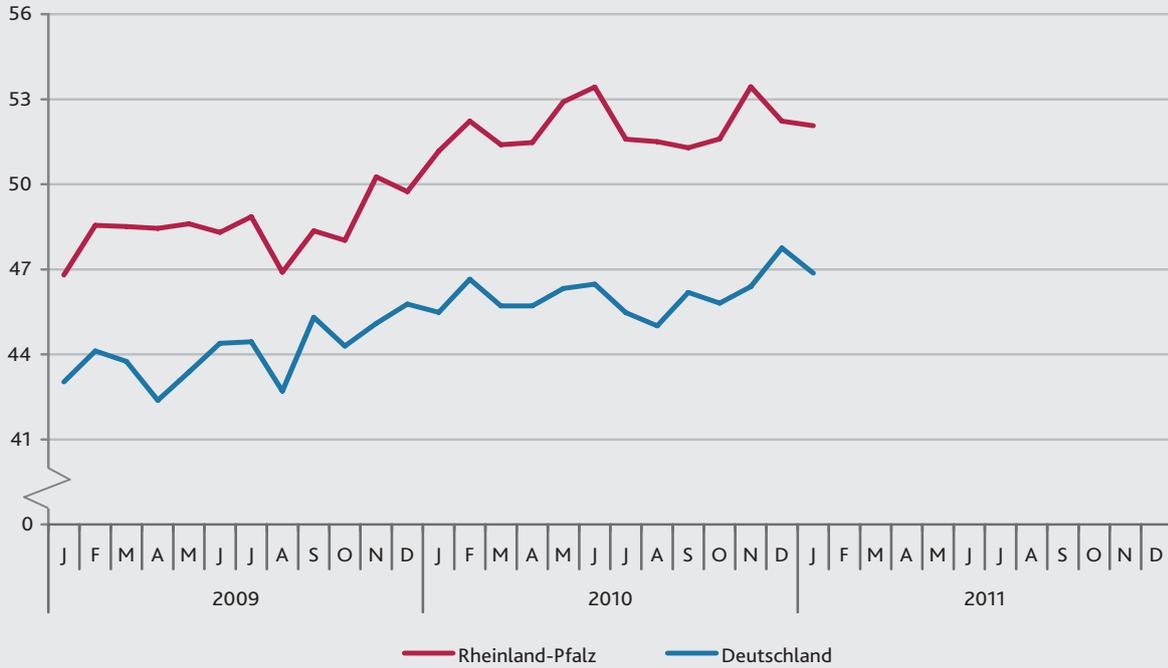
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>1)</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

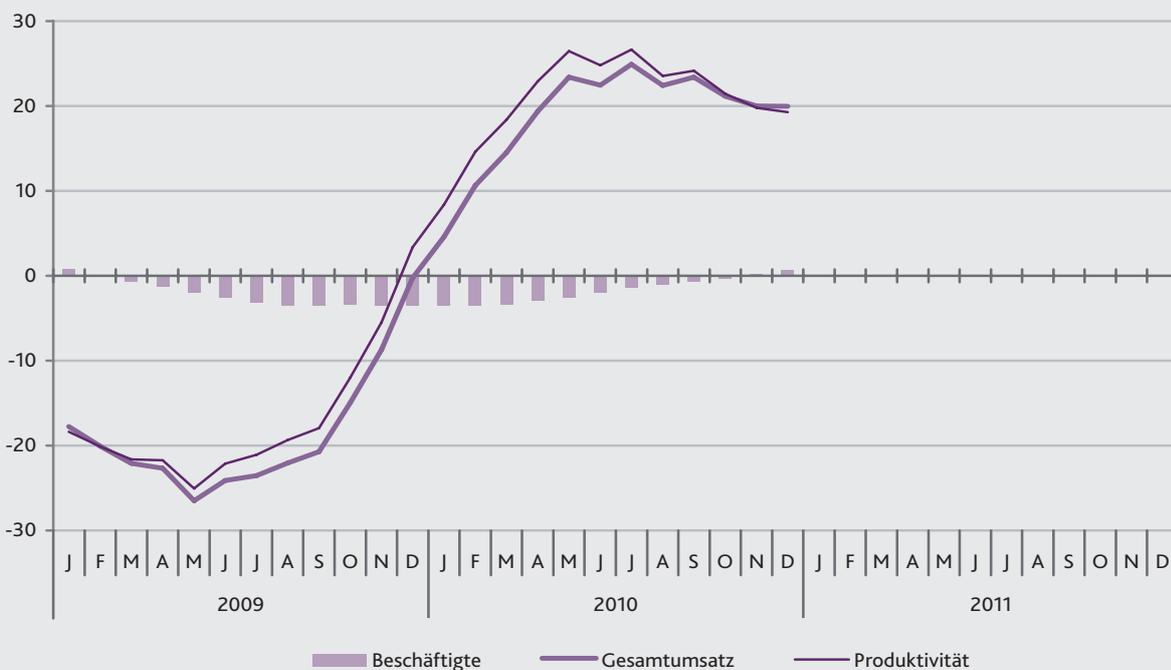
### Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



### Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität<sup>1)</sup> im verarbeitenden Gewerbe

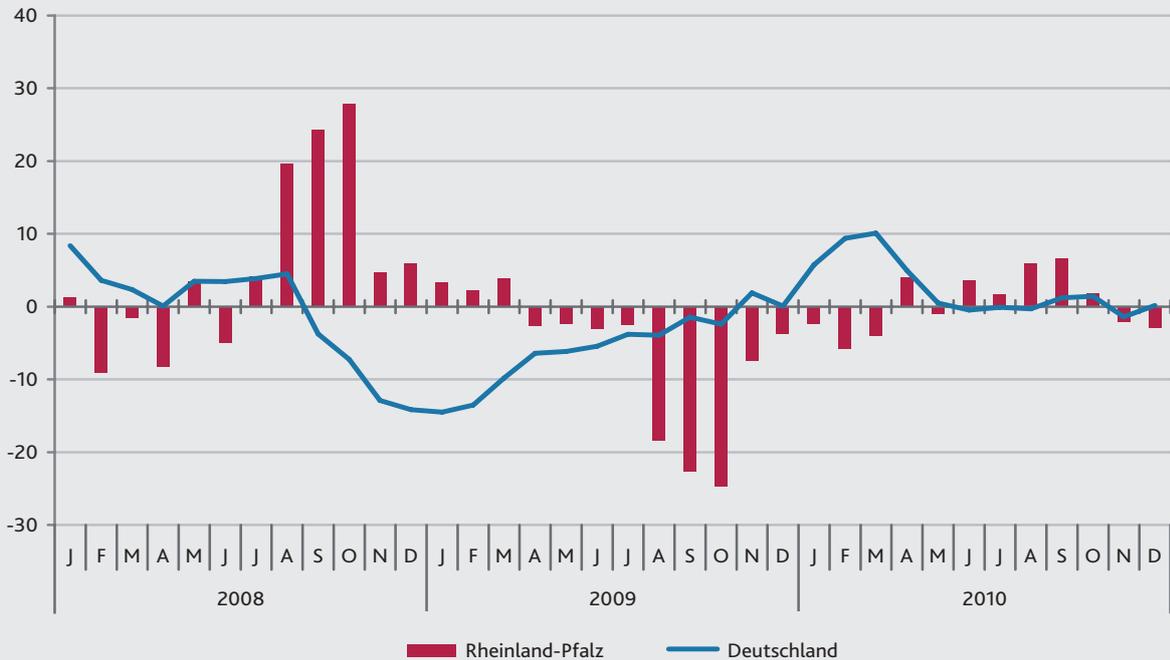
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>2)</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

### Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

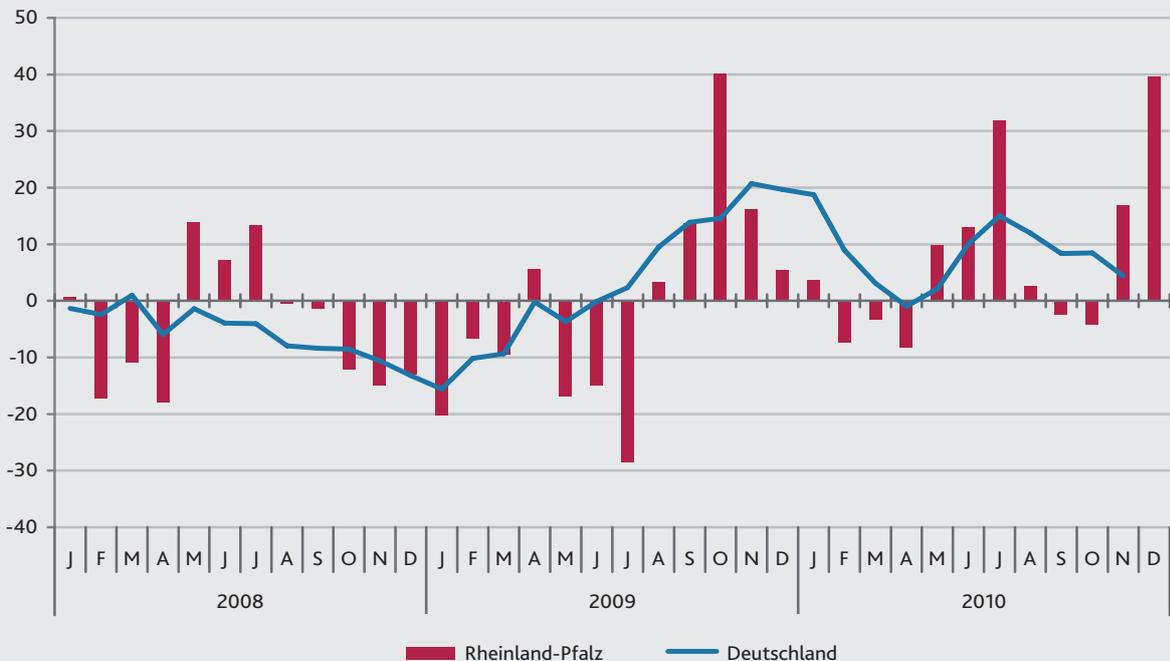
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>1)</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

### Baugenehmigungen<sup>1)</sup> in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

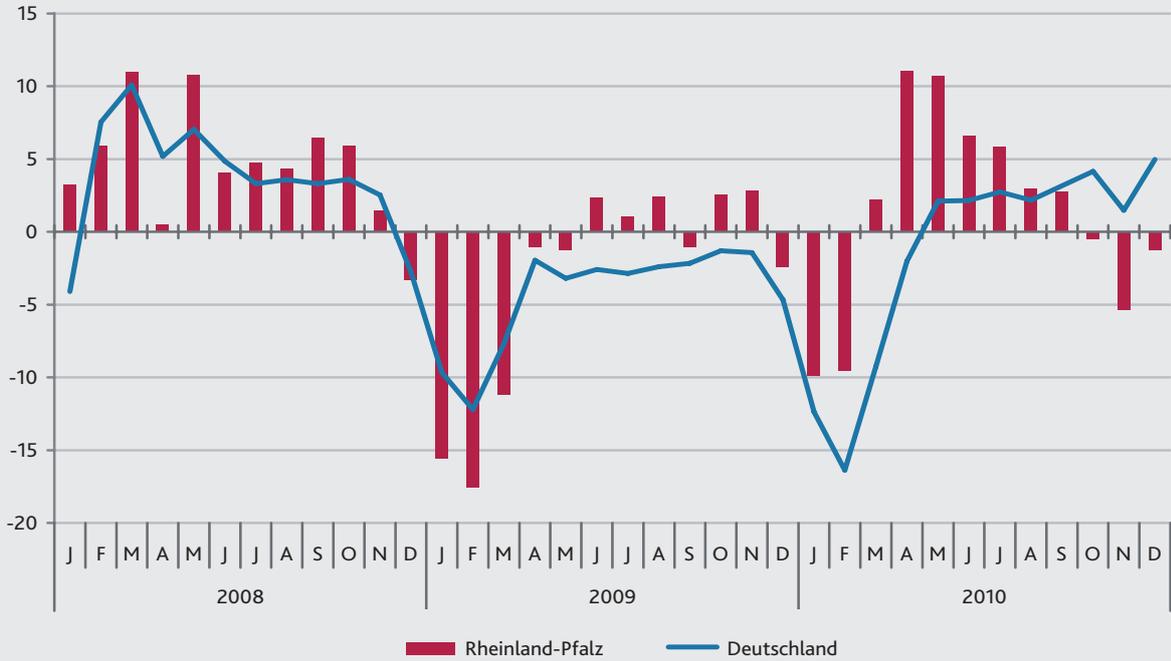
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>2)</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

### Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

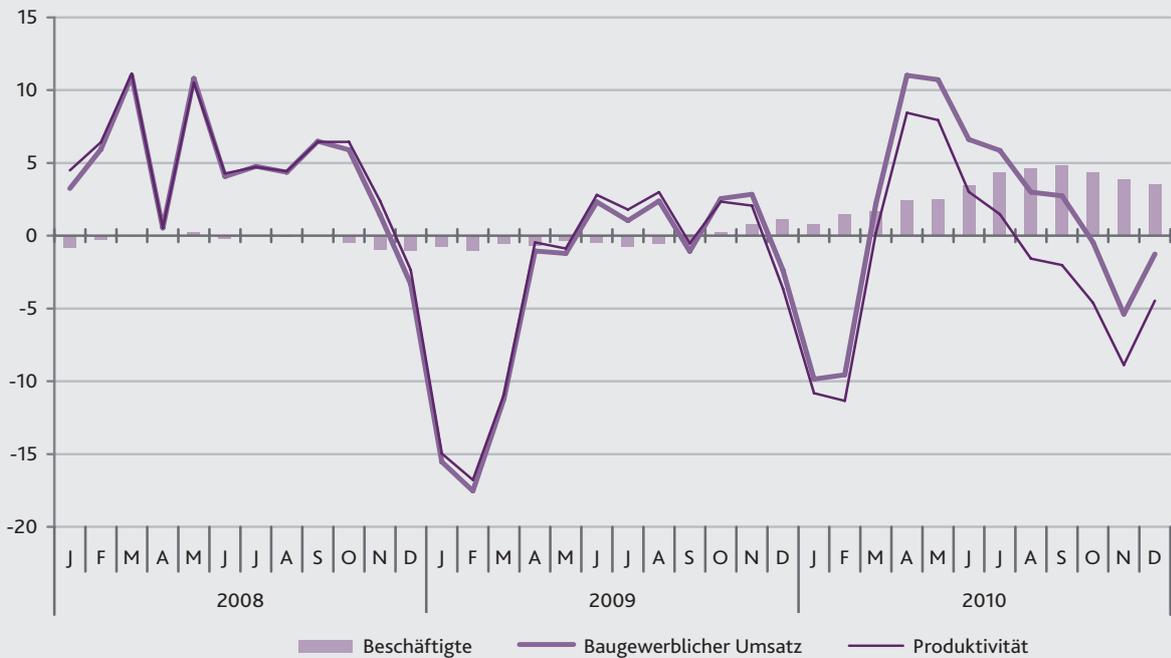
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>1)</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

### Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität<sup>1)</sup> im Bauhauptgewerbe

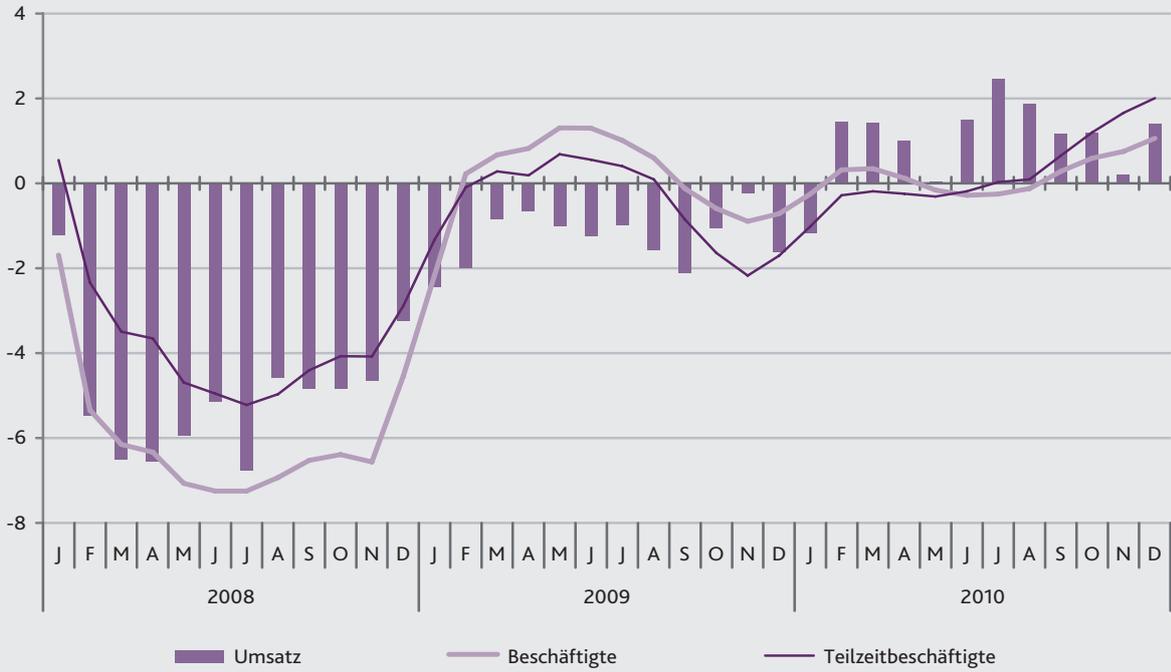
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>2)</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

### Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>1)</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

### Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

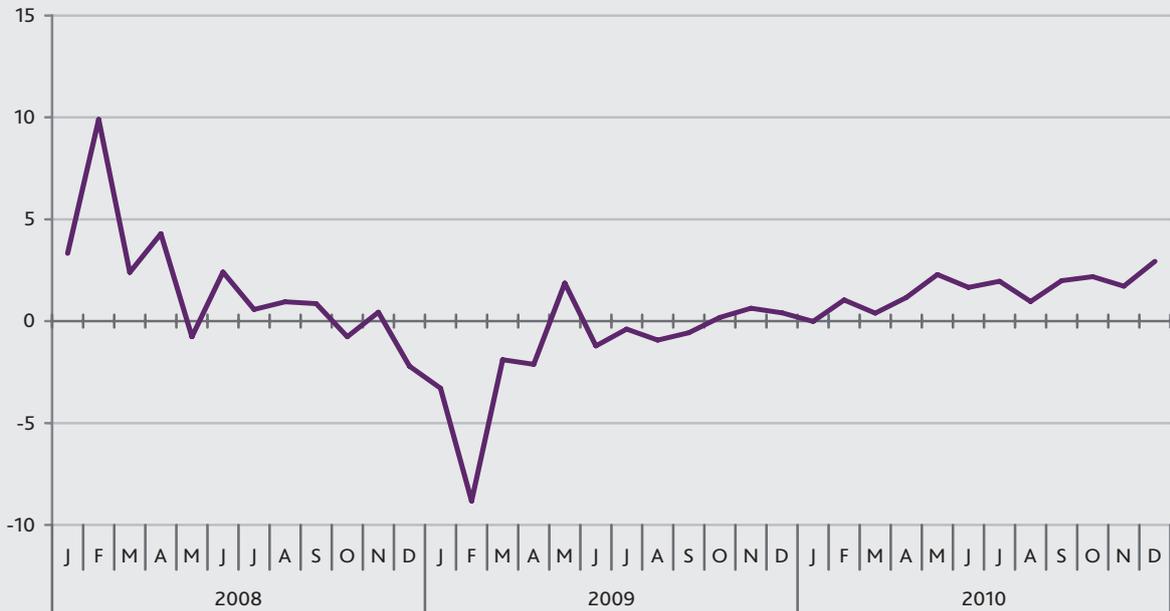
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>1)</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

### Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>1)</sup> – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

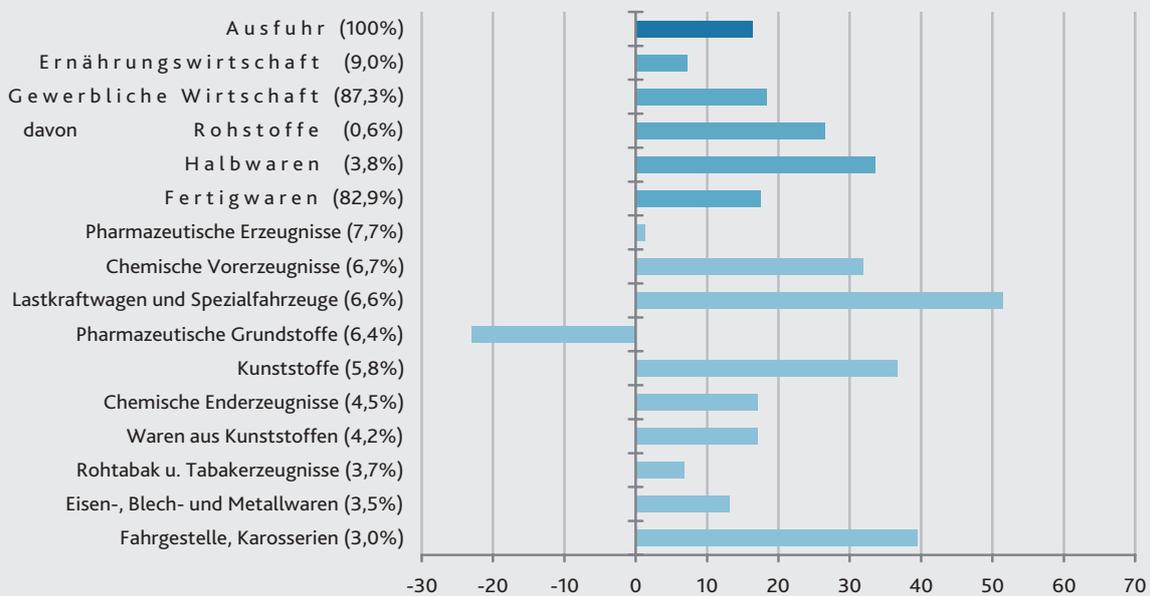
### Außenhandel<sup>1)</sup> in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte<sup>2)</sup> - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



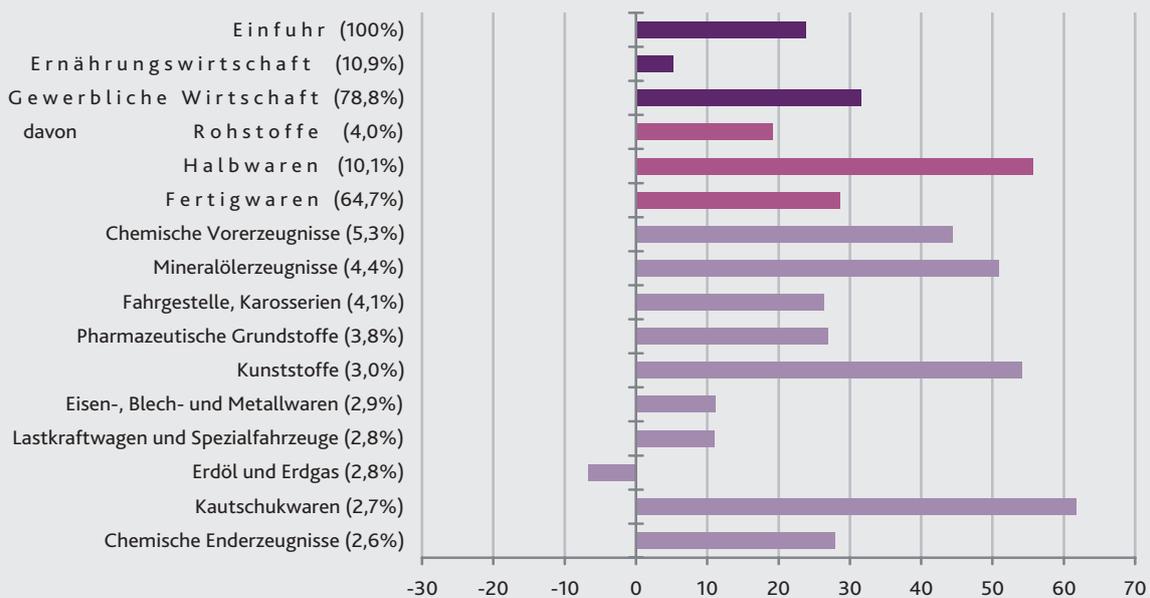
1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland. - 2) Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

**Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Januar 2010 bis Dezember 2010 nach Warengruppen<sup>1)</sup>**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



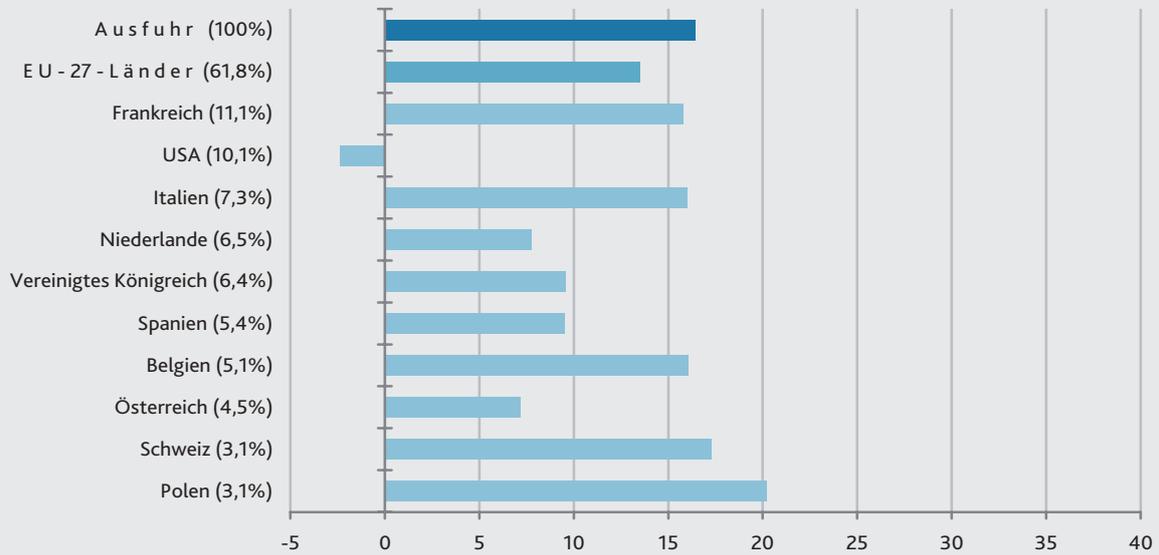
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

**Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Januar 2010 bis Dezember 2010 nach Warengruppen<sup>1)</sup>**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



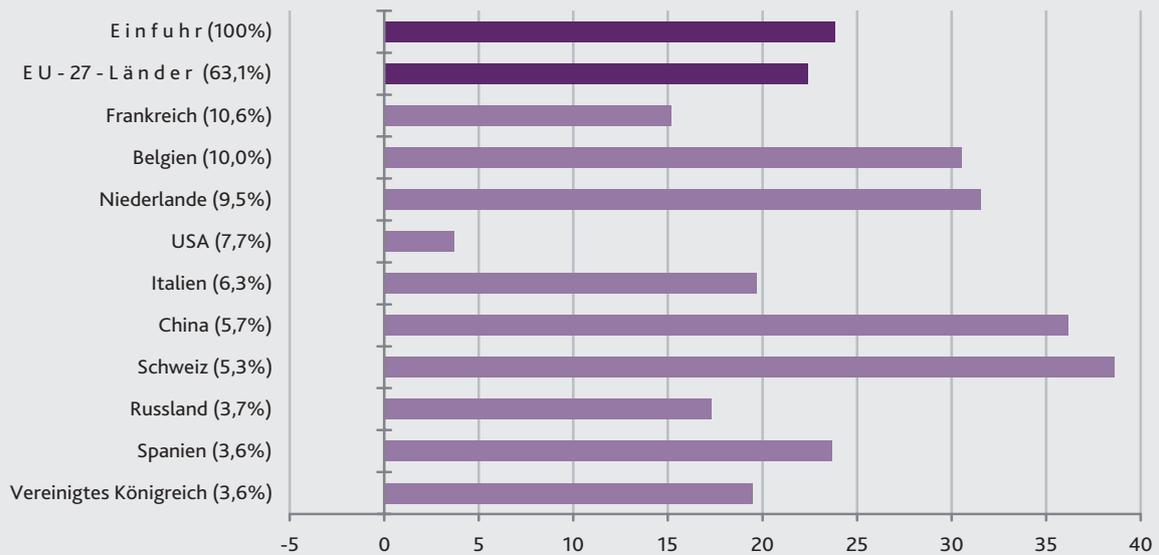
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

**Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Januar 2010 bis Dezember 2010 nach Bestimmungsländern<sup>1)</sup>**  
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

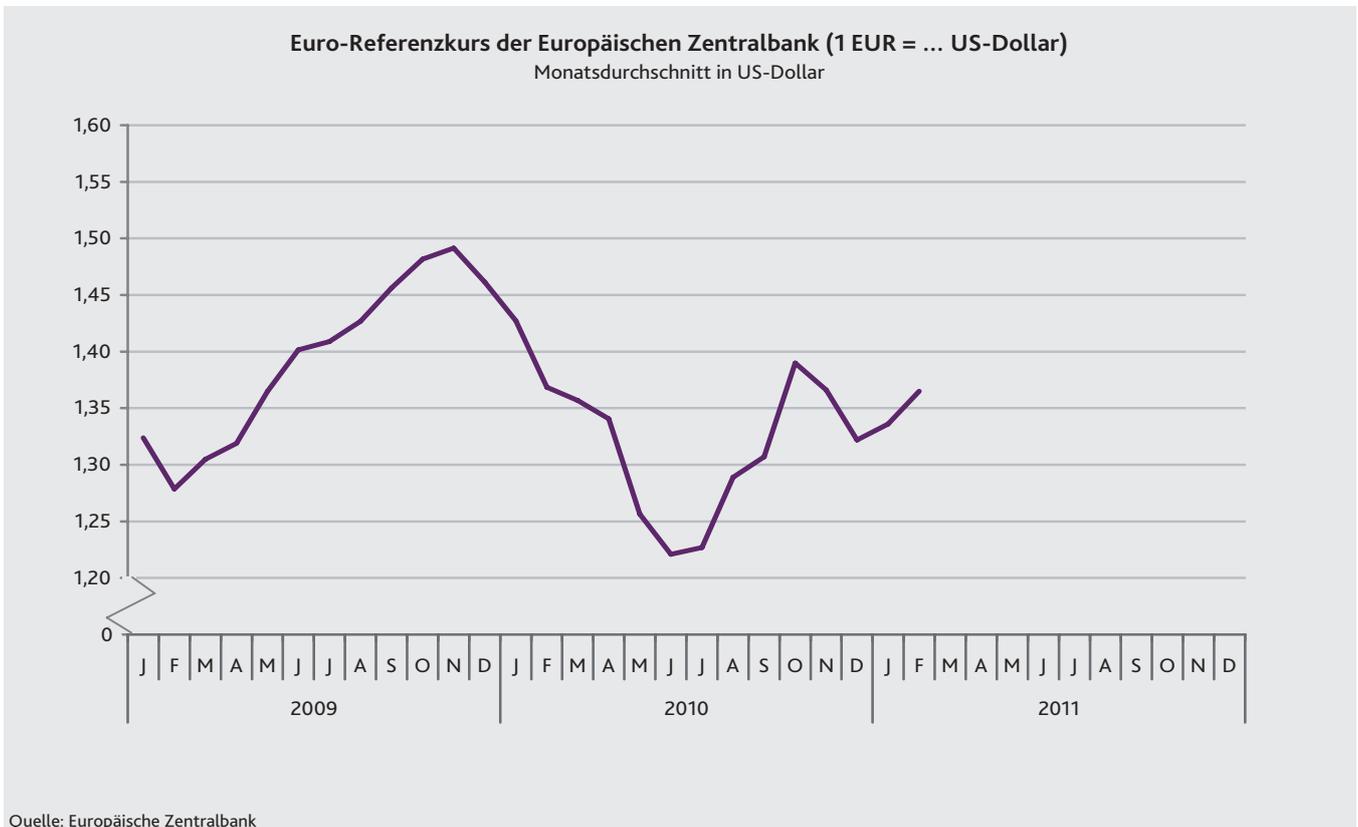
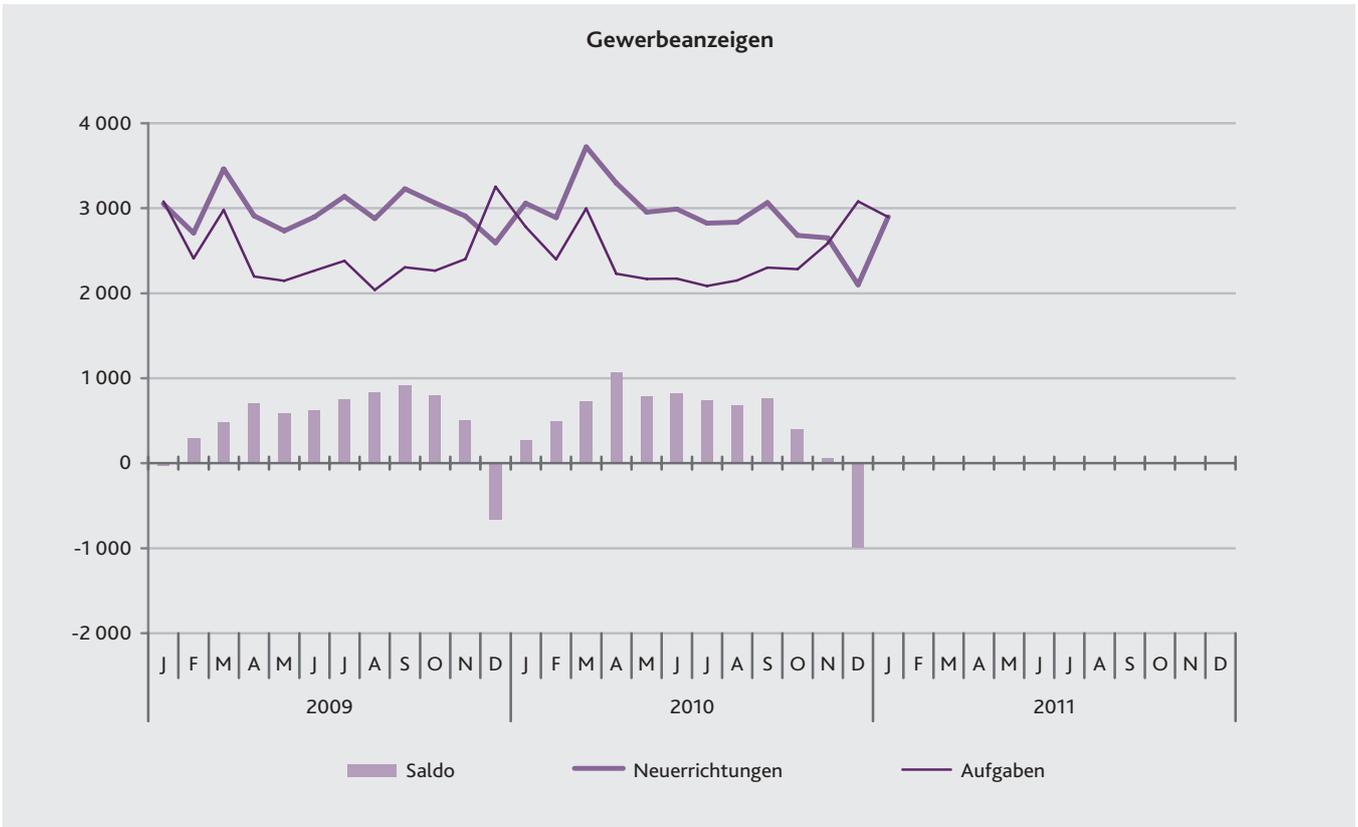


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

**Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Januar 2010 bis Dezember 2010 nach Herkunftsländern<sup>1)</sup>**  
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

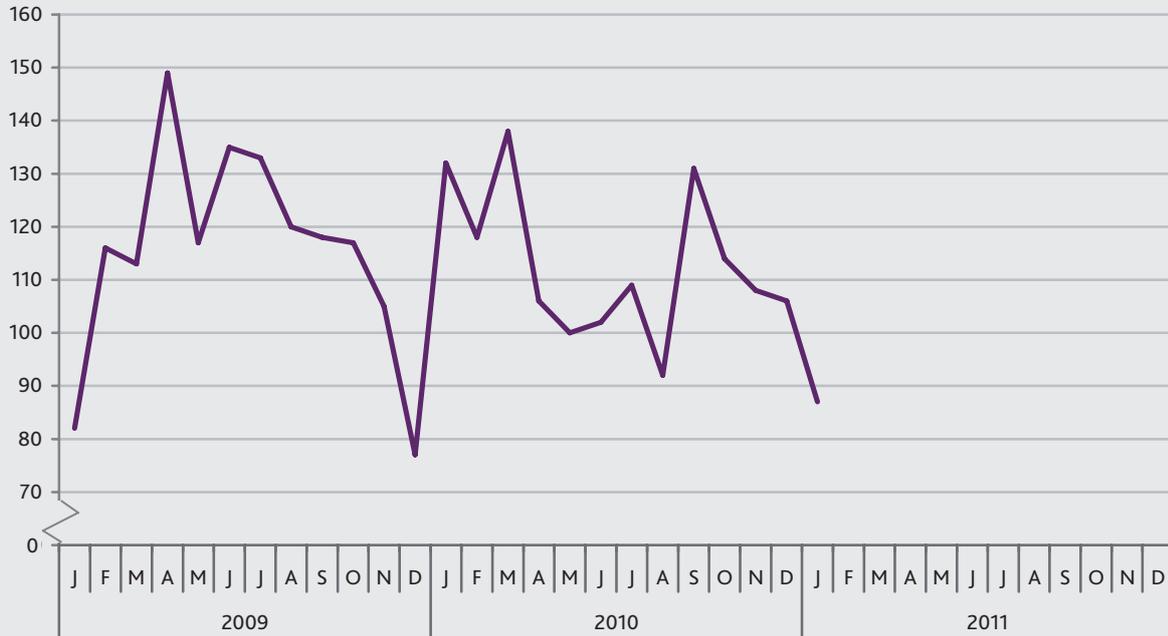


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.



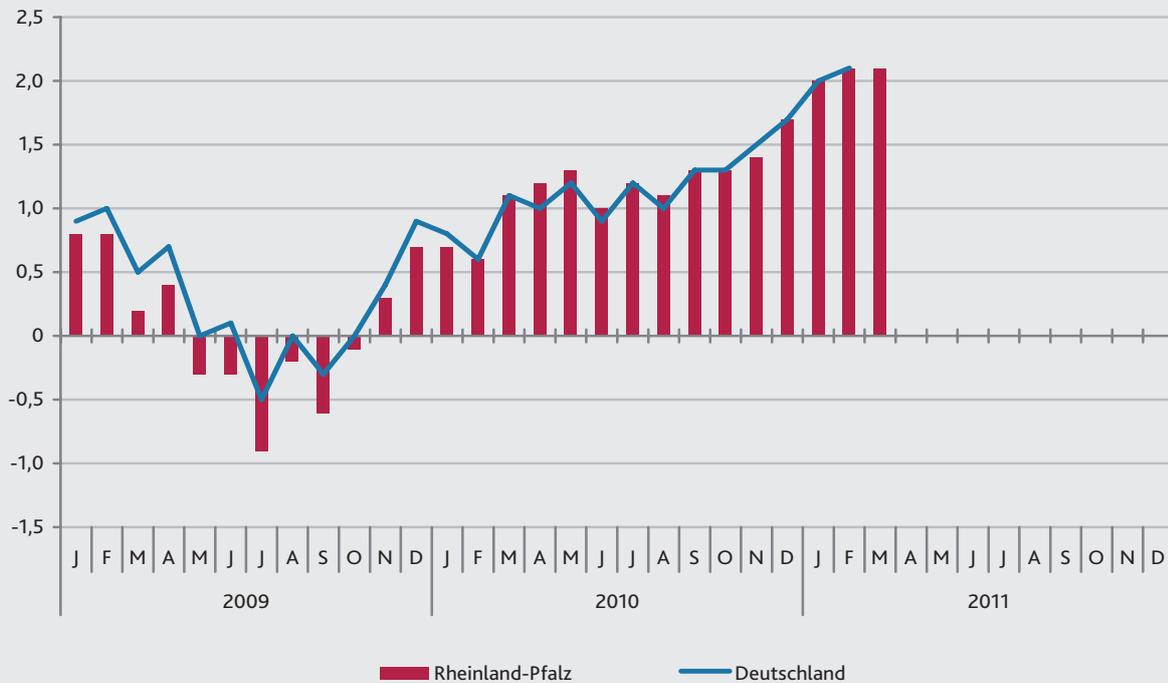
Quelle: Europäische Zentralbank

### Unternehmensinsolvenzen

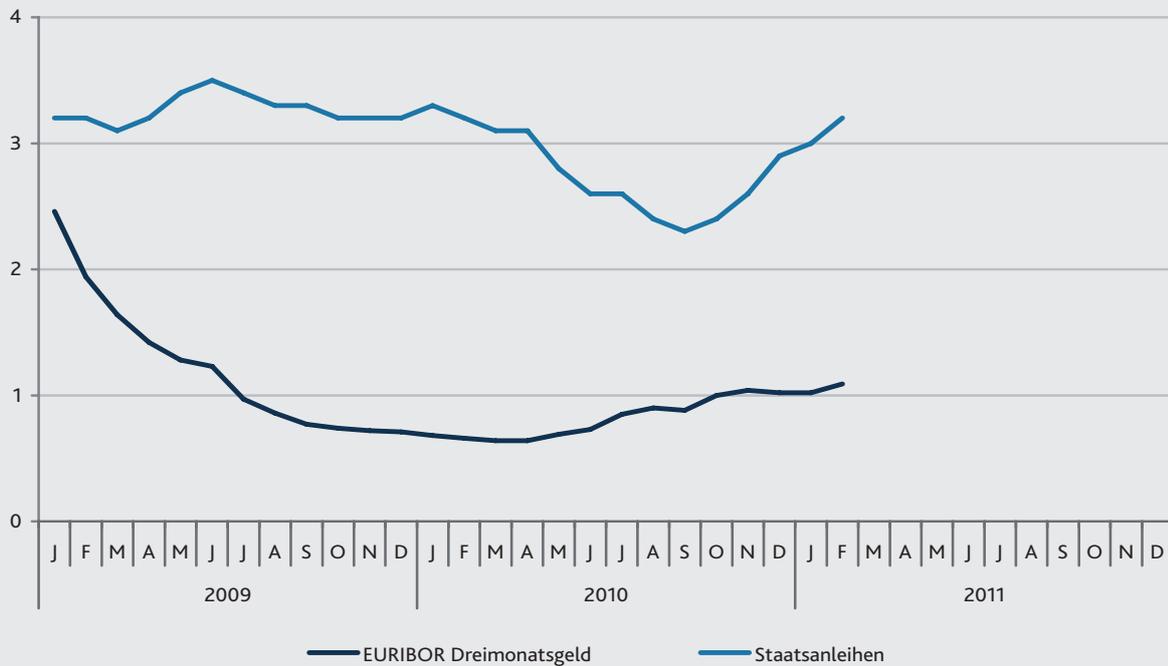


### Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

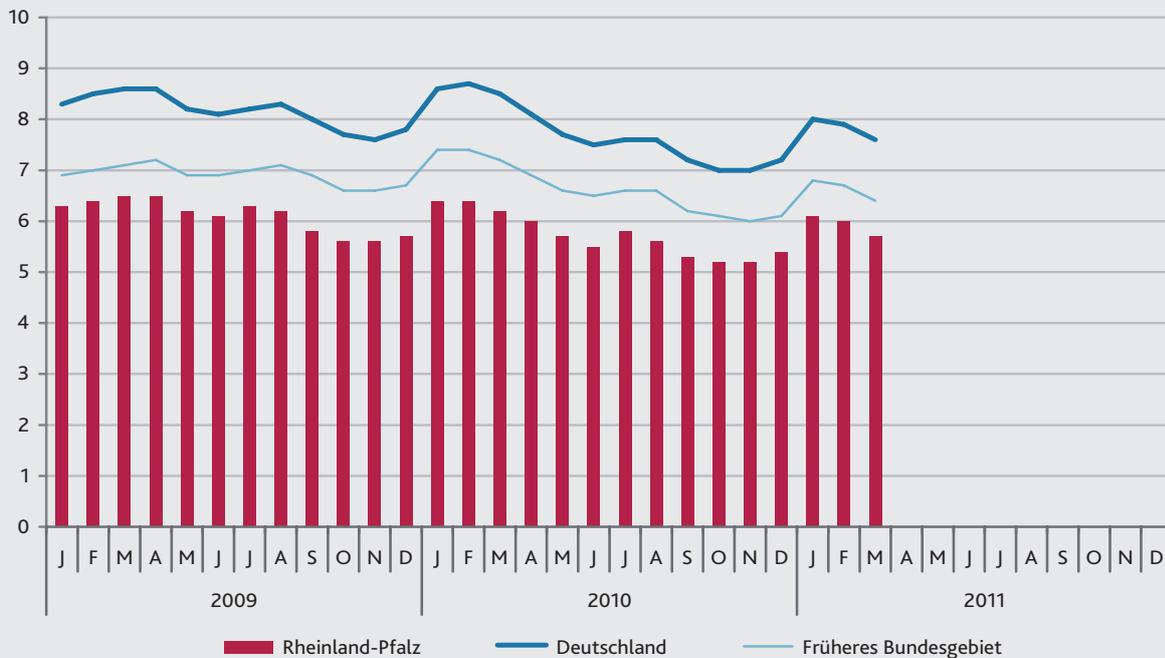


**Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit**  
 Monatsdurchschnitt in %



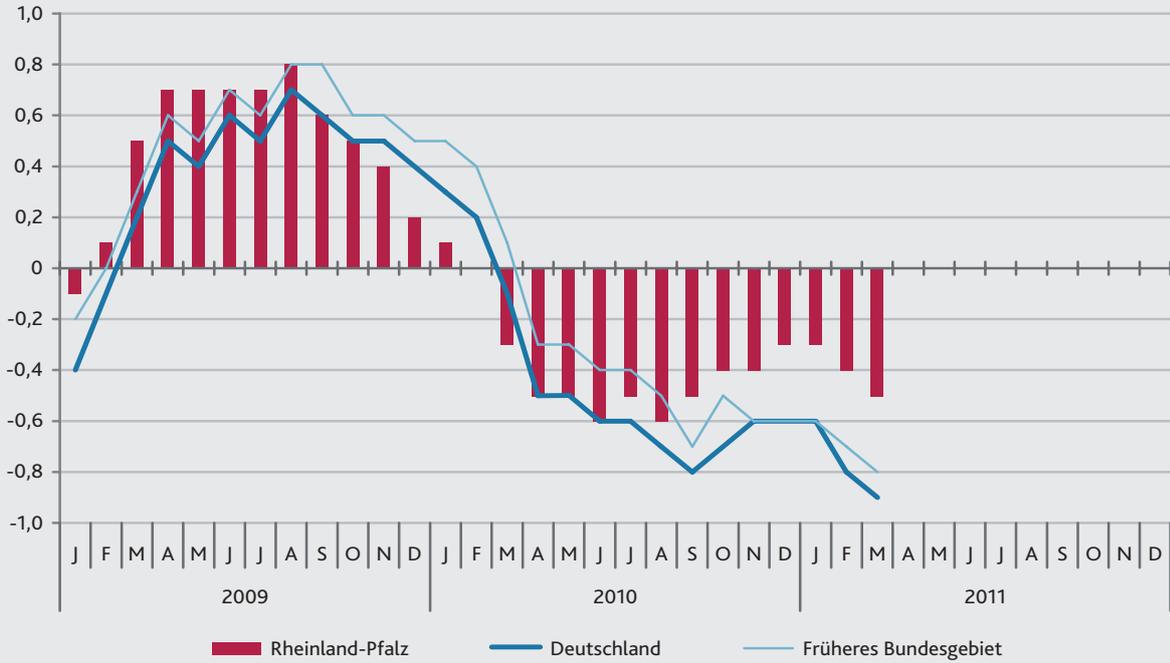
Quelle: Deutsche Bundesbank

**Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet**  
 Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



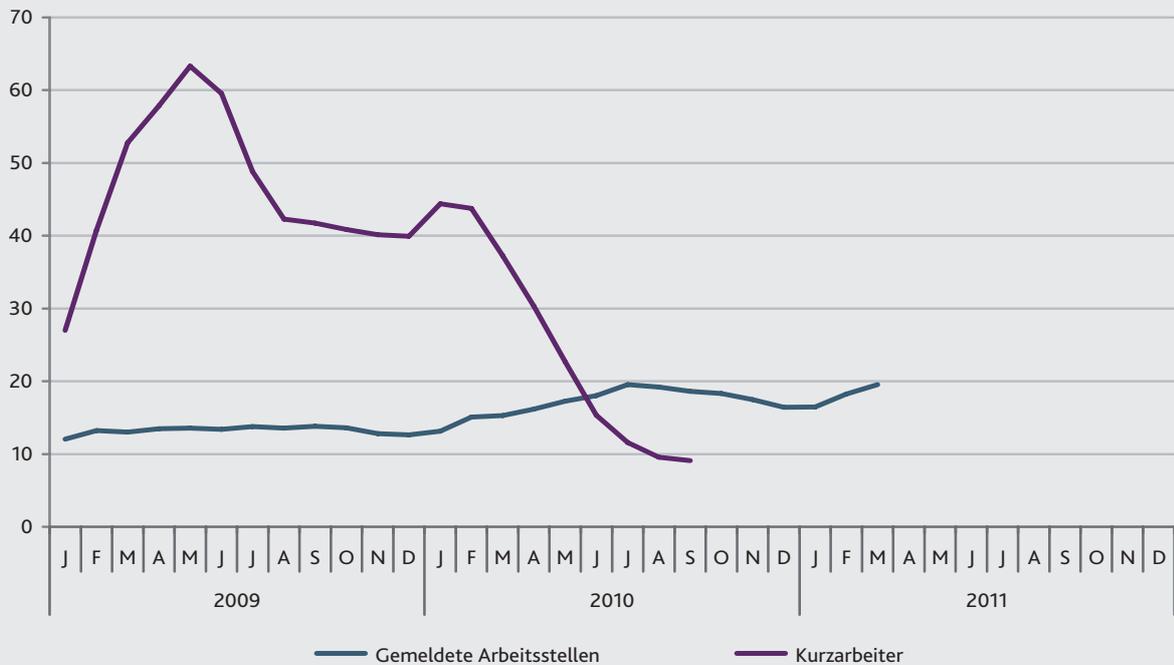
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



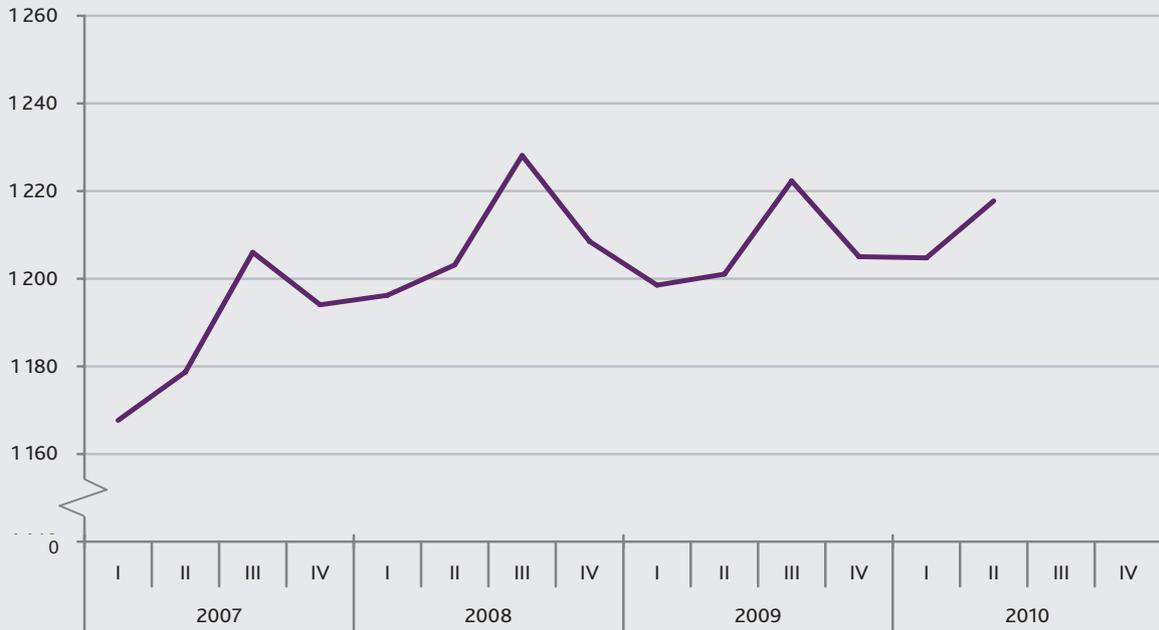
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter**  
in 1 000



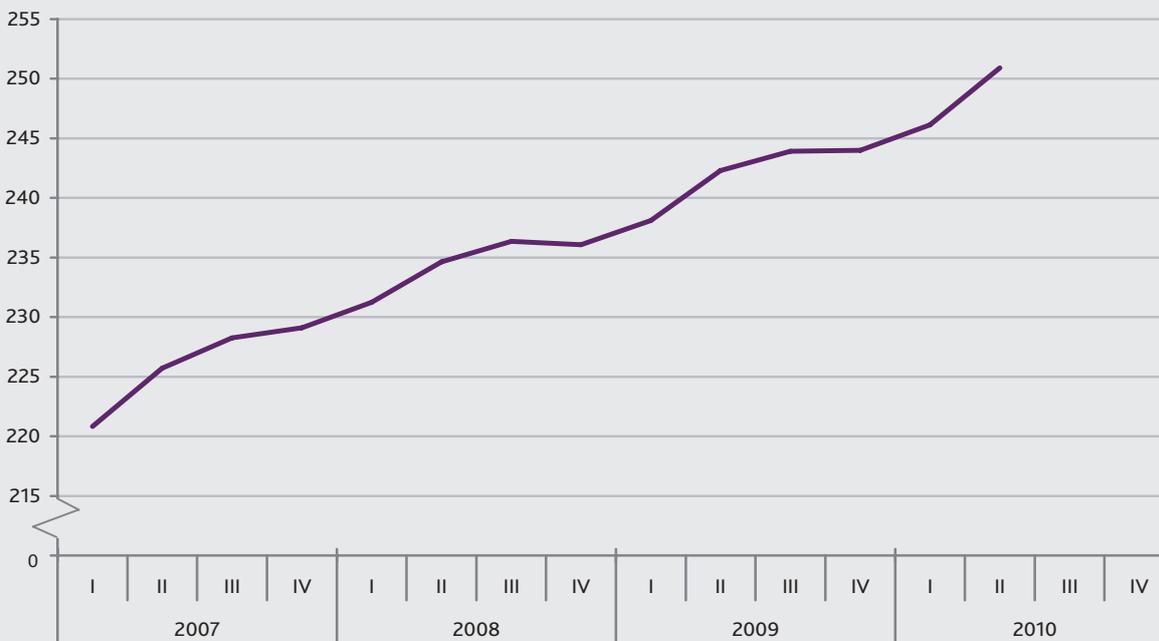
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort**  
in 1 000



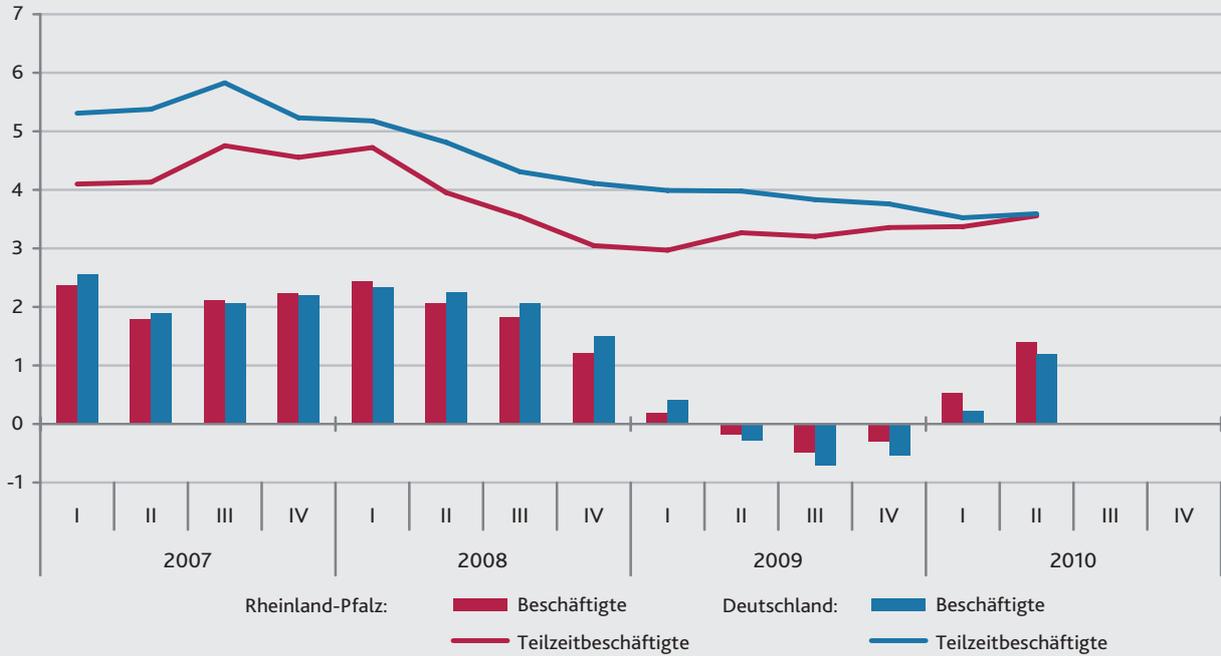
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort**  
in 1 000



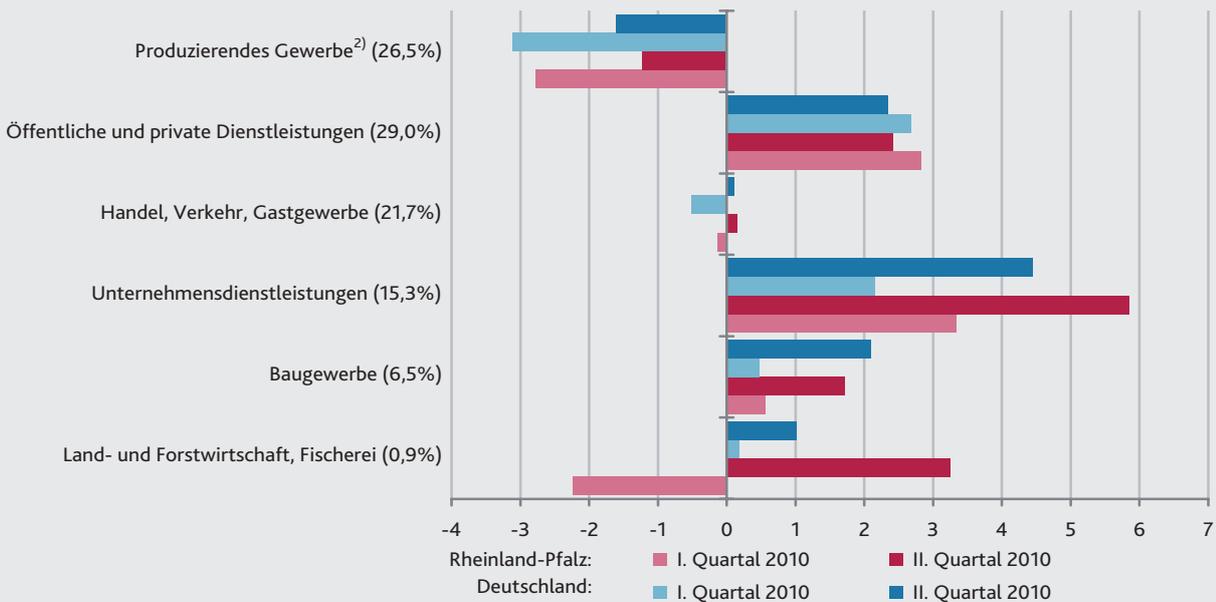
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

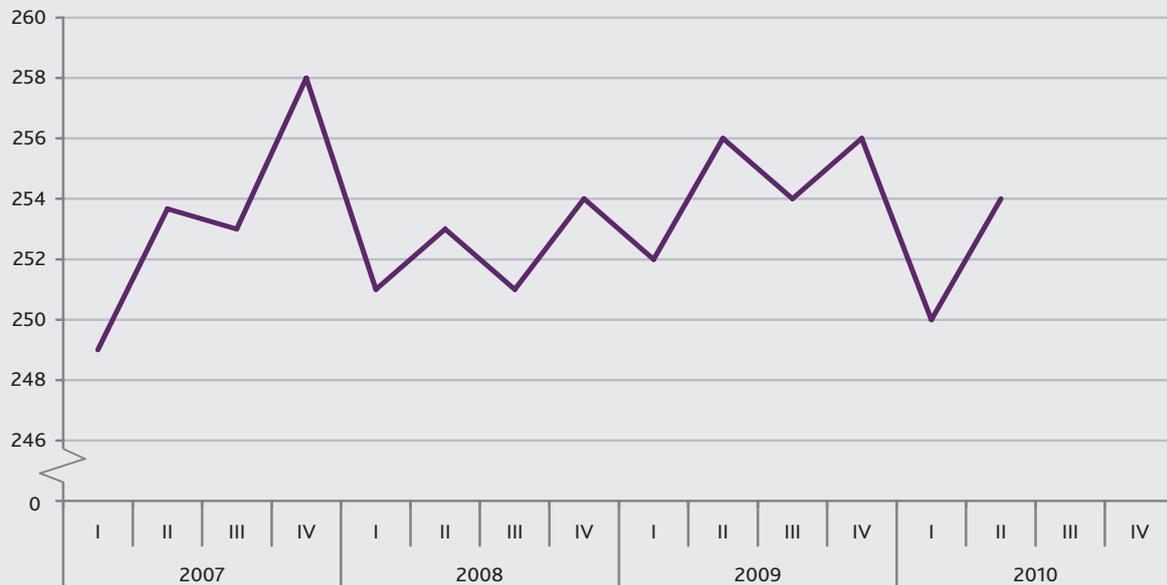
**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen<sup>1)</sup> in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2010. – 2) Ohne Baugewerbe.

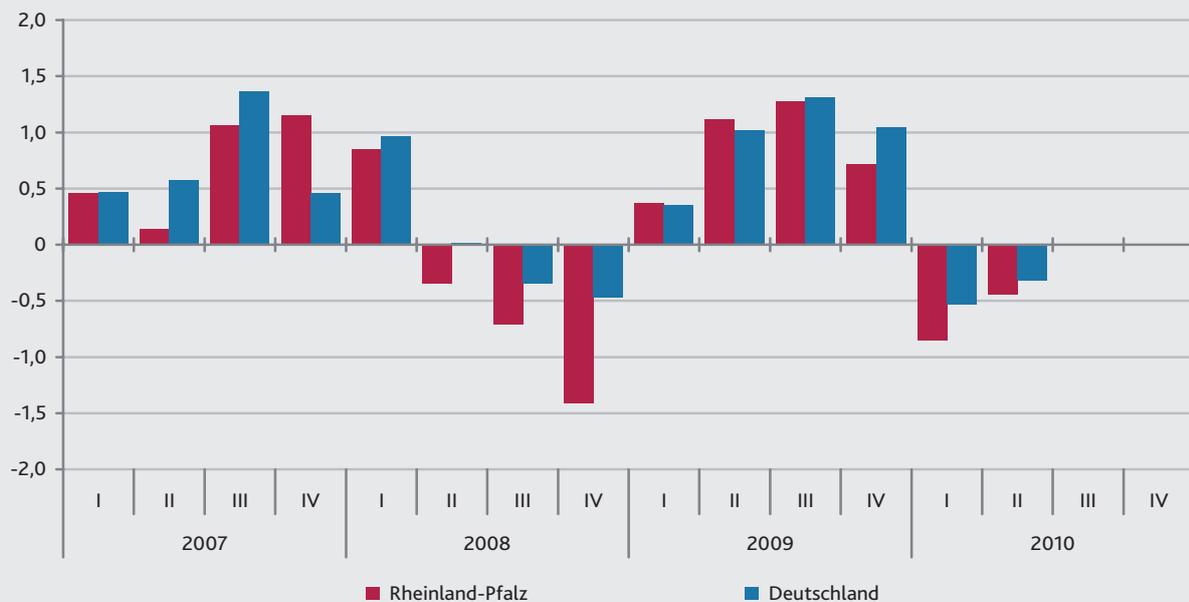
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte<sup>1)</sup> am Arbeitsort  
in 1 000



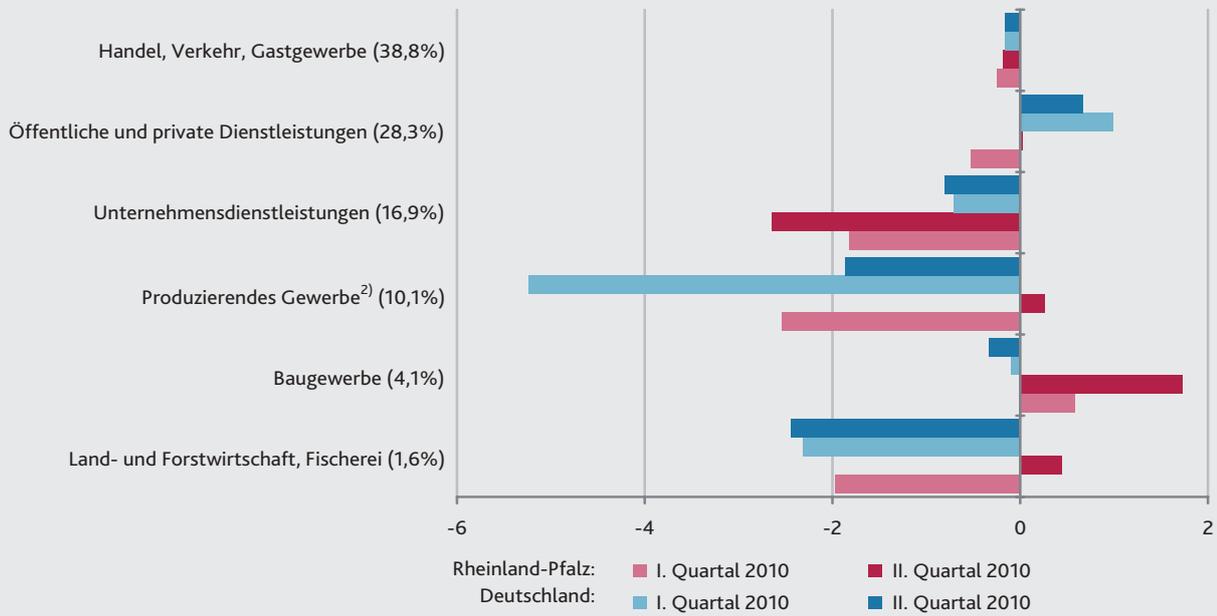
1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort  
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen<sup>1)</sup>  
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2010. – 2) Ohne Baugewerbe.  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 31. März 2011.

## Glossar

### Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (=  $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$ ) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

### Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

### Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

### Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

### Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

### Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

### Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

### Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig

zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

### Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

### EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

### Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

### Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

### Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeforderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

### Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neueröffnung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

### ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

### Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

### Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

### Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

### Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeord-

net, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

### Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Fer-

ner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

### Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

### Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung

von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

### Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

## Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



The image shows a close-up, slightly blurred view of a statistical table. The table consists of several rows and columns of numerical data. The numbers are printed in black on a light-colored background. The values range from approximately 60,000 to 150,000. The table is oriented diagonally, with the top-left corner being the most visible. The numbers are arranged in a grid-like pattern, with some rows having more columns than others. The overall appearance is that of a printed document, possibly a report or a data sheet.

20	129 151	130 933	131 842	132 751
752	134 121	128 083	127 942	127 801
6 058	126 824	133 450	129 432	129 391
134 628	134 545	157 264	153 520	153 479
157 811	157 827	111 776	110 138	110 097
113 466	113 035	80 756	77 082	77 041
87 007	84 980	63 568	61 924	61 883
65 282	64 829	77 648	76 004	75 963
78 320	78 146	92 396	90 752	90 711
95 409	94 429	125 873	124 229	124 188
	125 677	103 801	102 157	102 116
	87 027	69 000	67 356	67 315

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern \* gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

## Bevölkerung

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 028 <sup>1</sup>	4 013 <sup>1</sup>	4 016	4 016	4 014	4 007	4 006	4 006	4 005
darunter Ausländer <sup>2</sup>	1 000	308 <sup>1</sup>	306 <sup>1</sup>	307	308	307	308	309	309	309

## Natürliche Bevölkerungsbewegung<sup>3</sup>

* Eheschließungen <sup>4</sup>	Anzahl	1 672	1 656	2 431	1 608	1 066	2 759	2 003	1 996	996
* Lebendgeborene <sup>5</sup>	Anzahl	2 685	2 573	2 900	2 564	2 329	2 733	2 935	2 609	2 696
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,0	7,7	8,8	7,5	7,1	8,0	8,9	7,7	8,2
* Gestorbene (ohne Totgeborene) <sup>6</sup>	Anzahl	3 578	3 659	3 255	3 443	3 464	3 399	3 372	3 336	3 808
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,9	9,9	10,1	10,5	10,0	10,2	9,8	11,6
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene <sup>6</sup>	Anzahl	8	10	9	5	14	11	11	10	11
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	4,0	3,1	2,0	6,0	4,0	3,7	3,8	4,1
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 892	- 1 085	- 355	- 879	- 1 135	- 666	- 437	- 727	- 1 112
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,7	- 3,2	- 1,1	- 2,6	- 3,4	- 2,0	- 1,3	- 2,1	- 3,4

## Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 963	7 989	9 290	10 241	7 740	10 329	9 241	9 555	8 270
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 619	2 656	3 245	3 290	2 476	3 271	3 467	3 057	2 855
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 517	8 224	9 326	9 855	8 100	9 842	9 083	9 194	7 726
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 828	2 608	2 694	2 841	2 848	2 623	2 324	2 251	2 355
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	- 554	- 234	- 36	386	- 360	487	158	361	544
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>7</sup>	Anzahl	12 673	12 832	13 618	14 290	12 979	14 591	13 384	12 798	13 333

## Erwerbstätigkeit

### Beschäftigte<sup>8,9</sup>

	Einheit	2007	2008		2009			2010		
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort <sup>10</sup>	1 000	1 179	1 203	1 209	1 198	1 201	1 222	1 205	1 205	1 218
* Frauen	1 000	527	540	550	549	549	559	556	556	558

1 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 2 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4 Nach dem Ereignisort. – 5 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 10 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

**noch: Erwerbstätigkeit****Beschäftigte<sup>1,2</sup>**

	Einheit	2007	2008		2009			2010		
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
* Ausländer/-innen	1 000	73	77	73	74	76	77	71	74	78
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	226	235	236	238	242	244	244	246	251
* darunter Frauen	1 000	195	202	204	205	208	209	209	211	214
davon nach Wirtschaftsbereichen <sup>3</sup>										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	...	10	9	10	11	11	8	9	11
* produzierendes Gewerbe	1 000	...	411	412	407	404	409	401	398	402
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	...	263	265	263	264	269	264	262	265
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	...	185	179	175	176	181	177	181	187
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	...	333	344	344	345	352	354	354	353

**Arbeitsmarkt<sup>4</sup>**

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Arbeitslose	Anzahl	127 400	120 071	133 894	134 633	131 037	113 104	128 279	125 751	120 202
* Frauen	Anzahl	57 826	55 261	58 072	57 738	57 084	52 631	57 305	56 341	55 045
Männer	Anzahl	69 574	64 810	75 822	76 895	73 953	60 473	70 974	69 410	65 157
SGB III (Arbeitslosengeld I) <sup>5</sup>	Anzahl	52 957	46 835	56 580	57 732	53 949	42 881	51 464	49 604	44 834
SGB II (Arbeitslosengeld II) <sup>6</sup>	Anzahl	74 443	73 236	77 314	76 901	77 088	70 223	76 815	76 147	75 368
* Arbeitslosenquote <sup>7</sup>	%	6,1	5,7	6,4	6,4	6,2	5,4	6,1	6,0	5,7
* Frauen	%	6,0	5,7	6,0	5,9	5,9	5,4	5,9	5,8	5,6
* Männer	%	6,2	5,8	6,7	6,8	6,6	5,4	6,3	6,2	5,8
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	6,6	5,6	6,1	6,5	6,1	4,4	5,2	5,4	5,1
Jüngere von 15–20 Jahren	%	4,1	3,5	3,4	3,6	3,4	2,7	2,9	3,1	2,9
Ältere von 50–65 Jahren	%	6,2	6,0	6,5	6,5	6,4	6,1	6,9	6,7	6,5
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,4	6,4	6,7	6,7	6,7	6,5	7,3	7,1	6,9
* Ausländer/-innen	%	13,6	12,7	14,3	14,1	13,8	12,1	13,6	13,3	12,8
Deutsche	%	5,6	5,2	5,8	5,9	5,7	4,9	5,6	5,4	5,2
* Kurzarbeiter/-innen <sup>8</sup>	Anzahl	42 408	...	44 385	43 753	37 241	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen <sup>9</sup>	Anzahl	13 243	17 048	13 122	15 080	15 288	16 443	16 472	18 246	19 556

**Bautätigkeit****(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für  
Wohngebäude**

	Einheit	2008	2009		2010			2011		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	467	432	361	357	330	466	444	453	507
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	443	408	336	340	311	425	418	439	475

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes.

**noch: Bautätigkeit**  
 (Baugenehmigungen)

**Baugenehmigungen für Wohngebäude**

Einheit	2008	2009		2010				2011		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	467	432	361	357	330	466	444	453	507
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	2	-	1	...	7	1	3	8
Unternehmen	Anzahl	88	63	36	74	45	34	48	89	159
private Haushalte	Anzahl	376	366	325	282	285	425	395	361	340
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	642	627	535	529	497	714	729	620	831
* Umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	437	441	389	316	349	494	497	427	526
* Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	82	80	71	61	64	94	94	80	104
Wohnräume	Anzahl	3 532	3 434	2 986	2 487	2 784	3 762	3 707	3 259	4 175
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	107	111	99	83	88	132	129	113	131

**Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	133	106	111	101	107	146	124	125	74
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	14	10	10	21	11	22	15	24	9
Unternehmen	Anzahl	116	89	100	79	93	119	107	97	63
private Haushalte	Anzahl	3	2	1	1	3	5	2	4	2
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	22	9	4	7	99	45	9	12	109
* Umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	1 243	707	554	623	479	1 000	825	708	580
* Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	156	98	90	95	78	127	106	104	68
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	105	75	64	74	61	82	72	62	45

**Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	752	714	624	600	680	893	865	749	1 031
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	4 197	3 977	3 487	2 854	3 444	4 508	4 203	3 828	4 716

**Landwirtschaft**

	Einheit	2008	2009		2010				2011	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) <sup>1</sup>	t	10 686	10 468	11 405	10 458	10 473	11 185	11 883	10 503	10 578
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 520	2 406	3 043	2 569	2 158	2 678	3 296	2 473	2 340
darunter										
* Kälber <sup>2</sup>	t	18	13	15	35	8	12	18	24	7
* Jungrinder	t	...	11	25	13	6	15	24	15	28
* Schweine	t	8 094	8 001	8 261	7 805	8 287	8 457	8 486	7 973	8 200
* Eierzeugung <sup>3</sup>	1 000	9 727	8 738	7 207	6 629	7 848	14 180	15 316	15 443	12 952

**Produzierendes Gewerbe****Verarbeitendes Gewerbe sowie  
Bergbau und Gewinnung von  
Steinen und Erden<sup>4</sup>**

* Betriebe	Anzahl	1 038	1 039	1 039	1 039	1 010	1 005	1 007	1 007	984
* Beschäftigte <sup>5</sup>	Anzahl	248 154	242 777	240 709	239 791	237 608	241 307	241 377	240 922	240 158
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 786	29 376	30 708	27 520	29 086	31 003	32 438	29 351	31 081
* Entgelte <sup>6</sup>	Mill. EUR	884	852	1 100	839	793	822	1 076	874	835
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 485	5 209	5 630	5 431	4 958	6 497	6 926	6 338	5 957
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie <sup>7</sup>	Mill. EUR	3 413	2 805	3 068	2 771	2 954	3 657	3 954	3 352	3 497
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 932	1 285	1 371	1 525	945	1 644	1 707	1 775	1 309
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	107	96	120	99	84	118	120	98	90
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 033	1 023	1 072	1 036	975	1 079	1 146	1 112	1 062
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	1 804	1 499	1 671	1 635	1 677	1 978	2 240	1 941	1 926
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 083	598	694	665	463	932	928	856	674
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 244	2 526	2 830	2 702	2 537	3 352	3 701	3 310	3 101
Exportquote <sup>8</sup>	%	50,0	48,5	50,3	49,7	51,2	51,6	53,4	52,2	52,1
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	108,9	76,7	84,0	75,5	87,9	94,0	98,6	98,9	106,6
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	109,1	78,0	82,2	73,2	87,2	84,3	90,6	82,9	92,7
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	105,4	67,5	79,9	73,3	81,4	102,9	104,3	116,7	120,6

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeriern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

## noch: Produzierendes Gewerbe

### Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden<sup>1</sup>

Einheit	2008	2009		2010				2011		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	89,4	78,9	96,6	76,3	101,3	113,8	106,7	81,5	141,1
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	127,6	109,5	111,8	100,0	119,1	110,8	120,6	120,7	123,6
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2005=100	109,4	68,4	69,5	63,4	73,3	70,1	76,0	70,7	76,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	93,1	54,0	58,8	59,0	77,5	96,3	93,9	97,0	116,2

### Energie- und Wasserversorgung

* Betriebe <sup>2,3</sup>	Anzahl	111	116	115	115	163	163	163	163	167
* Beschäftigte <sup>2,3,4</sup>	Anzahl	9 943	10 014	10 023	10 044	9 468	9 477	9 467	9 464	9 460
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>2,3</sup>	1 000 h	1 261	1 272	1 350	1 179	1 188	1 193	1 282	1 152	1 229
* Bruttoentgeltsumme <sup>2,3</sup>	Mill. EUR	35	36	50	34	31	42	50	36	34
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung <sup>5</sup>										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	759	567	571	549	637	475	491	531	...
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	743	551	554	534	617	462	478	516	...

### Baugewerbe<sup>6</sup> Bauhauptgewerbe<sup>7</sup>

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	36 466	36 362	36 733	36 378	35 525	38 344	38 005	37 515	36 953
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 647	3 479	3 869	2 812	1 452	4 282	4 033	2 102	2 563
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 419	1 291	1 509	1 137	577	1 605	1 536	843	1 059
* gewerblicher Bau <sup>8</sup>	1 000 h	929	877	898	709	441	992	971	624	686
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 298	1 311	1 462	966	434	1 685	1 526	635	818
darunter Straßenbau	1 000 h	664	653	720	451	148	866	778	221	330
* Entgelte <sup>9</sup>	Mill. EUR	84	83	102	84	63	90	106	80	74

1 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 9 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme.

noch: Baugewerbe<sup>1</sup>Bauhauptgewerbe<sup>2</sup>

Einheit	2008	2009		2010				2011		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	363	355	444	436	146	403	446	381	186
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	113	103	133	125	46	115	132	112	67
* gewerblicher Bau <sup>3</sup>	Mill. EUR	105	102	113	113	42	106	116	107	47
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	145	150	198	198	57	182	198	162	72
darunter Straßenbau	Mill. EUR	66	74	111	98	25	94	102	59	30

Ausbaugewerbe  
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)<sup>4</sup>

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.		
Betriebe <sup>5</sup>	Anzahl	312	358	357	358	359	364	362	362	361
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) <sup>5</sup>	Anzahl	11 985	13 063	13 024	13 085	12 990	13 076	13 228	13 443	13 326
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 819	4 210	4 129	4 324	4 392	4 101	4 316	4 449	4 474
* Entgelte <sup>6</sup>	Mill. EUR	83	90	88	90	97	86	95	93	101
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	311	330	306	329	436	258	328	348	439

Handel<sup>7</sup>Großhandel<sup>8</sup>

Einheit	2008	2009		2010				2011		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Beschäftigte	2005=100	123,6	118,2	117,7	117,0	115,2	118,9	119,2	118,3	118,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	115,1	116,7	115,1	115,3	116,9	119,4	120,4	118,6	117,2
* Umsatz nominal <sup>9</sup>	2005=100	119,9	105,7	111,3	103,8	87,7	120,9	119,2	113,1	99,7
* Umsatz real <sup>9</sup>	2005=100	108,7	100,6	105,8	98,4	82,3	108,3	106,9	99,9	88,7

Einzelhandel<sup>10</sup>

* Beschäftigte	2005=100	106,0	106,3	106,8	106,9	105,7	107,5	107,6	107,7	107,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	108,3	107,9	108,2	108,5	107,0	109,5	110,2	110,2	109,8
* Umsatz nominal <sup>9</sup>	2005=100	111,2	109,3	109,3	129,0	97,1	116,2	114,2	129,7	100,5
* Umsatz real <sup>9</sup>	2005=100	107,7	106,5	106,9	126,3	95,0	112,3	110,1	125,3	97,4

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8 Einschließlich Handelsvermittlung. – 9 Ohne Umsatzsteuer. – 10 Einschließlich Tankstellen.

**noch: Handel<sup>1</sup>**
**Kfz-Handel<sup>P, 2</sup>**

	Einheit	2008	2009			2010				2011
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Beschäftigte	2005=100	102,9	105,7	106,5	105,8	105,3	106,4	106,2	106,3	106,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	115,1	124,3	125,8	124,9	126,9	126,7	126,9	127,5	127,3
* Umsatz nominal <sup>3</sup>	2005=100	94,1	94,0	91,8	79,3	70,8	102,7	100,6	90,1	81,9
* Umsatz real <sup>3</sup>	2005=100	90,6	89,7	87,5	75,7	67,5	97,1	95,1	85,3	77,5

**Gastgewerbe<sup>P</sup>**

* Beschäftigte	2005=100	105,1	103,8	102,9	101,9	97,7	108,5	102,6	101,6	99,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	111,5	113,1	111,1	111,3	107,7	117,0	111,1	110,6	107,9
* Umsatz nominal <sup>3</sup>	2005=100	102,8	98,7	86,6	95,5	70,3	118,0	90,5	93,5	75,1
* Umsatz real <sup>3</sup>	2005=100	96,6	92,7	81,3	89,2	64,6	107,0	82,5	85,1	68,5

**Tourismus<sup>4</sup>**

* Gästeankünfte	1 000	621	620	473	404	301	839	503	399	330
*  darunter von Auslandsgästen	1 000	148	150	103	106	59	171	106	97	65
* Gästeübernachtungen	1 000	1 686	1 678	1 155	1 070	806	2 220	1 220	1 042	867
*  darunter von Auslandsgästen	1 000	427	437	258	281	136	463	270	253	155

**Verkehr**
**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden <sup>5</sup>	Anzahl	2 017	1 950	2 061	1 967	1 884	2 172	1 938	2 050	1 801
*  darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 331	1 293	1 348	1 229	1 096	1 525	1 274	1 279	912
* Getötete Personen	Anzahl	19	19	17	9	20	26	24	21	5
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	10	11	10	5	15	9	9	15	5
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	1	1	-	10	8	3	-
Radfahrer	Anzahl	2	1	3	-	-	4	2	-	-
Fußgänger	Anzahl	3	2	1	2	5	-	3	2	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 738	1 682	1 806	1 619	1 404	1 983	1 681	1 710	1 200

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung).

## noch: Verkehr

## Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	329	313	315	252	230	390	297	290	175
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	147	140	166	151	125	170	137	163	115
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	82	79	53	35	21	103	78	35	8
Radfahrer	Anzahl	47	48	37	19	27	57	43	29	10
Fußgänger	Anzahl	35	32	27	37	49	45	27	43	36

Kraftfahrzeuge<sup>1</sup>

	Einheit	2008	2009		2010				2011	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 408	16 398	13 297	10 162	9 056	11 769	11 929	11 468	10 375
darunter										
Krafträder	Anzahl	835	693	218	122	144	290	145	99	191
* Personenkraftwagen <sup>2</sup>	Anzahl	10 243	14 675	12 150	9 134	8 043	10 141	10 496	9 934	8 909
* Lastkraftwagen	Anzahl	929	716	748	621	665	964	973	1 017	863
Zugmaschinen	Anzahl	314	248	128	207	164	305	231	335	334

## Personenbeförderung

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 125	61 778	63 399	54 542	63 669	57 395	54 306	46 268	55 011
Personenkilometer <sup>3</sup>	Mill.	577	574	581	499	629	539	535	455	589

## Binnenschifffahrt

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Gütereingang	1 000 t	1 158	985	860	1 009	958	1 220	1 223	1 268	1 132
* Güterversand	1 000 t	945	834	825	935	794	969	975	984	737

Außenhandel<sup>4</sup>Ausfuhr (Spezialhandel)<sup>5</sup>

* Insgesamt	Mill. EUR	3 753	2 885	3 042	3 116	2 700	3 605	3 645	3 639	3 294
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	256	265	287	257	243	284	313	303	272
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 328	2 584	2 712	2 815	2 414	3 208	3 218	3 223	2 942

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

**noch: Außenhandel<sup>1</sup>****Ausfuhr (Spezialhandel)<sup>2</sup>**

Einheit	2008	2009			2010					
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Rohstoffe	Mill. EUR	20	18	17	18	17	24	22	20	20
* Halbwaren	Mill. EUR	149	111	114	117	105	168	157	164	152
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 159	2 455	2 582	2 680	2 292	3 015	3 039	3 040	2 770
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 009	787	793	982	637	928	909	901	784
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 150	1 667	1 789	1 698	1 655	2 087	2 130	2 138	1 986
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 678	2 002	2 170	2 005	1 853	2 522	2 634	2 565	2 255
* darunter in EU-Länder <sup>3</sup>	Mill. EUR	2 338	1 766	1 909	1 755	1 650	2 177	2 283	2 220	1 965
Belgien	Mill. EUR	190	145	158	144	136	185	184	167	190
Luxemburg	Mill. EUR	49	44	45	43	37	57	55	55	55
Dänemark	Mill. EUR	50	33	34	33	26	41	37	36	34
Finnland	Mill. EUR	31	22	22	21	21	27	29	24	26
Frankreich	Mill. EUR	413	321	336	336	297	378	399	389	352
Griechenland	Mill. EUR	44	32	41	36	27	31	31	33	21
Großbritannien	Mill. EUR	237	184	201	185	176	226	240	241	183
Irland	Mill. EUR	13	8	7	7	7	8	9	9	8
Italien	Mill. EUR	265	211	237	212	191	255	267	278	216
Niederlande	Mill. EUR	228	185	186	175	182	210	247	223	213
Österreich	Mill. EUR	153	126	134	126	116	160	148	144	128
Schweden	Mill. EUR	66	41	48	46	43	69	72	62	52
Spanien	Mill. EUR	215	157	167	159	144	173	179	188	179
Portugal	Mill. EUR	27	18	17	17	32	22	25	23	19
* Afrika	Mill. EUR	83	76	89	82	72	103	83	83	84
* Amerika	Mill. EUR	542	406	354	590	328	446	417	389	388
darunter nach USA	Mill. EUR	418	296	232	473	205	253	257	233	219
* Asien	Mill. EUR	418	373	405	410	411	500	479	570	536
darunter nach China	Mill. EUR	76	85	97	98	89	123	115	171	150
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	33	28	24	29	36	33	32	31	32

**Einfuhr (Generalhandel)<sup>2</sup>**

* Insgesamt	Mill. EUR	2 236	1 809	1 862	1 857	1 767	2 439	2 381	2 504	2 302
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	196	206	200	174	211	202	217	232	207
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	1 860	1 507	1 583	1 605	1 485	2 062	1 985	2 080	1 950
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	105	76	75	73	80	92	48	110	118
* Halbwaren	Mill. EUR	278	184	158	193	173	289	269	328	281
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 477	1 248	1 350	1 338	1 232	1 682	1 668	1 642	1 551

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel<sup>1</sup>Einfuhr (Generalhandel)<sup>2</sup>

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	401	332	386	365	376	480	477	474	444
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 076	916	965	974	855	1 202	1 191	1 168	1 107
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 703	1 317	1 406	1 407	1 327	1 762	1 768	1 842	1 693
* darunter aus EU-Ländern <sup>3</sup>	Mill. EUR	1 459	1 118	1 217	1 213	1 116	1 492	1 557	1 553	1 440
Belgien	Mill. EUR	254	180	174	206	194	263	247	277	240
Luxemburg	Mill. EUR	38	34	39	34	33	37	48	38	36
Dänemark	Mill. EUR	27	25	34	20	35	36	27	18	16
Finnland	Mill. EUR	11	9	7	8	7	8	10	11	14
Frankreich	Mill. EUR	256	192	184	188	181	232	213	239	213
Griechenland	Mill. EUR	7	7	6	6	5	7	7	8	9
Großbritannien	Mill. EUR	74	63	117	63	66	82	87	89	87
Irland	Mill. EUR	7	7	6	8	7	13	12	14	13
Italien	Mill. EUR	129	110	124	150	104	129	151	143	153
Niederlande	Mill. EUR	273	162	165	173	167	235	277	265	229
Österreich	Mill. EUR	71	59	62	60	56	101	96	89	104
Schweden	Mill. EUR	46	27	31	24	30	29	39	29	22
Spanien	Mill. EUR	75	67	80	88	64	79	77	89	81
Portugal	Mill. EUR	14	12	9	12	11	14	14	15	14
* Afrika	Mill. EUR	34	29	23	16	26	31	31	44	41
* Amerika	Mill. EUR	210	219	178	175	177	256	243	236	232
darunter aus USA	Mill. EUR	145	145	108	105	109	167	160	144	149
* Asien	Mill. EUR	283	239	250	255	235	384	335	377	332
darunter aus China	Mill. EUR	131	110	121	103	96	179	155	164	152
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	5	4	4	2	6	4	4	4

Gewerbeanzeigen<sup>4</sup>

Einheit	2008	2009		2010				2011		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 392	3 517	3 415	3 105	3 718	3 198	3 145	2 615	3 588
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	491	517	469	474	544	447	467	420	553
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 338	2 425	2 420	2 105	2 506	2 207	2 166	1 664	2 341
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 094	3 015	2 898	3 833	3 398	2 764	3 122	3 615	3 542
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	460	490	408	631	539	366	432	526	557
sonstige Stilllegungen	Anzahl	2 064	1 996	1 976	2 606	2 234	1 887	2 137	2 544	2 327

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

**Insolvenzen**

	Einheit	2008	2009		2010				2011	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Insgesamt	Anzahl	592	627	682	582	683	664	631	665	581
davon										
* Unternehmen	Anzahl	107	115	105	77	132	114	108	106	87
* Verbraucher	Anzahl	355	374	425	372	420	408	400	453	372
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	115	115	126	111	113	121	114	98	105
* sonstige natürliche Personen, <sup>1</sup>										
Nachlässe	Anzahl	16	23	26	22	18	21	9	8	17
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	98	149	97	207	119	86	82	71	69

**Handwerk<sup>2</sup>**

	Einheit	2008	2009			2010 <sup>3</sup>				
		Durchschnitt	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	
* Beschäftigte <sup>4</sup>	2007=100 <sup>5</sup>	97,5	96,0	95,5	97,7	96,0	96,9	97,7	100,1	98,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2007=100 <sup>6</sup>	103,4	101,1	102,7	105,2	111,2	76,3	98,3	101,6	112,7

**Preise**

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	106,2	107,4	106,4	106,8	107,2	108,7	108,5	109,0	109,5
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	103,7	104,6	104,0	104,2	104,2	104,9	105,0	105,2	105,4

**Verdienste<sup>7</sup>**

	Einheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.
* Bruttomonatsverdienste <sup>8</sup> der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer <sup>9</sup> im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 431	...	3 142	3 169	3 190	3 185	3 231	3 238	...
* Frauen	EUR	2 961	...	2 744	2 762	2 780	2 780	2 804	2 811	...
* Männer	EUR	3 613	...	3 297	3 328	3 350	3 345	3 399	3 405	...
* Leistungsgruppe 1 <sup>10</sup>	EUR	5 898	...	5 309	5 345	5 401	5 403	5 484	5 486	...
* Leistungsgruppe 2 <sup>10</sup>	EUR	3 874	...	3 576	3 607	3 627	3 638	3 678	3 691	...
* Leistungsgruppe 3 <sup>10</sup>	EUR	2 993	...	2 743	2 769	2 781	2 772	2 818	2 835	...
* Leistungsgruppe 4 <sup>10</sup>	EUR	2 441	...	2 229	2 270	2 285	2 266	2 331	2 361	...
* Leistungsgruppe 5 <sup>10</sup>	EUR	1 857	...	1 751	1 787	1 764	1 735	1 783	1 779	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3 Einheit: 2009=100. – 4 Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 5 30.09. – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste<sup>1</sup>

	Einheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 575	...	3 178	3 223	3 253	3 224	3 315	3 343	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 308	...	3 070	3 039	3 092	3 130	3 097	3 122	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 642	...	3 202	3 247	3 298	3 284	3 372	3 400	...
* Energieversorgung	EUR	5 013	...	4 346	4 343	4 326	4 297	4 389	4 372	...
* Wasserversorgung <sup>2</sup>	EUR	2 877	...	2 702	2 704	2 758	2 743	2 754	2 753	...
* Baugewerbe	EUR	3 017	...	2 886	2 948	2 884	2 718	2 858	2 920	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 326	...	3 116	3 131	3 144	3 157	3 171	3 163	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 284	...	3 001	3 040	3 098	3 071	3 095	3 092	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 793	...	2 581	2 587	2 625	2 596	2 627	2 620	...
* Gastgewerbe	EUR	1 992	...	1 938	1 927	1 944	2 005	1 977	1 974	...
* Information und Kommunikation	EUR	4 245	...	(3 901)	(3 884)	(3 943)	4 168	4 169	4 253	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 398	...	3 804	3 796	3 797	3 865	3 905	3 897	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(3 256)	...	(2 980)	(3 045)	(3 088)	3 372	3 411	3 535	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 748	...	3 432	3 418	3 461	3 519	3 575	3 555	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 952	...	1 891	1 902	(1 846)	(1 851)	1 836	1 801	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 233	...	3 103	3 136	3 136	3 142	3 158	3 171	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 946	...	3 854	3 884	3 881	3 896	3 926	3 925	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 440	...	3 217	3 218	3 244	3 236	3 259	3 268	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	(3 378)	...	(3 185)	(3 213)	(3 201)	(3 108)	(3 257)	3 118	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 775	...	2 622	2 621	2 646	2 642	2 662	2 647	...

Geld und Kredit<sup>3</sup>

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
<b>Kredite an Nichtbanken</b>	Mill. EUR	116 529	112 943	111 639	112 534	116 428	116 512	116 351	117 189	117 256
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 120	11 791	11 682	11 421	11 908	11 877	12 355	12 814	12 690

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit<sup>1</sup>

Einheit	2008	2009			2010			
	Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.

**Kredite an Nichtbanken**

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 062	11 679	11 275	11 892	13 052	13 298	13 673	13 792	14 007
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	92 347	89 473	88 682	89 221	91 468	91 337	90 323	90 583	90 559
<b>Kredite an inländische Nichtbanken</b>	Mill. EUR	107 081	103 636	102 925	103 339	105 575	105 490	106 220	107 461	107 548
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 036	95 570	95 167	95 489	96 893	96 928	97 402	97 717	97 495
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 044	8 066	7 758	7 850	8 682	8 562	8 818	9 744	10 053
<b>Kredite an ausländische Nichtbanken</b>	Mill. EUR	9 448	9 307	8 714	9 195	10 853	11 022	10 131	9 728	9 708

**Einlagen und aufgenommene****Kredite von Nichtbanken**

<b>Kredite von Nichtbanken</b>	Mill. EUR	101 309	103 669	102 226	104 036	106 742	106 999	108 110	110 517	110 845
Sichteinlagen	Mill. EUR	29 449	34 674	33 464	35 897	37 983	38 890	40 771	43 811	43 584
Termineinlagen	Mill. EUR	38 076	34 510	34 778	33 558	33 252	31 999	31 191	30 462	30 389
Sparbriefe	Mill. EUR	8 972	8 091	8 197	7 582	7 333	7 152	6 999	6 909	7 098
Spareinlagen	Mill. EUR	24 813	26 394	25 787	26 999	28 174	28 958	29 149	29 335	29 774
<b>Einlagen von inländischen Nichtbanken</b>	Mill. EUR	98 361	101 502	100 204	101 786	104 561	104 441	105 579	108 007	108 404
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	95 971	99 326	97 988	99 590	102 415	102 597	103 462	105 680	105 624
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 390	2 176	2 216	2 196	2 146	1 844	2 117	2 327	2 780
<b>Einlagen von ausländischen Nichtbanken</b>	Mill. EUR	2 948	2 167	2 022	2 250	2 181	2 558	2 531	2 510	2 441

**Steuern**

Einheit	2008	2009	2010				2011	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.

**Aufkommen nach  
Steuerarten**

<b>Gemeinschaftsteuern</b>	Mill. EUR	3 007	2 755	3 557	2 369	2 959	3 372	4 110	2 898	3 437
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	982	913	1 552	626	958	913	1 596	720	976
Lohnsteuer	Mill. EUR	674	667	833	529	881	854	797	612	904
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	141	139	-	-	424	379	-	-	418
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	128	96	404	- 7	- 19	- 11	445	- 24	16
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	63	61	30	30	8	15	43	27	12

<sup>1</sup> Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

## noch: Steuern

Einheit	2008	2009			2010				2011	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		

## Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge <sup>1</sup>	Mill. EUR	47	43	16	87	66	42	15	85	44
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge <sup>2</sup>	Mill. EUR	18	17	-	-	48	25	-	-	35
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	70	46	269	- 13	22	12	296	21	0
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 0	- 3	-	-	19	18	-	-	- 5
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 025	1 841	2 005	1 743	2 001	2 459	2 514	2 178	2 462
Umsatzsteuer	Mill. EUR	427	456	464	402	575	516	479	393	527
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 598	1 385	1 541	1 341	1 426	1 943	2 036	1 784	1 934
<b>Zölle</b>	Mill. EUR	161	145	136	137	162	193	197	177	221
<b>Bundessteuern<sup>3,4</sup></b>	Mill. EUR	78	96	175	100	93	91	177	97	67
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	23	27	55	7	11	34	61	9	12
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	44	40	79	30	23	23	84	33	25
<b>Landessteuern</b>	Mill. EUR	94	70	42	39	36	52	55	49	55
Vermögenssteuer	Mill. EUR	0	0	0	- 0	0	0	0	- 0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	18	16	8	7	5	16	15	13	18
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	19	16	17	15	15	23	21	19	21
Kraftfahrzeugsteuer <sup>3</sup>	Mill. EUR	40	20	-	-	-	-	-	-	-
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	13	12	11	14	13	10	12	14	13
Feuerschutzsteuer <sup>4</sup>	Mill. EUR	1	1	4	0	1	-	3	1	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	2	2	3	3	2

Einheit	2008	2009			2010			
	Durchschnitt	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.

<b>Gemeindesteuern</b>	Mill. EUR	523	429	478	392	385	414	543	449	556
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	5	3	4	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	106	107	118	120	99	100	116	129	101
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	404	309	347	256	275	302	412	304	444
sonstige Gemeindesteuern <sup>5</sup>	Mill. EUR	9	9	7	11	8	7	10	10	7

1 Bis 2008 Zinsabschlag. – 2 Bis 2008 Zinsabschlag-Zerlegung. – 3 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. – 4 Die Versicherungssteuer und die Feuerschutzsteuer werden ab dem 1. Juli 2010 nicht mehr von den Finanzämtern der Länder, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird die Versicherungssteuer nicht mehr und von der Feuerschutzsteuer nur noch der Zerlegungsanteil quartalsweise nachgewiesen. – 5 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

**noch: Steuern****Steuerverteilung****Steuereinnahmen der  
Gemeinden und Gemeinde-  
verbände**

Einheit	2008	2009				2010			
	Durchschnitt	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	
Mill. EUR	826	690	730	655	874	500	826	686	1 035
Gewerbesteuer (netto) <sup>1</sup>	326	255	290	184	196	286	357	222	332
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	344	283	280	295	513	87	297	284	525
Anteil an der Umsatzsteuer	37	32	29	40	55	15	41	35	66

Einheit	2008	2009			2010			2011	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
<b>Steuereinnahmen des Landes</b>	765	695	970	570	724	731	998	646	751
Landessteuern	94	70	42	39	36	52	55	49	55
Anteil an den Steuern vom Einkommen	372	333	573	267	346	327	582	301	354
Lohnsteuer	235	225	249	226	314	303	223	260	326
veranlagte Einkommensteuer	54	41	172	- 3	- 8	- 5	189	- 10	7
Kapitalertragsteuer	27	25	11	12	1	4	15	3	2
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge <sup>2</sup>	21	19	7	38	29	19	7	37	19
Körperschaftsteuer	35	23	134	- 6	11	6	148	11	0
Anteil an den Steuern vom Umsatz	280	278	321	266	335	346	319	286	329
Umsatzsteuer	199	216	251	195	279	250	231	192	257
Einfuhrumsatzsteuer	81	62	69	70	56	96	88	94	72
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	5	4	8	- 0	2	1	11	3	3
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	2	1	3	- 0	1	1	5	1	2
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	11	8	18	- 1	4	3	22	6	7
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	2	2	4	- 0	1	1	4	1	1
<b>Steuereinnahmen des Bundes</b>	1 578	1 448	1 905	1 257	1 514	1 741	2 183	1 542	1 765
Bundessteuern	78	96	175	100	93	91	177	97	67
Anteil an den Steuern vom Einkommen	427	396	682	268	410	390	703	310	415
Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 068	952	1 040	889	1 009	1 259	1 292	1 136	1 276
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	5	4	8	- 0	2	1	11	- 1	7

<sup>1</sup> Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – <sup>2</sup> Bis 2008 Zinsabschlag.

## Neuerscheinungen im März 2011

**Statistische Berichte****Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen**

Gewerbeanzeigen 2010  
Kennziffer: D1013 201000

Gewerbeanzeigen im Januar 2011  
Kennziffer: D1023 201101

**Produzierendes Gewerbe, Handwerk**

Bauhauptgewerbe im Dezember 2010 –  
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau  
Kennziffer: E2023 201012

Ausbaugewerbe 2010 –  
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe  
(vierteljährliche Erhebung)  
Kennziffer: E3013 201000

Ausbaugewerbe im 4. Vierteljahr 2010 –  
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe  
(Ergebnisse der vierteljährlichen Erhebung im Ausbau-  
gewerbe bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und  
mehr Beschäftigten)  
Kennziffer: E3023 201044

Beschäftigung in der Energie- und Wasserversorgung 2010  
Kennziffer: E4013 201000

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der  
allgemeinen Versorgung im Dezember 2010  
Kennziffer: E4023 201012

Energieverwendung des verarbeitenden Gewerbes  
sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen  
und Erden 2009  
Kennziffer: E4083 200900

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk  
im 4. Vierteljahr 2010  
Kennziffer: E5023 201044

**Wohnungswesen, Bautätigkeit**

Baugenehmigungen im Januar 2011  
Kennziffer: F2033 201101

**Handel, Tourismus, Gastgewerbe**

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gast-  
gewerbe im Januar 2011  
Kennziffer: G1023 201101

Aus- und Einfuhr im Dezember 2010  
Kennziffer: G3023 201012

Aus- und Einfuhr 2010 (vorläufiges Ergebnis)  
Kennziffer: G3033 201000

Gäste und Übernachtungen im Tourismus 2010  
Kennziffer: G4013 201000

**Verkehr**

Straßenverkehrsunfälle 2010  
Kennziffer: H1013 201000

Straßenverkehrsunfälle im Dezember 2010  
Kennziffer: H1023 201012

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen  
im 4. Vierteljahr 2010  
Kennziffer: H1073 201044

Binnenschifffahrt im Dezember 2010  
Kennziffer: H2023 201012

**Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern**

Gemeindefinanzen 2008 – Jahresrechnungsergebnisse  
Kennziffer: L2013 200800

Schulden der öffentlichen Haushalte sowie der  
öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und  
Unternehmen am 31. Dezember 2009  
Kennziffer: L3013 200900

**Preise und Preisindizes**

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz  
und in Deutschland im Februar 2011  
Kennziffer: M1013 201102

**Querschnittsveröffentlichungen**

Daten zur Konjunktur im Dezember 2010  
Kennziffer: Z1013 201012

## Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –  
Ausgabe März 2011

Kennziffer: Z2201 201103

Landtagswahl 2011 –

Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht  
(Statistische Analysen No 20)

Kennziffer: Z2018 201101

### Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik  
Deutschland 1991 bis 2010 –

Reihe 1 Länderergebnisse, Band 1

(Berechnungsstand: August 2010/Februar 2011)

Kennziffer: A6215 201000

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik  
Deutschland 2001 bis 4. Vierteljahr 2010 –

Reihe 1 Länderergebnisse, Band 3

(Vierteljahresergebnisse)

Kennziffer: A6235 201004

Arbeitsvolumen in den Ländern der Bundesrepublik  
Deutschland 1998 bis 2010 –

Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2

(Berechnungsstand: August 2010/Februar 2011)

Kennziffer: A6225 201000

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung  
in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen  
Deutschlands 1991 bis 2010 –

Reihe 1 Länderergebnisse, Band 1

(Berechnungsstand: August 2010/Februar 2011)

Kennziffer: P1215 201000

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter  
in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen  
Deutschlands 1991 bis 2010 –

Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2

(Berechnungsstand: August 2010/Februar 2011)

Kennziffer: P1225 201000

Flyer: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der  
Länder – Kurzporträt – Datenangebot (Ausgabe 2011)

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de) zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.  
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: [vertrieb@statistik.rlp.de](mailto:vertrieb@statistik.rlp.de).

## Impressum

---

Herausgeber:  
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz  
Mainzer Straße 14-16  
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0  
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: [monatsheft@statistik.rlp.de](mailto:monatsheft@statistik.rlp.de)  
Internet: [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Landtag Rheinland-Pfalz und Manfred Riege

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201  
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:  
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet: [www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte](http://www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte)

---

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.